

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

21. JAHRGANG

MÄRZ 1968



INHALT

Seite

Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahre 1967	57
Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 2. Oktober 1967	60
Öffentliche Ausgaben für die Wissenschaft im Jahre 1966 und seit 1950	64
Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten im Jahre 1967	67
Die Bauwirtschaft im Jahre 1967	71
Entwicklung des Einzelhandels im Jahre 1967	77
Güterverkehr auf Eisenbahnen in den Jahren 1956 bis 1965	82
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	17*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	23*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

In Kürze erscheint Band 177 der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz

DAS SOZIALPRODUKT VON RHEINLAND-PFALZ IN DEN JAHREN 1950 BIS 1966

Umfang ca. 60 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis ca. DM 6,—

Mit diesem Band wird für das Land Rheinland - Pfalz nach längerer Zeit wieder eine geschlossene Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung anhand der Ergebnisse der Sozialproduktsberechnungen für den Zeitraum 1950 bis 1966 gegeben. Neben den Ergebnissen der Entstehungsseite des Sozialprodukts,

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 1950 bis 1966 und

Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten 1950 bis 1965,

enthält der Band, nachdem die methodischen Vorarbeiten im Rahmen des Arbeitskreises "Sozialproduktsberechnungen der Länder" für die Berechnung der Verteilungsseite nunmehr abgeschlossen sind, für den Zeitraum 1950 bis 1965 auch Angaben über das Netto-sozialprodukt zu Faktorkosten oder Volkseinkommen.

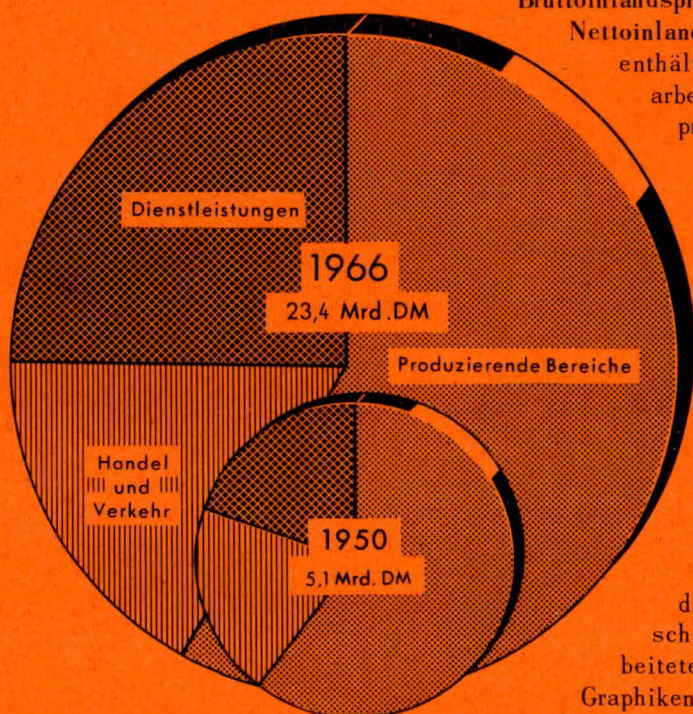
Von besonderer Bedeutung für alle an regionalstatistischen Ergebnissen Interessierten dürfte die zusammenfassende Darstellung der Kreisberechnungen 1957, 1961 und 1964 sein, die einen Einblick in die Entwicklung von Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur der kreisfreien Städte und Landkreise bietet.

Dem methodischen Teil des Bandes, in dem die Berechnungsgrundlagen dargelegt sind, schließt sich eine mit großer Sorgfalt ausgearbeitete und durch anschauliche, zum Teil farbige

Graphiken und Übersichten bereicherte Interpretation

der Ergebnisse an. In tabellarischer Form enthält die Ver-

öffentlichung sämtliche für Rheinland - Pfalz vorliegenden Angaben über Entstehung und Verteilung des Sozialprodukts. Die Aufnahme von Daten für das Bundesgebiet und die anderen Bundesländer ermöglicht einen eingehenden Ländervergleich.



Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | Ø = Durchschnitt |
| 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit | p = vorläufige Angabe |
| . = kein Nachweis vorhanden / Angabe aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| .. = Angabe sachlogisch nicht möglich | s = geschätzte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | |

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND - PFALZ

Jg. 1 - 8, 1948 - 1955 u.d. Titel: Wirtschaftszahlen Rheinland - Pfalz

Jg. 9 - 10, 1956 - 1957 u.d. Titel: Zahlenspiegel Rheinland - Pfalz

Bezugspreis: Einzelheft DM 2,—; Jahresabonnement DM 20,—; zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland - Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Str. 15/16, oder durch den Buchhandel.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

21. Jahrgang

Heft 3

März 1968

Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahre 1967

Die als Folge einer rückläufigen Gesamtnachfrage und nachlassender Investitionsbereitschaft der Unternehmer im Jahre 1966 einsetzenden rezessiven Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung des Bundesgebietes haben sich bis Mitte 1967 fortgesetzt. Sie blieben nicht ohne Einfluß auf die 1967 in Rheinland-Pfalz vereinnahmten Steuerbeträge, die auch trotz einiger aufkommenserhöhend wirkender Änderungen des Steuerrechts und der Steuerzahlungstechnik gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgingen. Insgesamt beliefen sich die Steuereingänge im Jahre 1967 auf über 4,9 Mrd. DM, womit zum ersten Mal seit 1950 der Vorjahresbetrag nicht erreicht wurde (— 0,5%). Den Ausschlag hierfür gaben die Bundessteuern, deren Aufkommen ebenso wie 1966 hinter dem des Vorjahres zurückblieb, während sich die Einnahmen aus Landessteuern erhöhten und bei den Gemeindesteuern eine Stagnation zu verzeichnen war. Unter Berücksichtigung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der mit Wirkung vom 1. Januar 1967 von 39 auf 37% gesenkt wurde, errechnet sich für den Bund ein Steuerausfall von rund 109 Mill. DM oder 4% gegenüber Mehreinnahmen von 85 Mill. DM oder 5,5% beim Land. Durch diese Entwicklung hat sich der Anteil des Bundes an den Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz erneut verringert, und zwar von 54% im Jahre 1966 auf rund 52% im Berichtsjahr, womit die Quote von 1962 wieder erreicht wurde. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der auf das Land entfallende Anteil von 31 auf 33%, während der Anteil der Gemeinden (15%) keine Veränderung erfuhr.

1. Bundessteuern

Im Jahre 1967 betrugen die kassenmäßigen Einnahmen aus den reinen Bundessteuern rund 1,9 Mrd. DM. Trotz der ab 1967 wirksamen steuerrechtlichen Maßnahmen der beiden Steueränderungsgesetze 1966 und des Steueränderungsgesetzes 1967, die höhere Steuereingänge erwarten ließen, wurde damit das Aufkommen des Vorjahres um 4,2% unterschritten. Diese besonders im 2. Quartal zu beobachtende rückläufige Entwicklung der Bundessteuern ist maßgeblich auf Ertragsminderungen der Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer, der Zölle sowie der Tabaksteuer zurückzuführen. Mehreinnahmen erbrachten lediglich die Kaffee-, Schaumwein- und Mineralölsteuer.

a. **Umsatzsteuer:** Mit einem Aufkommen von 1,2 Mrd. DM oder rund 64% der insgesamt in

Rheinland-Pfalz vereinnahmten Bundessteuern erbrachten Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer 2,8% weniger als ein Jahr zuvor. Fast 90% der Erträge resultierten aus der allgemeinen Umsatzsteuer, die besonders schnell auf wirtschaftliche Einflüsse reagiert und zum ersten Mal seit 1950 einen Rückgang aufwies. Die vorwiegend auf Grund der kräftig gestiegenen Warenausfuhren verminderten Steuereingänge, die namentlich auf Umsatzsteuer-rückvergütungen beruhen, wurden teilweise noch durch Mehreinnahmen kompensiert, die aus dem Abbau des sogenannten Mineralölprivilegs herrühren. Die höchsten Abnahmeraten ergaben sich sowohl im Bundesgebiet als auch in Rheinland-Pfalz im 2. Quartal 1967, von dem an sich fast parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung eine aufsteigende Tendenz der Steuereingänge abzeichnete. Weiterhin rückläufig entwickelten sich die Einnahmen aus der Umsatzausgleichsteuer (— 15,2%). Sie belastet, als Ausgleich für die im Inland erhobene Umsatzsteuer, importierte Waren und ist auf Landesebene weitgehend von Sondereinflüssen abhängig. Für das Bundesgebiet errechnet sich ein Anstieg um 2,3%.

b. **Beförderungsteuer:** Auch die Einnahmen aus der Beförderungsteuer blieben 1967 leicht unter dem Vorjahresstand. Zu den gesamten Beförderungsteuerleistungen von gut 25 Mill. DM — darin sind die in Nordrhein-Westfalen zentral abgeführten Zahlungen von Bundesbahn und Bundespost nicht enthalten — trug die Güterbeförderung rund 90% bei.

c. **Verbrauchssteuern:** Obwohl durch Abkürzung von Zahlungsfristen die Zahlungstermine für alle größeren Verbrauchsteuern vorverlegt worden sind und bei der Tabak- und Mineralölsteuer Steuererhöhungen erfolgten, hat sich das Aufkommen aus den Verbrauchsteuern in Rheinland-Pfalz um 3,3% auf 513 Mill. DM verringert. Im Bundesgebiet war dagegen eine Steigerung um 14,7% zu verzeichnen. Von entscheidendem Einfluß auf diese unterschiedliche Entwicklung waren die Tabaksteuereinnahmen, die in Rheinland-Pfalz mit knapp 68 Mill. DM um 39,4% niedriger waren als ein Jahr zuvor, während sie im Bundesgebiet um 16,4% angestiegen sind. Dieser Rückgang und die Tatsache, daß die ab 1. März 1967 in Kraft getretene Erhöhung der Steuersätze für Zigarren, Zigaretten und Rauchtobak in Rheinland-Pfalz nicht zu einer Zunahme des Tabaksteueraufkommens geführt hat, ist weniger verbrauchsbedingt, als vielmehr auf die Schließung von Ausgabestellen für Steuerwertzei-

chen zurückzuführen. Als einzige Bundessteuern wiesen Kaffee-, Schaumwein- und Mineralölsteuer Aufkommenssteigerungen auf, die insgesamt knapp 28 Mill. DM ausmachten. Bei teilweise stagnierendem Verbrauch dürfte die Abkürzung der Zahlungsfristen und die Anhebung der Mineralölsteuersätze die Hauptursache für diesen Anstieg gewesen sein, der im übrigen hinter dem der beiden Vorjahre zurückblieb. Nahezu keine Veränderung erfuhren die unter den Verbrauchsteuern in Rheinland-Pfalz am stärksten ins Gewicht fallenden Einnahmen aus dem Branntweinmonopol (204 Mill.

DM). Die seit 1963 auch im Bundesgebiet rückläufige Entwicklung der Zuckersteuererträge setzte sich im Jahre 1967 fort.

d. Zölle: Die gesamten Einnahmen aus Zöllen betrugen im Berichtsjahr gut 137 Mill. DM. Sie waren damit um 18% niedriger als im Vorjahr, in dem sogar eine Abnahme um 43% zu verzeichnen war. Ausschlaggebend für diesen Rückgang des Zollaufkommens waren in erster Linie die zahlreichen, im Zusammenhang mit den Harmonisierungsbestrebungen im Rahmen der EWG in Kraft getretenen Zollrechtsänderungen der letzten Jahre.

Einnahmen aus Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern 1964 - 1967

Steuerart	1964	1965	1966	1967	1964	1965	1966	1967
	1 000 DM				Wachstumsrate 1)			
Bundessteuern	1 868 256	2 044 570*	1 938 415	1 856 422p	14,9	9,4	- 5,2	- 4,2
Steuern vom Umsatz	1 132 763	1 256 448*	1 214 739	1 180 971	15,6	10,9	- 3,3	- 2,8
Umsatzsteuer	915 065	1 005 110	1 063 324*	1 052 559	9,9	9,8	5,8	- 1,0
Ausgleichsteuer	217 698	251 338*	151 415	128 412	47,8	15,5	- 39,8	- 15,2
Beförderungsteuer	26 838*	24 678	25 806	25 508	3,5	- 8,0	4,6	- 1,2
Verbrauchssteuer	416 280	468 623	530 027*	512 594p	3,7	12,6	13,1	- 3,3
Tabaksteuer	144 822	150 540	111 899	67 761	- 6,0	3,9	- 25,7	- 39,4
Kaffeesteuer	31 864	36 730	45 089	51 738*	- 7,5	15,3	22,8	14,7
Teesteuer	9	167	254*	110	- 30,8	1 755,6*	52,1	- 56,7
Zuckersteuer	10 225	6 867	6 274	5 839	- 10,0	- 32,8	- 8,6	- 6,9
Salzsteuer	17	17	20	18	- 5,6	-	17,6	- 10,0
Branntweinmonopol	145 031	169 127	203 988*	203 705p	14,4	16,6	20,6	- 0,1
Schaumweinsteuer	53 102	61 636	85 790	97 912*	19,8	16,1	39,2*	14,1
Zündwarensteuer	481	567	533	493	- 3,8	17,9	- 6,0	- 7,5
Leuchtmittelsteuer	467	475	597*	557	15,0	1,7	25,7	- 6,7
Mineralölsteuer	30 262	42 495	75 582	84 461*	3,0	40,4	77,9	11,7
Zölle	292 375	294 821*	167 843	137 349	33,2	0,8	- 43,1	- 18,2
Landessteuern	2 055 038	2 158 955	2 290 207	2 348 593*	13,4	5,1	6,1	2,5
Steuern vom Einkommen	1 739 294	1 824 247	1 921 743	1 953 761*	13,7	4,9	5,3	1,7
Lohnsteuer 2)	681 433	711 862	824 617	850 593*	14,5	4,5	15,8	3,2
Veranlagte Einkommensteuer	666 080	696 067	723 065*	716 019	8,6	4,5	3,9	- 1,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	51 145	62 673	66 885	74 293*	1,5	22,5	6,7	11,1
Körperschaftsteuer	340 636	353 645*	307 176	312 856	26,1	3,8	- 13,1	1,8
Vermögensteuer	71 894	65 828	75 682	92 418*	39,4	- 8,4	15,0	22,1
Verkehrssteuern	187 967	212 846	232 390	241 433*	4,4	13,2	9,2	3,9
Erbschaftsteuer	7 835	6 519	8 169	12 136*	29,9	- 16,8	25,3	48,6
Kapitalverkehrssteuer	6 615	12 778*	11 195	6 390	85,2	93,2	- 12,4	- 42,9
Kraftfahrzeugsteuer	143 472	159 380	175 020	183 251*	10,6	11,1	9,8	4,7
Versicherungssteuer	3 647	3 985	4 723	4 949*	9,9	9,3	18,5	4,8
Rennwett- und Lotteriesteuer 3)	17 103	20 301	22 072	24 194*	3,4	18,7	8,7	9,6
Wechselsteuer	6 061	6 532	6 946*	6 403	2,1	7,8	6,3	- 7,8
Feuerschutzsteuer	3 234	3 351	4 265*	4 110	13,7	3,6	27,3	- 3,6
Biersteuer	55 883	56 038	60 398	60 981*	8,1	0,3	7,8	1,0
Gemeindesteuern	633 874	685 564	738 407	738 692*	9,0	8,2	7,7	0,0
Realsteuern	585 303	629 814	683 727	685 272*	6,7	7,6	8,6	0,2
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	434 478	469 021	513 783*	510 721	6,8	8,0	9,5	- 0,6
Lohnsummensteuer	30 580	33 832	36 695*	36 093	12,9	10,6	8,5	- 1,6
Grundsteuer A	38 199	38 784	38 840*	38 818	2,2	1,5	0,1	- 0,1
Grundsteuer B	82 046	88 177	94 409	99 640*	8,9	7,3	7,1	5,5
Übrige Gemeindesteuern	48 571	55 750*	54 680	53 420	48,4	14,8	- 1,9	- 2,3
Grunderwerbsteuer	33 118	40 877	41 409*	40 181	107,7	23,4	1,3	- 3,0
Schankerlaubnissteuer	2 603	2 695	3 100	3 105*	15,1	3,5	15,0	0,2
Schankverzehrssteuer	2 981	1 240	497	417	- 41,7	- 58,4	- 59,9	- 16,1
Vergnügungssteuer	5 740	6 210	4 725	4 668	7,1	8,2	- 23,9	- 1,2
Hundesteuer	3 099	3 566	3 663	3 761*	1,0	15,1*	2,7	2,7
Jagd- und Fischereisteuer	1 030	1 162	1 286	1 288*	5,5	12,8	10,7	0,2
Insgesamt	4 557 168	4 889 089	4 967 029*	4 943 707p	13,3	7,3	1,6	- 0,5
Nachrichtlich:								
Bundesanteil an der ESt und KSt	678 326	711 456	749 488*	722 897	16,7	4,9	5,3	- 3,5
Notopfer Berlin	330	62	32	74	- 86,4	- 81,2	- 48,4	131,3
Lastenausgleichs-Abgaben	80 562	70 230	62 513	61 740	18,7	- 12,8	- 11,0	- 1,2
Landwirtschaftskammerbeiträge	3 977	3 548	4 052	4 524*	41,1*	- 10,8	14,2	11,6

1) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %. - 2) Minderung infolge Abführung der Bergmannsprämie 1964 um 146 000 DM, 1965 um 485 000 DM, 1966 um 23 000 DM und 1967 um 9 000 DM. - 3) Einschl. Sport-Toto-Abgabe.

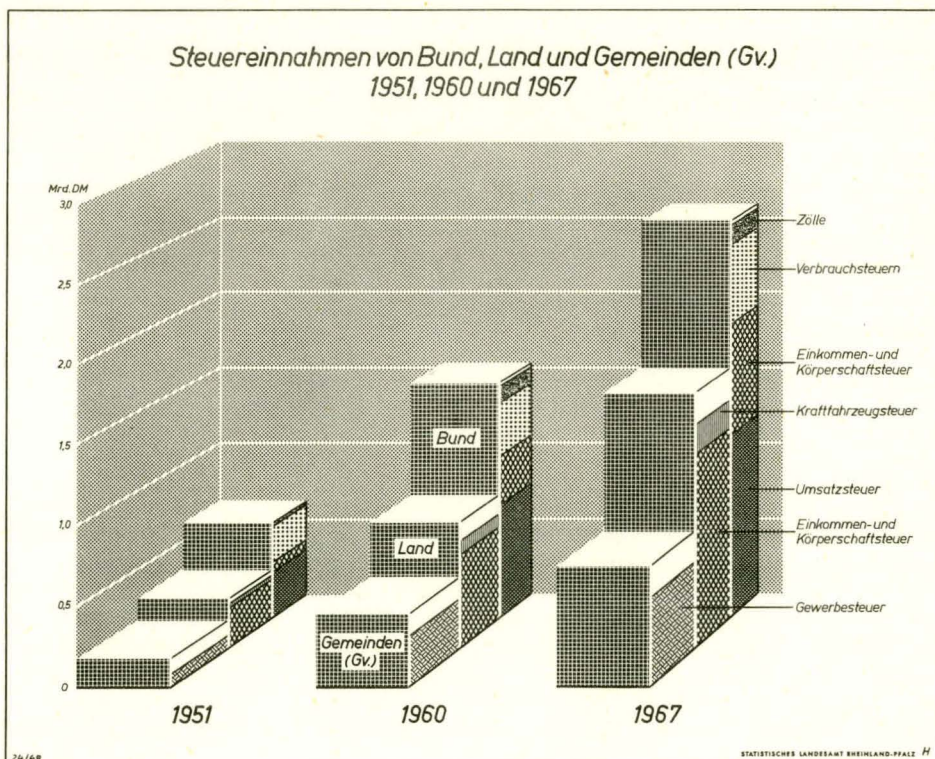
* Höchste Einnahme oder Wachstumsrate seit 1951.

2. Landessteuern

Das Aufkommen an Landessteuern (einschließlich der gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen) hat sich infolge der bis in das Jahr 1967 anhaltenden konjunkturellen Abschwächung nur geringfügig, nämlich um 2,5% auf 2,35 Mrd. DM erhöht. Nur im Jahre 1954 war die Zuwachsrate geringer.

a. **Steuern vom Einkommen:** Mit 1,95 Mrd. DM kamen aus den zu 37% dem Bund zufließenden Steuern vom Einkommen 32 Mill. DM oder 1,7% mehr auf als im Jahre 1966. Dieses Ergebnis, das im Vergleich zum Bundesgebiet (— 0,9%) noch günstig ausgefallen ist, resultiert aus Mehreinnahmen von 3,2% bei der Lohnsteuer, 11,1% bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und 1,8% bei der Körperschaftsteuer sowie Mindereinnahmen von 1% bei der veranlagten Einkommensteuer. Die Einschränkung der Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als Werbungskosten ab 1. Januar 1967 hatte zwar Aufkommenssteigerungen bei der Lohnsteuer zur Folge, doch führten geringere Lohnerhöhungen, niedrigere Beschäftigtenzahlen und der Abbau von Überstunden im Jahre 1967 gleichzeitig zu einer eher negativen Entwicklung des Lohn- und Gehaltsniveaus und damit der Lohnsteuereingänge. Bei der veranlagten Einkommensteuer, deren Aufkommen diesmal wesentlich von den geringeren Nachzahlungen bzw. höheren Erstattungen aus der Veranlagung des Geschäftsjahres 1965 bestimmt war, dürften sich vor allem Ausfälle auf Grund des Steueränderungsgesetzes 1965, der bis Oktober 1967 gewährten konjunkturellen Sonderabschreibungen und verminderter Vorauszahlungen ausgewirkt haben. Ähnliches trifft auch für das Körperschaftsteueraufkommen zu, dessen Höhe und Entwicklung in Rheinland-Pfalz jedoch außerdem wesentlich von der Veranlagung und Zahlungsweise einiger Großbetriebe bestimmt wird. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, deren Aufkommen nahezu mit dem der Kapitalertragsteuer identisch ist, wiesen eine weit über dem Bundesdurchschnitt (0,9%) liegende Zuwachsrate auf.

b. **Vermögenssteuer:** Da die Abschlußzahlungen und ein großer Teil der erhöhten Vorauszahlungen aus der Vermögenssteuerhauptveranlagung auf den 1. Januar 1966 bereits im Berichtsjahr erfolgt sind, verzeichneten die Erträge aus der Vermögenssteuer einen kräftigen Anstieg um 22,1% auf gut 92 Mill. DM. Nur wenig niedriger war die



Steigerungsrate im Bundesgebiet (21,4%). Durch diese Entwicklung wurde das Haushaltssoll in Rheinland-Pfalz um mehr als 12 Mill. DM übertroffen.

c. **Verkehrsteuern:** Mit einer Mehreinnahme von 9 Mill. DM oder 3,9% blieb der Aufkommenszuwachs aus den Verkehrsteuern des Landes sowohl absolut als auch relativ hinter dem der beiden Vorjahre zurück. Ausschlaggebend für diesen schwachen Anstieg war sowohl der nach den hohen Zahlungseingängen in den beiden vorangegangenen Jahren starke Rückgang der Einnahmen aus der Kapitalverkehrsteuer als auch die Kraftfahrzeugsteuer, aus der mit 183 Mill. DM zwar über drei Viertel der Verkehrsteuererträge, aber nur 4,7% mehr als im Vorjahr eingenommen wurden. Veranlagungstechnische Gründe dürften für die um fast die Hälfte erhöhten Zahlungen an Erbschaftsteuer bestimmend gewesen sein. Während auch die Rennwett- und Lotteriesteuer und die Versicherungsteuer zu einer Verstärkung des 1967 vereinnahmten Steuervolumens beitrugen, blieb das Aufkommen aus der Wechsel- und der Feuerschutzsteuer erstmals seit 1958 bzw. 1954 hinter dem Vorjahresresultat zurück.

d. **Biersteuer:** Die Biersteuer, die als einzige Verbrauchsteuer in die Steuerhoheit der Länder fällt, erbrachte im Jahre 1967 eine Einnahme von 61 Mill. DM. Die relativ geringe Zunahme in Rheinland-Pfalz um 1% entspricht nahezu der Entwicklung im Bundesgebiet.

3. Gemeindesteuern

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände waren im Jahre 1967 mit nicht ganz 739 Mill. DM nur wenig höher als ein Jahr zuvor, in dem noch ein Zuwachs um 7,7% zu verzeichnen war. Mit Ausnahme der

Jahr	Bundesgebiet ¹⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾							
	insgesamt				Bund ³⁾		Land		Gemeinden (Gv.)	
	Mill. DM	Veränderung in %	Mill. DM	Veränderung in %	Mill. DM	Veränderung in %	Mill. DM	Veränderung in %	Mill. DM	Veränderung in %
1958	50 188	4, 7	2 297	6, 8	1 366	8, 2	596	5, 6	335	3, 2
1959	56 645	12, 9	2 544	10, 7	1 427	4, 5	691	15, 9	426	27, 2
1960	66 627	17, 6	2 788	9, 6	1 534	7, 5	803	16, 1	452	6, 1
1961	76 705	15, 1	3 321	19, 1	1 802	17, 5	1 035	28, 9	484	7, 1
1962	84 480	10, 1	3 655	10, 1	1 898	5, 4	1 206	16, 6	551	13, 8
1963	89 735	6, 2	4 021	10, 0	2 208	16, 3	1 232	2, 1	582	5, 6
1964	98 061	9, 3	4 557	13, 3	2 547	15, 4	1 377	11, 8	634	9, 0
1965	104 460	6, 5	4 889	7, 3	2 756	8, 2	1 448	5, 1	686	8, 2
1966	111 154	6, 4	4 967	1, 6	2 688	- 2, 5	1 541	6, 4	738	7, 7
1967	113 350p	2, 0	4 944p	- 0, 5	2 579p	- 4, 0	1 626	5, 5	739	0, 0

1) Einschl. Berlin (West), ab 1960 einschl. Saarland. - 2) Ohne Notopfer Berlin. - 3) Einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Grundsteuer B entwickelten sich die Erträge aus allen ergiebigeren kommunalen Steuern leicht rückläufig. Von dem vereinnahmten Gesamtbetrag entfielen 40% auf die kreisfreien Städte, 56% auf die kreisangehörigen Gemeinden und 4% auf die Landkreise. Während den kreisangehörigen Gemeinden gut 10 Mill. DM mehr als 1966 zufließen, ergaben sich für die kreisfreien Städte, insbesondere Ludwigshafen und Koblenz, sowie für die Landkreise größere Einnahmeeinbußen.

a. Realsteuern: Unter den Realsteuern, die mit mehr als 685 Mill. DM einen Anteil von fast 93% der Gesamtsteuereinnahmen auf sich vereinigten, wies die wichtigste Gemeindesteuer, die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, zum ersten Mal seit 1950 einen Einnahmerückgang auf, und zwar um 0,6% auf knapp 511 Mill. DM. Ebenso wie bei der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer resultiert dieses Ergebnis maßgeblich aus Zahlungen auf die Veranlagung des Geschäftsjahres 1965, die auch als Folge einiger aufkommensmindernder Steuerrechtsänderungen bei der Einkommensteuer nicht so ergiebig war wie in den Vorjahren. Soweit Mehreinnahmen erzielt wurden, sind sie fast ausschließlich den kreisangehörigen Gemeinden zugeflossen. Mindereinnahmen erbrachte die Gewerbesteuer vor allem in der Stadt Ludwigshafen (— 9 Mill. DM). Die Erträge aus der nach der betrieblichen Lohn- und Gehaltssumme bemessenen Lohnsummensteuer, die in Rheinland-Pfalz von rund 17% aller Gemeinden erhoben wird, haben sich gegenüber 1966 um 1,6% auf 36 Mill. DM vermindert. Rund die Hälfte dieses Betrages entfiel

auf die kreisfreien Städte Ludwigshafen und Koblenz. Nahezu unverändert blieb mit rund 39 Mill. DM das Aufkommen aus der Grundsteuer auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen (Grundsteuer A). Da zur Ermittlung der Meßbeträge nach wie vor die Einheitswerte des Jahres 1935 maßgebend sind, unterliegen die Einnahmen aus dieser Steuer erwartungsgemäß nur geringen Schwankungen. Dagegen verzeichneten die Erträge aus der Grundsteuer B, die den nichtlandwirtschaftlichen Grundbesitz belastet, einen Anstieg um 5,5% auf fast 100 Mill. DM, was zum Teil auf Hebesatzerhöhungen, überwiegend jedoch auf das Hineinwachsen des zehn Jahre grundsteuerbefreiten Neuhausbesitzes in die Steuerpflicht zurückzuführen ist.

b. Übrige Gemeindesteuern: Die Einnahmen aus den übrigen Gemeindesteuern haben nach dem leichten Rückgang im Jahre 1966 auch im Berichtsjahr abgenommen. Den Ausschlag für diese Entwicklung gab die zu fast zwei Dritteln den Landkreisen und im übrigen den kreisfreien Städten zufließende Grunderwerbsteuer, deren Aufkommen sich um 3% auf rund 40 Mill. DM verringert hat. Rückläufig entwickelten sich auch die Zahlungseingänge aus der Vergnügungssteuer und aus der Schankverzehrersteuer, die seit dem Wegfall der landesgesetzlichen Grundlage ab 1. Februar 1964 von immer weniger Gemeinden erhoben wird. Die aus der Schankerlaubnissteuer, der Hundesteuer sowie der Jagd- und Fischereisteuer fließenden Mehreinnahmen waren von untergeordneter Bedeutung.

Dipl.-Volkswirt H. W. Noe

Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 2. Oktober 1967

Einen Überblick über Zahl und Entwicklung der öffentlichen Bediensteten in der Gliederung nach dem Dienstverhältnis vermittelt die alljährlich auf Grund des Gesetzes über die Finanzstatistik zum 2. Oktober durchzuführende Erhebung über das Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen. Im Gegensatz zur vorangegangenen, wie in jedem dritten Jahr ausführlicheren Statistik, in der das Personal nach

Aufgabenbereichen, Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppen und Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft gegliedert wird, sind 1967 wiederum nur die hauptberuflich in einem unmittelbaren Dienst- oder Vertragsverhältnis Voll- und Teilzeitbeschäftigten ohne die vorgenannte Aufgliederung erfaßt worden. Neu in der vorliegenden Erhebung ist die Erfragung der Vollbeschäftigten mit unbezahltem Urlaub von mindestens sechs Monaten. Die Bediensteten des Bundes, deren Gesamtzahl sich in

Rheinland-Pfalz auf 74 100 - einschließlich Bundesbahn (29 400) und Bundespost (20 300), aber ohne Bundeswehr- und Bundesgrenzschutzangehörige - belief, sind in der folgenden Darstellung nicht enthalten.

1. Gesamtüberblick

Am 2. Oktober 1967 waren rund 111 800 Beamte, Angestellte und Arbeiter beim Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigt. Die Zahl der Bediensteten ist damit gegenüber dem Stichtag des Vorjahres um 2,4% angestiegen. Vom gesamten Personal entfielen drei Fünftel auf das Land und zwei Fünftel auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Das Landespersonal hat eine anteilmäßige Zunahme erfahren.

Je 10 000 Einwohner wiesen die kreisfreien Städte (236) fast doppelt so viele Bedienstete auf wie der Durchschnitt aller Gemeinden (123), während die kreisangehörigen Gemeinden nur 40% dieser durchschnittlichen Dichteziffer verzeichneten. Die größere Personaldichte der kreisfreien Städte ergibt sich aus den ungleich höheren und andersartigen Verwaltungsaufgaben, nicht zuletzt durch die Wahrnehmung der Funktionen einer unteren staatlichen Verwaltungsbehörde, die für die kreisangehörigen Gemeinden den Landkreisverwaltungen obliegen. Die in den kreisangehörigen Gemeinden relativ schwächere personelle Besetzung wird im übrigen durch die weit verbreitete ehrenamtliche Betätigung - ehrenamtlich Tätige sind im Rahmen dieser Statistik nicht erfaßt - namentlich in den kleineren Gemeinden maßgeblich mitbestimmt. Im Landesdienst kommen auf 10 000 Einwohner 185 Beschäftigte.

a. **Vollbeschäftigte:** Von den 103 725 Vollbeschäftigten, die 93% aller Bediensteten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände ausmachen, sind neun Zehntel in Behörden und Einrichtungen, insbesondere auch solchen des Einzelplans 7 der kommunalen Haushalte, der Rest in wirtschaftlichen Unternehmen tätig. Der Personalstand der Verwaltung erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um fast 3 000, derjenige der Wirtschaftsunternehmen ging um 400 Personen zurück, was vor allem in der verminderten Einstellung von Walдарbeitern auf Grund der rückläufigen Nachfrage nach Holz begründet ist. Von den Vollbeschäftigten waren 42 909 Beamte und Richter, 38 293 Angestellte und 22 523 Arbeiter. Die Zahl der Beamten und Richter hat um 2,3%, die der Angestellten um 5,1% zugenommen, wogegen die Arbeiter eine Abnahme um 1,4% aufwiesen. Von 100 Vollbeschäftigten waren 41 Beamte und Richter, 37 Angestellte und 22 Arbeiter.

b. **Teilzeitbeschäftigte:** Als Teilzeitbeschäftigte gelten diejenigen Angestellten und Arbeiter, die weniger als die gesetzlich festgelegte Wochenarbeitsstundenzahl (44), mindestens jedoch 20 Stunden arbeiten. Bei Lehrern ermäßigt sich die Mindeststundenzahl auf 13. Beamtete Teilzeitbeschäftigte werden statistisch nicht erfaßt, da hierfür die gesetzliche Grundlage fehlt.

Am 2. Oktober 1967 waren insgesamt 8 041 Personen teilzeitbeschäftigt, darunter gut sechs Zehn-

Gebietskörperschaft	1966	1967		Veränderung	
	Anzahl	%	je 10 000 Einw.	%	
Land	64 493	67 070	60,0	185	4,0
Vollbeschäftigte	61 765	64 111	57,4	177	3,8
Teilzeitbeschäftigte	2 728	2 959	2,6	8	8,5
Verwaltung	60 344	63 127	56,5	174	4,6
Wirtschaftliche Unternehmen	4 149	3 943	3,5	11	- 5,0
Gemeinden (Gv.)	44 686	44 696	40,0	123	0,0
Vollbeschäftigte	39 462	39 614	35,4	109	0,4
Teilzeitbeschäftigte	5 224	5 082	4,6	14	- 2,7
Verwaltung	36 593	36 889	33,0	102	0,8
Wirtschaftliche Unternehmen	8 093	7 807	7,0	22	- 3,5
Kreisfreie Städte	21 024	20 809	18,6	236	- 1,0
Kreisangeh. Gemeinden	13 763	13 575	12,2	50	- 1,4
Landkreise	6 304	6 621	5,9	24	5,0
Ämter	2 721	2 791	2,5	26	2,6
Bezirksverband Pfalz	874	900	0,8	7	3,0
Insgesamt	109 179	111 766	100,0	309	2,4

tel bei Gemeinden (Gv.). Im Vergleich zu 1966 erhöhte sich ihre Zahl um fast 100, insbesondere durch die vermehrte Einstellung von Angestellten im Landesdienst für den Bereich Bildungswesen, in dem zur Behebung des Lehrermangels, vor allem in den Volks- und Sonderschulen, 55 und im Zuge des Ausbaues der Universitätskliniken in Mainz 28 Bedienstete mehr benötigt wurden. Die Anzahl der teilzeitbeschäftigten Arbeiter hat um 120 abgenommen, wobei hauptsächlich die staatlichen und kommunalen Wirtschaftsunternehmen eine Verringerung der Beschäftigten um 12,2% auf 660 aufwiesen. Bei den in der Landesverwaltung tätigen Arbeitern ergab sich eine Erhöhung um 146, bei den Gemeinden (Gv.) ein Rückgang um 171.

c. **Sonderangaben:** In der Personalstandsstatistik 1967 wurden erstmals die für bestimmte Aufgaben länger als sechs Monate beurlaubten Bediensteten ausgegliedert. Danach leisteten von den insgesamt 600 Beurlaubten rund zwei Drittel ihren Grundwehrdienst ab, während fast 30% einen Sonder- oder Studienurlaub erhalten hatten. Den überwiegenden Teil dieses Personenkreises stellten mit 450 Personen die staatlichen Bediensteten, von denen rund 400 der Verwaltung angehörten.

2. Landespersonal

Die Entwicklung des staatlichen Personalstands ist durch die Bemühungen um Beseitigung des Lehrermangels in allen Schulgattungen gekennzeichnet. Von dem Zugang an Landesbediensteten um rund 2 300 auf 64 100 entfallen allein drei Viertel auf das Unterrichtswesen. Die restlichen Zugänge wiesen vor allem die Finanz- und Steuerverwaltung, die Hochschulen, die Straßenbaubehörden sowie die Krankenhäuser und Heilstätten auf. Die höchste Zuwachsrate verzeichneten mit 6,9% die Angestellten, die Zunahme der Beamten und Richter belief sich auf 3,1%, während die Zahl der Arbeiter geringfügig gesunken ist. Von 100 Landesbediensteten waren 58 Beamte und Richter, 30 Angestellte und 12 Arbeiter, womit sich das vor-

jährige Verhältnis von den Arbeitern leicht zugunsten der Angestellten verschoben hat. Mit 94% ist die überwiegende Mehrheit des staatlichen Personals in einer Landesbehörde oder -einrichtung beschäftigt, nur jeder zwanzigste Bedienstete arbeitet in einem Wirtschaftsunternehmen.

a. Verwaltung: In den Behörden und Einrichtungen des Landes waren am Erhebungsstichtag rund 60 300 Personen tätig, das sind 2 500 oder 4% mehr als im Vorjahr. Den Hauptanteil des gesamten Personals besitzt mit vier Zehnteln der Bereich Bildungswesen, bedingt durch den hohen Personalanteil des Unterrichtswesens, gefolgt vom Bereich Staats- und Rechtssicherheit, der vor allem wegen der Polizei zwei Zehntel auf sich vereinigt. Die restlichen Bediensteten gehören hauptsächlich der Finanz- und Steuerverwaltung sowie den Straßenbaubehörden an. Eine anteilige Zunahme um nahezu 2% kann allein das Bildungswesen verbuchen, während alle anderen Verwaltungsbereiche eine relative Abnahme aufwiesen, ausgenommen der Bereich Soziale Sicherung und Gesundheit, dessen Anteil unverändert geblieben ist.

In den Zentralen Verwaltungen, das sind die obersten Staatsorgane sowie die allgemeine und innere Verwaltung, waren mit 9 700 Bediensteten 2% mehr tätig. Die Steigerung ist in erster Linie auf Neueinstellungen in der Finanz-

und Steuerverwaltung zurückzuführen, die zum großen Teil für die Durchführung der Neubewertung der Einheitswerte des Grundbesitzes erforderlich waren. Außerdem wurde der Einstellungstermin, der üblicherweise der 1. Dezember ist, 1967 auf Anfang August vorverlegt, wodurch sich diesmal ein höherer Zugang ergab.

Der rückläufige Personalstand im Bereich der Staats- und Rechtssicherheit ist durch die Polizei bedingt, da durch die verspätete Fertigstellung der Unterkunft für die Bereitschaftspolizei in Wengerohr der Neueinstellungstermin vom 1. Oktober 1967 auf Anfang 1968 verschoben werden mußte. Der Rechtsschutz verzeichnet eine geringe Zunahme. Die Zahl der Richter hat sich dabei um 20 auf 800 erhöht.

Aufgaben des Bildungswesens nahmen am 2. Oktober 1967 rund 24 600 Bedienstete wahr, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 1 950 Personen oder 8,6% entspricht. Gut die Hälfte des neuen Personals war in Volks- und Sonderschulen tätig, wobei sich allein durch die Einstellung von Vertragslehrern die Zahl der Angestellten um mehr als 750 erhöhte. Zwei Drittel davon hatten einen Zeitvertrag. In den berufsbildenden Schulen belief sich der Zugang auf rund 400 Personen, von denen drei Viertel Beamte waren. Diese Zunahme geht neben der Neueinrichtung

Vollbeschäftigte des Landes nach Aufgabenbereichen 1966 und 1967

Aufgabenbereich	1966		1967						
	insgesamt		Beamte und Richter		Angestellte		Arbeiter		
	Anzahl	%	Anzahl	Veränderung	Anzahl	Veränderung	Anzahl	Veränderung	
Verwaltung	57 784	60 260	100,0	35 790	1 094	19 026	1 217	5 444	165
Zentrale Verwaltungen	9 490	9 678	16,0	5 282	171	4 146	4	250	13
Oberste Staatsorgane	1 416	1 401	2,3	724	- 9	607	- 7	70	1
Innere Verwaltung	1 849	1 850	3,1	1 250	2	548	1	52	- 2
Statistischer Dienst	354	386	0,6	19	- 1	359	35	8	- 2
Finanz- und Steuerverwaltung	5 871	6 041	10,0	3 289	179	2 632	- 25	120	16
Staats- und Rechtssicherheit	12 600	12 592	20,9	9 888	- 46	2 455	43	249	- 5
Polizei	6 934	6 849	11,4	6 071	- 94	588	5	190	4
Rechtsschutz	5 666	5 743	9,5	3 817	48	1 867	38	59	- 9
Bildungswesen	22 662	24 619	40,9	18 093	931	5 300	968	1 226	58
Unterricht	18 329	20 108	33,4	16 942	813	2 994	946	172	20
Volks- und Sonderschulen	11 874	12 789	21,2	10 871	149	1 918	766	-	-
Wissenschaft, Kunst etc.	4 333	4 511	7,5	1 151	118	2 306	22	1 054	38
Hochschulen	1 892	2 025	3,4	811	86	766	23	448	24
Hochschulkliniken	2 224	2 245	3,7	281	25	1 422	- 13	542	9
Soziale Sicherung und Gesundheit	3 557	3 708	6,2	855	- 13	2 531	131	322	33
Soziale Sicherung	1 371	1 413	2,4	525	9	778	34	110	- 1
Versorgungsämter und Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	856	860	1,4	350	- 2	486	8	24	- 2
Gewerbeaufsicht	141	150	0,3	77	6	65	4	8	- 1
Behörden und Einrichtungen	374	403	0,7	98	5	227	22	78	2
Gesundheit, Sport und Leibesübungen	1 524	1 613	2,7	299	- 24	1 105	79	209	34
Gesundheitsdienst	808	805	1,3	218	- 26	551	23	36	-
Krankenhäuser und Heilstätten	716	808	1,4	81	2	554	56	173	34
Wiedergutmachungsämter	662	682	1,1	31	2	648	18	3	-
Wirtschaft und Verkehr	9 475	9 663	16,0	1 672	51	4 594	71	3 397	66
Ernährung und Landwirtschaft	663	664	1,1	105	6	397	- 7	162	2
Landeskulturämter	1 145	1 150	1,9	393	- 1	719	3	38	3
Wasserwirtschaft	318	335	0,6	88	5	209	12	38	-
Gewerbliche Wirtschaft	146	145	0,2	69	- 1	49	-	27	-
Straßenbaubehörden	4 280	4 425	7,3	281	22	1 350	77	2 794	46
Bau- und Vermessungsverwaltung	2 923	2 944	4,9	736	20	1 870	- 14	338	15
Wirtschaftliche Unternehmen	3 981	3 851	100,0	1 011	19	433	40	2 407	- 189
Staatsforsten	3 416	3 173	82,4	1 000	19	255	1	1 918	- 263
Übrige	565	678	17,6	11	-	178	39	489	74
Insgesamt	61 765	64 111	.	36 801	1 113	19 459	1 257	7 851	- 24

und Erweiterung vor allem auf die weitere Verstaatlichung kommunaler Berufsschulen zurück.

Mit einem Anteil von 16% ist der Aufgabenbereich Wirtschaft und Verkehr von großer Bedeutung. Von den Bediensteten war 1967 rund die Hälfte in Straßenbaubehörden tätig, die auf Grund der verschlechterten Konjunkturlage bisher freie Stellen - überwiegend für Angestellte und Arbeiter - besetzen konnten und fast vier Fünftel des Personalzuges aufwiesen. Während in den vorgenannten Aufgabenbereichen die Beamten die dominierende Rolle spielen, ist hier ein Übergewicht der Angestellten und Arbeiter gegeben. Von 100 Bediensteten waren 17 Beamte, 48 Angestellte und 35 Arbeiter.

Mit Aufgaben der Sozialen Sicherung und Gesundheit waren 3 700 oder 6% des Verwaltungspersonals befaßt. An der Zunahme um 150 Personen haben Gesundheitspflege und Sport einen Anteil von 60%, insbesondere durch die Mehreinstellung von Pflegepersonal in den Landesnervenkliniken Andernach und Alzey. Auf das Sozialwesen kommen 28% der Neueingestellten.

b. Wirtschaftsunternehmen: Von den rund 3 900 Beschäftigten in staatlichen Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit arbeiteten mehr als vier Fünftel in staatlichen Forstbetrieben. Die Gesamtzahl hat gegenüber dem Vorjahr um 130 abgenommen, was auf die um 7% niedrigere Beschäftigtenzahl in der Forstwirtschaft zurückzuführen ist. Dagegen nahm die Zahl der Beschäftigten bei den übrigen Wirtschaftsunternehmen - es handelt sich dabei um staatliche Weinbaudomänen, Bäder und Mineralbrunnen - um 20% zu. Das ist vor allem durch die erstmalige Einbeziehung des Staatlichen Kurhotels in Bad Ems bedingt, das nach langjähriger Verpachtung in einen Regiebetrieb überführt worden ist. Von den Bediensteten der staatlichen Unternehmen waren 26% Beamte, 11% Angestellte und 63% Arbeiter.

3. Kommunales Personal

Die gemeindlichen Verwaltungen und Wirtschaftsunternehmen wiesen 1967 rund 39 600 Bedienstete nach. Damit erhöhte sich die Zahl gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,4%. In diesem Ergebnis wirkt sich die gegenläufige Entwicklung im Personalstand der Behörden und Einrichtungen einerseits und der wirtschaftlichen Unternehmen andererseits aus. Von den Beschäftigten entfallen gut vier Fünftel auf die Verwaltung, der Rest auf Wirtschaftsbetriebe. Auf Grund der in geringerem Maße hoheitlichen Aufgaben liegt das Hauptgewicht in den kommunalen Verwaltungen bei Angestellten (48%) und Arbeitern (37%). Die Beamten erreichten mit 6 100 nur einen Anteil von 15%.

a. Verwaltung: In den kommunalen Behörden und Einrichtungen waren 1967 mit 32 375 rund 1,3% mehr Personen als im Vorjahr beschäftigt. Diese Veränderung resultiert aus einer Zunahme der Angestellten um 606 oder 3,7%, bei gleichzeitigem Rückgang der Beamten und Arbeiter um 2,1% bzw. 0,5%.

Die Verminderung der Zahl der Beamten geht auf die kreisfreien Städte zurück, bei denen von

Vollbeschäftigte der kommunalen Verwaltungen und Wirtschaftsunternehmen nach Gebietskörperschaften und Gemeindegrößenklassen 1967

Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse	Ins- gesamt	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter
Verwaltung	32 375	5 925	16 665	9 785
Kreisfreie Städte	13 971	2 351	6 467	5 153
mit ... Einwohnern				
100 000 und mehr	6 931	1 181	3 390	2 360
50 000 bis unter 100 000	4 275	755	1 758	1 762
weniger als 50 000	2 765	415	1 319	1 031
Kreisangehörige Gemeinden,				
Ämter und Landkreise	17 535	3 413	9 634	4 488
Kreisangehörige Gemeinden	9 048	1 520	3 732	3 796
mit ... Einwohnern				
20 000 und mehr	1 680	284	789	607
10 000 bis unter 20 000	1 346	179	636	531
5 000 " " 10 000	2 296	397	919	980
3 000 " " 5 000	1 108	212	446	450
2 000 " " 3 000	753	126	305	322
1 000 " " 2 000	1 107	183	414	510
weniger als 1 000	758	139	223	396
Ämter	2 670	751	1 875	44
Landkreise	5 817	1 142	4 027	648
Bezirksverband Pfalz	869	161	564	144
Wirtschaftliche Unternehmen	7 239	183	2 169	4 887
Kreisfreie Städte	4 872	60	1 558	3 254
Kreisangeh. Gemeinden (Gv.)	2 367	123	611	1 633
Insgesamt	39 614	6 108	18 834	14 672
Nachrichtlich: Steuer- und Gemeindeeinnahmereien	514	128	386	-

der seit 1963 bestehenden Möglichkeit der Verstaatlichung von Berufsschulen auch 1967 noch vereinzelt Gebrauch gemacht wurde. Der Rückgang der Arbeiter in den kreisfreien Städten um 5,2% ist teils auf Rationalisierungsmaßnahmen, teils auf die Übernahme in das Angestelltenverhältnis zurückzuführen. Obwohl in den kreisfreien Städten nur ein Viertel der Bevölkerung des Landes wohnt, verfügen sie aus den oben erwähnten Gründen über rund 43% aller kommunalen Bediensteten. Auf 10 000 Einwohner kommen durchschnittlich 159 Beschäftigte, wobei diese Dichteziffer im allgemeinen mit steigender Einwohnerzahl wächst.

In den kreisangehörigen Gemeinden, deren Personalstand sich um 2% erhöht hat, erfolgte eine Verminderung der beamteten Bediensteten um 3,2%, was vor allem auf die Verstaatlichung der Berufsschulen in Bad Kreuznach zurückzuführen ist. Demgegenüber wiesen die Arbeiter einen Anstieg um rund 5% auf. Hierin wirkt sich zum Teil das durch die damals rückläufige Konjunktur größere Arbeitskräfteangebot aus, das den Gemeinden die Möglichkeit gab, freie Stellen zu besetzen. So konnte insbesondere in größerem Umfang Krankenpflegepersonal gewonnen werden, daneben auch Feld- und Weinbergshüter.

Mit abnehmender Gemeindegrößenklasse nimmt die Zahl der Beschäftigten je 10 000 Einwohner von 123 in den kreisangehörigen Städten mit 20 000 und mehr Einwohnern bis auf 9 Personen in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern ab. Abgesehen von den geringeren Verwaltungsaufgaben ist dies durch die Nichterfassung der ehrenamtlich Tätigen in den kleineren Gemeinden bedingt. Als Folge höherer Einwohnerzahlen haben sich in den beiden Gruppen mit 5 000 bis 10 000 und 10 000 bis 20 000 Einwohnern Verschiebungen ergeben, die

Vollbeschäftigte der Verwaltungen der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern 1966 und 1967

Stadt	1966	1967				
	insgesamt	je 10 000 Einw.	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter	
Kreisfreie Städte						
Ludwigshafen a. Rhein	3 485	3 313	190	554	1 684	1 075
Mainz	2 246	2 122	145	359	1 030	733
Koblenz	1 433	1 496	145	268	676	552
Kaiserslautern	1 293	1 324	155	212	570	542
Trier	1 093	1 091	129	267	467	357
Worms	1 059	1 046	165	155	396	495
Pirmasens	849	814	160	121	325	368
Speyer	635	679	164	102	281	296
Frankenthal (Pfalz)	550	556	152	78	308	170
Zweibrücken	420	430	128	73	205	152
Landau i. d. Pfalz	600	605	193	88	289	228
Neustadt a.d. Weinstr.	502	495	167	74	236	185
Insgesamt	14 165	13 971	159	2 351	6 467	5 153
Kreisangehörige Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern						
Bad Kreuznach	479	410	111	90	162	158
Idar-Oberstein	557	563	187	57	344	162
Neuwied	353	350	128	68	147	135
Andernach	182	188	88	40	74	74
Bingen	156	169	82	29	62	78
Ingelheim a. Rhein	160	189	100	19	132	38
Mayen	277	318	171	35	157	126
Haßloch	92	96	56	18	40	38
Schifferstadt	66	64	38	13	27	24
Bendorf	84	86	60	12	41	33
Bad Dürkheim	111	124	93	23	55	46
Alzey	100	101	80	20	36	45
Oberlahnstein	70	68	55	13	26	29
Diez	121	131	125	10	66	55
Betzdorf ¹⁾	24	26	25	2	7	17
Bad Ems	90	94	91	14	37	43
Bad Neuenahr ¹⁾	41	49	48	-	12	37
Insgesamt	2 963	3 026	100	463	1 425	1 138

1) Amtsangehörige Stadt.

sich auf den Personalstand dieser Größenklassen ausgewirkt haben. Durch die Bevölkerungszunahme der Stadt Bad Ems auf über 10 000 Einwohner veränderte sich das Ergebnis in den beiden genannten Größenklassen um 90 Bedienstete, die in der Gruppe mit über 10 000 Einwohnern als Zugang, in der darunter liegenden Größenklasse als Abgang erscheinen.

Die Personalvergrößerung der Ämter um 3,3% geht auf die Angestellten zurück, deren Zahl durch die verstärkte Einstellung von Lehrlingen zunahm. Im Vergleich zum Vorjahr waren in den Landkreisverwaltungen 5,7% Bedienstete mehr beschäftigt.

Dieser Zuwachs resultiert überwiegend aus neuen Angestellten, die zur Behebung des Personal-mangels in den Kreiskrankenhäusern eingestellt wurden. Die Zahl der Beamten hat sich, in erster Linie durch die Einstellung von Anwärtern, um 46 geringfügig erhöht.

Durch die Verstaatlichung der Berufsschulen in Ludwigshafen und Pirmasens sowie die von vielen Städten getroffenen Einsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen ist das Personal der kreisfreien Städte um 1,4% zurückgegangen. Die Personalquote, das ist die Personalausstattung je 10 000 Einwohner, reicht in den kreisfreien Städten von 190 in Ludwigshafen, das trotz einer Verminderung um 3,1% noch an der Spitze steht, bis 128 in Zweibrücken. In den kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern liegt diese Personaldichte zwischen 38 in Schifferstadt und 187 in Idar-Oberstein, wobei sich die noch geringere Quote von Betzdorf (25) durch die Zugehörigkeit zu einem Amt erklärt. Die erheblich breitere Streuung als bei den kreisfreien Städten findet ihre Begründung in dem personellen Gewicht kommunaler Einrichtungen in diesen Gemeinden. Idar-Oberstein, Mayen und Diez besitzen durch eigene Krankenhäuser, Neuwied durch die Landesbühne Rheinland-Pfalz eine besonders hohe Personalquote.

b. Wirtschaftsunternehmen: Von den rund 7 200 Personen in kommunalen Wirtschaftsunternehmen waren etwa neun Zehntel in Versorgungs- und Verkehrsbetrieben tätig, der Rest in land- und forstwirtschaftlichen sowie sonstigen Unternehmen. Gegenüber 1966 hat das Personal um 3,6% abgenommen. Diese Entwicklung geht hauptsächlich auf den Beschäftigungsrückgang bei den kreisangehörigen Gemeinden zurück, in denen drei Zehntel der kommunalen Bediensteten solcher Wirtschaftsunternehmen tätig sind. Ihre Zahl ist wegen der niedrigeren Zahl von Saison-Waldarbeitern um 230 zurückgegangen. Einen ebenfalls verminderten Personalstand wiesen die kreisfreien Städte auf, wozu Einsparungen durch Rationalisierung der Unternehmen, zum Beispiel durch Umstellung der Verkehrsunternehmen auf den Ein-Mann-Betrieb, beitrugen.

Dipl.-Volkswirt D. Lenz

Öffentliche Ausgaben für die Wissenschaft im Jahre 1966 und seit 1950

Unter den Schwerpunktaufgaben der Landesregierung nimmt das Bildungswesen die erste Stelle ein. Es umfaßt neben dem Unterrichtswesen, also den Schulen verschiedener Art, namentlich die Wissenschaft, für die beträchtliche Aufwendungen erforderlich sind. Im Jahre 1966 beliefen sich die staatlichen Ausgaben für die Wissenschaft in Rheinland-Pfalz auf rund 191 Mill. DM, das sind 25,4% der Ausgaben für Bildung und Kultur und 5,7% der Ausgaben überhaupt im Vergleich zu 3,5% im Jahre 1960 und 0,9% im Jahre 1950. Nach dem Haushaltsvoranschlag sind für das Jahr 1967 mit rund 200 Mill. DM und für 1968 mit 213 Mill. DM wiederum mehr als

in den davor liegenden Jahren vorgesehen. Von 1950 bis 1966 sind für die Wissenschaft von seiten des Staates rund 1 160 Mill. DM aufgewendet worden, darunter 270 Mill. DM für Bauten. Weitere 41 Mill. DM wurden von Gemeinden und Gemeindeverbänden für die eigene Wissenschaftspflege ausgegeben, so daß der Wissenschaft von Rheinland-Pfalz in den 17 Jahren seit 1950 insgesamt rund 1,2 Mrd. DM zugeführt worden sind.

1. Hochschulen

a. Universität und Universitätskliniken: Von den Ausgaben für die Wissenschaft nehmen die Johannes Gutenberg-Universität

Aufgabenbereich	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1950 - 1966
	1 000 DM						
Hochschulen							
Universität	30 146	35 538	48 242	60 218	71 308	69 830	498 113
Universitätskliniken	24 859	30 725	38 008	62 230	69 249	73 771	434 450
Übrige Hochschulen ¹⁾	} 7 773	7 720	2 032	2 789	3 133	7 321	} 99 566
Pädagogische Hochschulen			6 302	7 761	14 523	21 666	
Andere wissenschaftliche Einrichtungen							
Wissenschaftliche Institute des Landes	701	790	1 009	1 094	2 609	3 001	27 571
Archive und Museen	710	795	826	1 635	1 918	1 831	16 540
Übrige Wissenschaft	7 006	7 556	8 772	9 854	11 334	13 399	83 406
Insgesamt	71 195	83 124	105 191	145 581	174 074	190 819	1 159 646
dar.: Bauten insgesamt	9 012	13 718	24 016	50 164	60 576	60 108	270 343
Universität und Universitätskliniken	7 278	12 607	23 025	48 430	54 498	47 888	239 177

1) Einschl. der allgemeinen Ausgaben für Hochschulen.

in Mainz mit dem angeschlossenen Auslands- und Dolmetscherinstitut in Germersheim und die Universitätskliniken in Mainz den überwiegenden Teilbetrag in Anspruch. Die hierfür aufgewendeten Beträge beliefen sich 1966 auf 143,6 Mill. DM oder 75%, in den Jahren 1962 bis 1965 sogar auf 80% und mehr der gesamten Ausgaben für die Wissenschaft. Diese Ausgaben, die etwa zu gleichen Teilen auf die Universität und die Universitätskliniken entfallen, dienen zu gut je einem Drittel der Besoldung des Lehr-, wissenschaftlichen Hilfs- und Verwaltungspersonals sowie dem Bau- und Ausbau der wissenschaftlichen Institute. Darüber hinaus stellen aber auch die sonstigen laufenden Ausgaben, wie die Mittel zur Studienförderung, zur Bewirtschaftung von Grundstücken und Räumen, in besonderem Maße die Betriebsausgaben der Universitätskliniken sowie die Ausgaben für Lehrmittel, Büchereien und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses - um nur einige größere Posten zu nennen - hohe Beträge dar.

Die Personalausgaben für Universität und Kliniken, die sich 1966 auf jeweils fast 27 Mill. DM (ohne Versorgung) beliefen, haben sich im Vergleich zum Jahre 1959 verdreifacht. Diese Entwicklung ist neben den Besoldungs- und Gehaltsverbesserungen namentlich auf Stellenvermehrungen zurückzuführen, die entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der stark angestiegenen Studentenzahl erfolgten.

Zu beträchtlichen Ausgabenausweitungen hat in diesem Zeitraum ferner der Ausbau der Universität und ihrer Kliniken geführt. Während von 1953 bis 1961 jährlich im Durchschnitt zwischen 5 und 6 Mill. DM an Bauausgaben anfielen - in den Jahren davor waren sie vergleichsweise unbedeutend -, ist ihr Volumen seit 1962 sprunghaft angestiegen und hat in den Jahren 1964 bis 1966 durchschnittlich rund 50 Mill. DM betragen, wobei seit 1964 der größere Teil den Kliniken zugute kam. Neben den im Landeshaushalt veranschlagten vermehrten Investitionsausgaben wurde durch das Landesgesetz zur Förderung des Ausbaues der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz vom 29. 12. 1961 (GVBl. 1962 S. 3) ein Sondervermögen gebildet, dem von 1961 bis 1963 insgesamt 60 Mill. DM Landesmittel und fast 22 Mill. DM Zuschüsse des Bundes zur Förderung der Wissen-

schaft und Forschung zugeführt wurden. Von dem Gesamtbetrag dieses Sondervermögens waren bis Ende 1966 rund 42 Mill. DM für Neubauten verwendet, und zwar für die Philosophische Fakultät, für ein Institutsgebäude der Naturwissenschaftlichen Fakultät, für mehrere Institute der Medizinischen Fakultät und für die Zahn-, Mund- und Kieferklinik.

Für die Universität und die Kliniken sind von 1950 bis 1966 bei einem Gesamtaufwand von fast 933 Mill. DM über 239 Mill. DM an Bauausgaben entstanden. Dieser Betrag, von dem 115,5 Mill. DM der Universität und 123,7 Mill. DM den Kliniken zugute kamen, beläuft sich auf neun Zehntel der seit 1950 für die Wissenschaft in Rheinland-Pfalz verwendeten Investitionssumme. Nach den Plänen der Landesregierung sollen bis 1980 noch 750 Mill. DM für den Ausbau der Universität und der Universitätskliniken aufgewendet werden. Dies entspricht weiterhin einem jährlichen Investitionsvolumen wie in den Jahren seit 1964.

b. Übrige und pädagogische Hochschulen: Zu den übrigen Hochschulen zählen die Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer sowie die Staatlichen Hochschulinstitute für Leibeserziehung, für Kunst- und Werkerziehung sowie für Musik in Mainz. Pädagogische Hochschulen sind in Koblenz, Neuwied, Trier, Worms, Kaiserslautern und Landau. Ferner ist in Mainz seit 1966 ein Staatliches Hochschulinstitut für Berufspädagogik, an dem Bewerber für das Lehramt des höheren Dienstes der gewerblichen Fachrichtung (Maschinenbau, Elektrotechnik) an berufsbildenden Schulen ausgebildet werden.

Für die übrigen Hochschulen wurden 1966 rund 7,3 Mill. DM und für die pädagogischen Hochschulen 21,7 Mill. DM aufgewendet. Darunter waren insgesamt 12,2 Mill. DM für Bauten, fast ausschließlich der pädagogischen Hochschulen. Ein Drittel der Ausgaben der übrigen und ein Viertel der pädagogischen Hochschulen entfällt auf Personalausgaben.

Im Ausgabevolumen der übrigen Hochschulen sind seit 1966 auch die Zuweisungen an den Investitionsfonds der Länder auf Grund des Abkommens über die Finanzierung neuer wissenschaftlicher Hochschulen enthalten, das durch

Art	Ins- gesamt	Univer- sität	Univer- sitäts- kliniken	Übrige ¹⁾	Pädago- gische	Wissen- schaftl. Institute des Landes	Archive und Museen	Übrige Wissen- schaft
				Hochschulen				
				1 000 DM				
Personalausgaben ²⁾	64 554	26 628	26 742	2 500	5 538	1 833	1 313	-
Zuweisungen an Zweckverbände und Länder	17 136	468	-	3 303	-	130	95	13 140
Sonstige laufende Ausgaben	37 508	16 700	14 680	675	3 848	958	389	258
Bauten, große Instandsetzungen	60 108	19 324 ³⁾	28 564	752	11 455	12	-	1
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	11 513 ³⁾	6 710 ³⁾	3 785	91	825	68	34	-
I n s g e s a m t	190 819	69 830	73 771	7 321	21 666	3 001	1 831	13 399
davon wurden finanziert aus								
Gebühren	25 246	2 074	22 133	106	782	135	16	-
Sonstigen Einnahmen (ohne Schulden)	36 573	27 585	7 220	643	577	494	29	25
Allgemeinen Deckungsmitteln und Schuldenaufnahmen	129 000	40 171	44 418	6 572	20 307	2 372	1 786	13 374

1) Einschl. der allgemeinen Ausgaben für Hochschulen. - 2) Ohne Versorgung. - 3) Einschl. 991 000 DM Erwerb von Grundvermögen.

Landesgesetz vom 21. 10. 1964 (GVBl. S. 207) ratifiziert worden ist. Nach diesem Abkommen entfällt auf Rheinland-Pfalz ein Betrag von insgesamt 84,5 Mill. DM, der in 15 Jahresraten zur Mitfinanzierung der Baukosten der neuen Hochschulen in Bochum, Bremen, Dortmund, Konstanz und Regensburg geleistet wird. Als erste Rate wurden 1966 3,2 Mill. DM gezahlt.

Die anderen Ausgaben sind im wesentlichen durch den laufenden Betrieb der übrigen und pädagogischen Hochschulen bedingt. Seit 1957 wurden für diese Hochschulen fast 100 Mill. DM ausgegeben, darunter 28,4 Mill. DM Bauausgaben, und zwar allein rund 20 Mill. DM seit 1964.

2. Andere wissenschaftliche Einrichtungen

a. Wissenschaftliche Institute des Landes: Die Landeslehr- und Forschungsanstalt für Wein- und Gartenbau in Neustadt, das Geologische Landesamt in Mainz sowie die drei staatlichen Ämter für Vor- und Frühgeschichte wiesen 1966 Ausgaben in Höhe von 3 Mill. DM auf. Von diesem Betrag entfielen über 60% auf Personal- und gut 30% auf sonstige laufende Ausgaben. Seit 1950 sind für diese, wissenschaftlichen Zwecken dienenden Einrichtungen 27,6 Mill. DM, und zwar überwiegend Personalausgaben, entstanden.

b. Archive und Museen: Wissenschaftliche Einrichtungen dieser Art sind die Landesarchivverwaltung und das Rheinische Landesmuseum Trier. Mit Wirkung vom 1. Januar 1967 hat das Land ferner das Altertumsmuseum und die Gemäldegalerie der Stadt Mainz unter der neuen Bezeichnung Mittelrheinisches Landesmuseum übernommen. Die Ausgaben des Landes für Archiv und Museum lagen 1966 unter 2 Mill. DM und sind seit 1950 auf 16,5 Mill. DM angewachsen. Zwei Drittel der Aufwendungen wurden für das Personal benötigt.

c. Übrige Wissenschaft: Unter übrige Wissenschaft werden in der Finanzstatistik vorwiegend die Leistungen des Landes auf Grund des Staatsabkommens zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen mit überregionalem Wirkungsbereich und des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vom 4. 6. 1964 gemäß

Landesgesetz vom 21. 10. 1964 erfaßt. Danach hat das Land eine dem Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl entsprechende Interessenquote von 5,766% zum Zuschußbedarf des Gesamthaushalts der in den Abkommen zusammengefaßten Institute und Museen einschließlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu entrichten. Die Beträge des Landes fließen vornehmlich dem Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz, dem Max-Planck-Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft und Landtechnik in Bad Kreuznach, dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum und dem ebenfalls in Mainz ansässigen Institut für Europäische Geschichte zu. Diese in der Finanzstatistik als Zuweisungen an Zweckverbände ausgewiesenen Zahlungen verzeichneten in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Anstieg. Sie beliefen sich 1966 auf 13,4 Mill. DM und seit 1950 auf über 83 Mill. DM.

d. Kommunale Wissenschaftspflege: Neben Bund und Land unterhalten auch größere Gemeinden wissenschaftlichen Zwecken dienende Einrichtungen. Die dafür anfallenden Ausgaben werden in der Gemeindefinanzstatistik als Wissenschaftspflege nachgewiesen und resultieren in der Hauptsache aus den Stadtbibliotheken in Trier, Mainz und Worms sowie der Pfälzischen Landesbibliothek in Speyer. Seit 1961 sind für die kommunale Wissenschaftspflege jährlich etwa 4 Mill. DM, seit 1950 insgesamt 41 Mill. DM aufgewendet worden. Da rund ein Viertel des Gesamtbetrages durch spezielle Einnahmen gedeckt wurde, belief sich der aus allgemeinen Deckungsmitteln zu finanzierende Zuschußbedarf der kommunalen Wissenschaftspflege seit 1950 auf 30 Mill. DM.

3. Finanzierung

Die gesamten Ausgaben für Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen sind 1966 zu rund 13% aus Gebühren und Entgelten finanziert worden. Während diese Einnahmen für die Universität, die Hochschulen und die anderen wissenschaftlichen Institute mit 3 bis 4% der Gesamtausgaben eine unbedeutende Rolle spielen, decken sie bei den Universitätskliniken durch die Krankenhaus- und Behandlungskosten 30% der Ausgaben. Weitere Einnahmen, die insgesamt 19%, bei der Universität rund 40% der Aufwendungen

ausmachen, sind die sogenannten sonstigen Einnahmen, die zu vier Fünfteln aus Zuweisungen des Bundes bestehen. Damit waren 1966 zwei Drittel (67,6%) der Aufwendungen für die Wissenschaft aus allgemeinen Deckungsmitteln und Schuldenaufnahmen zu finanzieren. Der aus diesen allge-

meinen Finanzmitteln zu finanzierende Zuschußbedarf betrug für die Universität 57,5% und für die Universitätskliniken 60% der Ausgaben. Für die übrigen Hochschulen belief er sich auf 90%, für die pädagogischen Hochschulen auf 94%.

Dr. K. H. Weis

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten im Jahre 1967

Grundlage für die Darstellung der Verdienst- und Arbeitszeitentwicklung bilden die Ergebnisse regelmäßiger Repräsentativerhebungen der amtlichen Statistik. Solche Erhebungen laufen vierteljährlich für die Bereiche Industrie und Handel, halbjährlich für das Handwerk und einmal, im September eines jeden Jahres, für die Landwirtschaft. Die Berichtszeit umfaßt bei allen drei Erhebungen etwa einen Kalendermonat.

Im Oktober 1967 wurden von der laufenden vierteljährlichen Erhebung in Industrie und Handel 1 347 Betriebe erfaßt. Das waren 38 Betriebe weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Rückgang ist vorwiegend durch Betriebsstilllegungen bedingt. Verhältnismäßig stärker als der Abgang an Betrieben war indessen das Absinken der Beschäftigtenzahlen während des Jahres 1967. Die Anzahl der in den befragten Betrieben erfaßten Arbeiter ging nämlich um über 9 000, von rund 153 000 auf 144 000, die der Angestellten um nicht ganz 1 000 auf 58 000 zurück. Für die Abnahme der Beschäftigten darf jedoch als Grund nicht allein das Erlöschen einiger Betriebe angenommen werden. Vermutlich sind eher konjunkturelle Gründe und der strukturell bedingte Rückgang der Beschäftigungsintensität in der Industrie ausschlaggebend gewesen, was auch aus der laufenden Industrieberichterstattung hervorgeht. In den erfaßten Betrieben der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien waren beispielsweise 1967 rund 4 500, in den Betrieben der übrigen Bereiche ebenfalls ungefähr die gleiche Zahl an Arbeitern weniger beschäftigt als 1966. Auch im Handwerk nimmt die Zahl der erfaßten Betriebe und Beschäftigten ständig ab. Der Rückgang war jedoch 1967 nicht besonders groß. Die Erhebung erfaßte 1967 nur 35 Betriebe weniger als 1966 und die Zahl der Beschäftigten verminderte sich um etwa 100 auf rund 4 900.

Die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft sind wesentlich anders gelagert als in der Industrie und im Handwerk. Dort sind besonders in den sehr zahlreichen Betrieben mit verhältnismäßig geringer landwirtschaftlicher Nutzfläche, soweit sie neben den Familienangehörigen überhaupt familienfremde Kräfte benötigen, fast ausnahmslos Monatslöhner in Hausgemeinschaft beschäftigt, deren Verdienste mit den Wochen- und Stundenlöhnen in anderen Wirtschaftszweigen nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Von den Betrieben mit 50 ha und mehr landwirtschaftlicher Nutzfläche müssen darüber hinaus auch Verdienst- und Arbeitszeitangaben über die dort beschäftigten Stundenlöhner außer Hausgemeinschaft gemacht werden, aus denen sich Durchschnittswerte ermitteln lassen. Diese sind mit den entsprechenden Werten aus

anderen Wirtschaftsbereichen vergleichbar. Betriebe mit solchen Beschäftigten waren in Rheinland-Pfalz von jeher nur wenige vorhanden. Zudem geht ihre Zahl von Jahr zu Jahr zurück. Es lassen sich daher auch nur die aus den Betriebsangaben für das gesamte Bundesgebiet festgestellten Mittelwerte mit denen für die Industrie und das Handwerk des Landes vergleichen. Die für das Bundesgebiet ermittelten Durchschnittswerte beruhen auf Angaben landwirtschaftlicher Betriebe, welche im September 1967 insgesamt 3 100 Stundenlöhner beschäftigten.

1. Verdienste

a. Allgemeine Entwicklung: Die bereits seit dem 2. Halbjahr 1966 deutlich erkennbare allmähliche Abschwächung des Anstiegs der Bruttostundenverdienste der Arbeitnehmer hat während des Jahres 1967 weiter angehalten. So waren die Bruttowochenlöhne der Arbeiter in der Industrie im Oktober 1967 nicht höher als im gleichen Monat des Vorjahres, die Stundenlöhne verbesserten sich nur noch um 1,8%. 1966 betrugen die entsprechenden Werte immerhin noch 2,1 und 4,3%. Ebenso wie im Vorjahre erhöhten sich die Monatsverdienste der Angestellten in der Industrie und im Handel 1967 stärker als die Wochenverdienste der Arbeiter. Die Gehälter der kaufmännischen Angestellten stiegen nämlich um 3,9%, die der technischen Angestellten um 2,4%. Im Jahre 1966 lagen die entsprechenden Steigerungen noch bei 5,1 und 4,9%. Die Monatsverdienste der Angestellten, welche während der vergangenen zehn Jahre in ihren jährlichen prozentualen Erhöhungen immer hinter den Zuwachsraten der Arbeiterverdienste zurücklagen, konnten daher etwas aufholen.

Bis zum Jahre 1965 waren auch die Arbeits-einkommen der Angestellten im öffentlichen Dienst in ihrer Entwicklung mit den Monatsverdiensten der Angestellten in der Industrie einigermaßen vergleichbar, denn die jeweilige tarifliche prozentuale Erhöhung der Angestelltegehälter im öffentlichen Dienst kam allen Vergütungsgruppen gleichmäßig zugute. Es genügte bis dahin, sich auf eine der Vergütungsgruppen festzulegen und die zwischen den Vergleichszeiträumen (Oktober) eingetretenen Veränderungen zu ermitteln. Da aber im Jahre 1966 teilweise erhebliche anderweitige tarifliche Verbesserungen eintraten - es sei hier nur der sogenannte Bewährungsaufstieg erwähnt, der in den verschiedenen hierfür in Frage kommenden Tarifgruppen an völlig verschiedene Beschäftigungszeiten in der jeweiligen Gruppe gebunden ist -, war ein einwandfreier Vergleich nicht mehr gegeben. Trotz dieser indirekten Gehaltserhöhun-

gen durch Tarifvereinbarungen bleibt der prozentuale Anstieg der Angestelltegehälter im öffentlichen Dienst, gemessen an den letzten zehn Jahren, vermutlich immer noch beträchtlich hinter denjenigen im privaten Sektor zurück. Ein durch Tarifvereinbarungen gleichmäßiges Anheben des Grundgehalts ist im Jahre 1967 nicht eingetreten.

Den aufgeführten Veränderungen der Arbeits-einkommen muß, um ihre Bedeutung abschätzen zu können, die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung im gleichen Zeitraum gegenübergestellt werden. Der Preisindex für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen ist im Berichtszeitraum nur um 1,1% gestiegen. Dies bedeutet, daß der Reallohn der Industriearbeiter und der Angestellten sich kaum verändert hat, zumal die ermittelten Verdienst- und Indexwerte innerhalb gewisser Fehlergrenzen liegen, welche bei solchen geringen Schwankungen eine konkrete Aussage problematisch machen.

b. Arbeiterlöhne: Für den Bruttostundenlohn eines Arbeiters in der Industrie wurde im Oktober 1967 ein Durchschnittswert von 4,77 DM, für die Arbeiterin ein solcher von 3,23 DM ermittelt. Er war nur um 9 bzw. 2 Pf höher als im Oktober 1966. Bei den Männern ergaben sich innerhalb der Leistungsgruppen keine wesentlichen Unterschiede, die Erhöhungen lagen dort zwischen 7 und 11 Pf. Größer waren allerdings die Abstände bei den weiblichen Arbeitern. Dort differierten in den Leistungsgruppen die Stundenlöhne zwischen einem Rückgang um 24 Pf in der Gruppe 1 und einer Zunahme um 10 Pf in der Gruppe 3. Da jedoch die Leistungsgruppe 1 bei den Frauen verhältnismäßig gering besetzt ist, können bereits unbedeutende Änderungen, wie Personalwechsel, Kurzarbeit oder Betriebseinstellungen, derartig auffällige Rückgänge verursachen. Während des Jahres haben die Saisoneinflüsse in den vierteljährlichen Erhebungsintervallen ebenfalls eine unterschiedliche Entwicklung der Verdienste mit sich gebracht. Sie ist wesentlich anders verlaufen als in den Jahren zuvor. Bisher haben sich die Verdienste immer erhöht, nur verhielten sich diese

Zunahmen in den Saisonabschnitten uneinheitlich. Im Jahre 1967 traten indessen neben nur noch geringen Erhöhungen sogar Rückgänge hervor. Das sind offenbar Anzeichen dafür, daß das Ausmaß der Akkordarbeiten in Zeiten der Arbeits-spitzen, anscheinend durch sinkende Auftragsbestände bedingt, zu schrumpfen begann. Diese Vermutung findet eine weitere Stütze in den bereits seit 1965 ständig zurückgehenden Mehrarbeitsstunden, die bis dahin noch ständig angestiegen waren. Seit 1965 verminderte sich die im Durchschnitt während einer Woche geleistete Mehrarbeitszeit um eine Stunde.

Im Schnitt verdiente ein Arbeiter in der Industrie im Oktober 1967 rund 212 DM in der Woche. Dieser Wert ist nur um 1 DM geringer als der vom Oktober 1966. Die Arbeiterin in diesem Wirtschaftsbereich erhielt 132 DM, 1 DM mehr als im Vorjahre. Eine Entwicklung zu bewerten, die so geringe Unterschiede aufweist, hat nur dann einen Sinn, wenn dabei die gleichzeitig eingetretenen Veränderungen der Stundenverdienste in Betracht gezogen werden. Da die Höhe der Wochenverdienste an das Ausmaß der jeweils bezahlten Arbeitszeit gebunden ist, können nämlich trotz steigender Stundenlöhne die Wochenverdienste durch eine sinkende Arbeitszeit zurückgehen. Das bedeutet, daß die von den Arbeitnehmern erreichten Lohnerhöhungen sich nicht mehr zu realisieren vermögen und durch eine gedrosselte Arbeitszeit kompensiert werden. Zurückgegangen sind sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen vor allem die Wochenverdienste der qualifizierten Arbeiter, während sich die der Hilfsarbeiter in beiden Fällen gegenüber 1966 sogar noch etwas verbessern konnten.

Die Beschäftigung der Frauen ist im Handwerk unbedeutend, so daß in den von der Lohnerhebung erfaßten Zweigen nur Angaben für die weiblichen Beschäftigten in der Herren- und Damenschneiderei - dort ist sie häufiger - zu machen sind. Die Zahl dieser Betriebe ist jedoch seit Jahren schon, ebenso wie die Beschäftigung in den noch verbleibenden Betrieben, derart zurückgegangen, daß auch hier aus den Angaben für die weiblichen Beschäftigten keine Rückschlüsse mehr auf die Verdienstsituation gezogen werden können. Die Darstellung der Lohnentwicklung im Handwerk vermag sich deshalb nur auf die für die männlichen Beschäftigten angefallenen Werte zu stützen.

Gegenüber dem Vorjahre hat sich, ebenso wie in der Industrie, der Bruttowochenlohn des männlichen Beschäftigten im Handwerk gegenüber dem Vorjahre nicht erhöht. Es ergab sich ein Durchschnittsbetrag von 195 DM, der 17 DM unter dem für den Industriearbeiter ermittelten liegt. Einige, wenn auch nur unbedeutende Unterschiede zeigt indessen die Entwicklung der Wochenlöhne für die einzelnen Arbeiterkategorien. So stiegen die Löhne der Vollgesellen um 2 DM, die der Junggesellen gingen dagegen von 155 auf 143 DM zurück, während die Verdienste der übrigen Arbeiter gleichblieben. Diese verhältnismäßig geringen Veränderungen können durchaus infolge von Personalwechsel entstanden sein und dürfen in keinem

Durchschnittliche Bruttolöhne der Arbeiter in Industrie und Handwerk nach Geschlecht und Leistungsgruppen 1966 und 1967

Geschlecht Leistungsgruppe	Bruttostundenlohn		Bruttowochenlohn	
	1966	1967	1966	1967
DM				
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)				
Männer	4,68	4,77	213	212
Leistungsgruppe 1	4,98	5,07	227	226
" 2	4,56	4,67	209	207
" 3	3,92	3,99	175	176
Frauen	3,21	3,23	131	132
Leistungsgruppe 1	4,06	3,82	162	154
" 2	3,34	3,32	136	135
" 3	2,95	3,05	122	125
Insgesamt	4,39	4,47	195	195
Leistungsgruppe 1	4,94	5,02	224	223
" 2	4,29	4,36	191	190
" 3	3,47	3,57	149	152
Handwerk				
Männer	4,29	4,30	195	195
Vollgesellen	4,52	4,59	207	209
Junggesellen	3,46	3,22	155	143
Übrige Arbeiter	3,64	3,67	169	169

Jahr	Bruttowochenverdienste der Arbeiter					Bruttomonatsverdienste der Angestellten										
	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) ¹⁾			Hand- werk 1)	Land- wirt- schaft 2)	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) ¹⁾						Handel, Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe ¹⁾			Öffent- licher Diens- 3)	
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	männlich	kaufmänn. Angestellte			technische Angestellte			kaufmänn. Angestellte					
					ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich			
Veränderung zum Vorjahr in %																
1958	6,5	5,8	3,3	7,9	11,3	7,4	7,6	6,9	8,4	8,2	6,2	8,8	8,5	6,8	4,3	
1959	9,1	8,3	14,5	6,3	1,1	7,3	7,7	7,3	7,0	7,1	6,3	1,9	1,2	5,3	-	
1960	12,0	12,7	14,1	10,8	14,4	9,4	10,9	8,2	9,5	9,4	9,1	12,0	11,3	10,1	7,0	
1961	8,3	8,3	11,1	11,5	7,8	10,3	10,9	10,3	11,5	11,6	11,2	12,4	12,4	13,2	9,4	
1962	9,9	8,3	8,9	11,9	14,4	8,4	8,1	9,3	7,8	7,7	9,2	8,2	7,9	8,1	4,8	
1963	9,7	10,3	8,2	9,9	6,3	8,0	7,0	9,3	6,9	6,8	7,7	9,8	8,8	10,5	5,1	
1964	10,1	10,5	9,4	9,0	8,1	8,1	7,5	8,6	7,0	7,4	5,6	10,0	7,5	10,7	3,1	
1965	9,8	10,0	9,5	9,5	17,1	8,9	8,8	8,4	8,5	8,5	9,9	9,8	9,4	6,8	5,6	
1966	2,1	1,9	3,1	5,4	3,5	5,1	5,2	5,3	4,9	4,8	4,4	8,4	8,1	8,4	.	
1967	-	- 0,5	0,8	-	-	3,9	4,3	3,0	2,4	2,5	2,2	3,8	3,4	3,5	-	
Veränderung zu 1957 in %																
1958	6,5	5,8	3,3	7,9	11,3	7,4	7,6	6,9	8,4	8,2	6,2	8,8	8,5	6,8	4,3	
1959	16,1	14,6	18,3	14,6	12,5	15,3	16,0	14,7	16,0	15,9	12,8	10,9	9,8	12,5	4,3	
1960	30,1	29,1	35,0	27,0	28,8	26,1	28,5	24,1	27,1	26,8	23,2	24,2	22,1	24,0	11,6	
1961	40,9	39,8	50,0	41,6	38,8	39,0	42,6	36,8	41,7	41,5	36,9	39,6	37,3	40,3	22,1	
1962	54,8	51,5	63,3	58,4	58,8	50,6	54,1	49,6	52,7	52,4	49,5	51,1	48,2	51,7	27,9	
1963	69,9	67,0	76,7	74,2	68,8	62,7	64,9	63,4	63,2	62,8	61,0	65,9	61,2	67,7	34,4	
1964	87,1	84,5	93,3	89,9	82,5	75,8	77,3	77,6	74,6	74,8	70,0	82,5	73,3	85,6	38,5	
1965	105,4	102,9	111,7	107,9	113,8	91,5	92,9	92,5	89,5	89,6	86,7	100,3	89,6	98,1	46,3	
1966	109,7	106,8	118,3	119,1	121,3	101,3	103,0	102,8	98,7	98,7	95,0	117,2	105,0	114,8	.	
1967	109,7	105,8	120,0	119,1	121,3	109,1	111,7	108,9	103,6	103,6	99,3	125,4	111,9	122,4	(63,1)	

1) Werte bis 1963, Handwerk bis 1965 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Bundesgebiet. - 3) Verg.-Gr. VIb BAT (40 Jahre, ledig, Ortsklasse A).

Fälle als Verbesserung oder Verschlechterung der Lohnsituation im Handwerk gedeutet werden.

Die Bruttostundenlöhne sind kaum gestiegen. Der für die Jungesellen ermittelte Durchschnittswert ging sogar um 24 Pf auf 3,22 DM zurück, wogegen sich die Löhne der Vollgesellen und der übrigen Arbeiter um einige Pfennige verbessern konnten. Da gerade bei den Jungesellen sich ein ständiger und auch stärkerer Personalwechsel als bei den anderen Gruppen vollzieht, sind solche Schwankungen nicht als außergewöhnlich zu betrachten. Der im Handwerk erzielte Gesamtstundenlohn liegt um 47 Pf unter dem für die Industrie ermittelten Durchschnittswert. Der Vollgeselle verdiente in der Stunde etwa 50 Pf weniger als ein Facharbeiter in der Industrie. Unterschiede in diesem Umfang bestanden bislang immer zwischen Industrie und Handwerk, wenn auch der langjährige Vergleich eine allmähliche Verkürzung des Abstands deutlich erkennen läßt.

Die Entwicklung der Bruttoverdienste in der Landwirtschaft zeigt einen ähnlichen Trend wie in der Industrie. Die Wochenverdienste blieben gegenüber Oktober 1966 gleich, die bezahlte Arbeitszeit ging etwas zurück, aber die durchschnittlichen Stundenverdienste stiegen etwas an. Der Stundenlohn für den außer Hausgemeinschaft in der Landwirtschaft beschäftigten Stundenlöhner belief sich im September 1967 auf 3,41 DM. Das waren 1,2% mehr als im Jahre zuvor. Dabei bestand zwischen dem Facharbeiter und dem Hilfsarbeiter ein Unterschied von 55 Pf. Die Wochenverdienste haben sich in ihrer Höhe gegenüber September 1966 nicht verändert. Es errechnet sich dafür wiederum bei einer geringeren Zahl von bezahlten Stunden ein Durchschnittsbetrag von 177 DM. Das Absinken der Arbeitszeit kann jedoch

allein durch Witterungseinflüsse verursacht worden sein.

c. Angestelltegehälter: Die Steigerung der Monatsgehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie hat sich zwar 1967 weiter fortgesetzt, die prozentuale Zunahme stand jedoch noch hinter der schon verhältnismäßig geringen Verbesserung des Vorjahres zurück. Sie belief sich bei den kaufmännischen Angestellten auf 3,9%, bei den technischen auf 2,4%. Unterschiede bestanden indessen in der prozentualen Verbesserung der Gehälter der männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten. Die männlichen Angestellten sind 1967 mit einer Erhöhung von 4,3% besser weggekommen als die Frauen mit nur 3%. Bei den technischen Angestellten bestand in dieser Hinsicht kaum ein Unterschied. Allerdings sind dort die weiblichen Angestellten nicht ausreichend repräsentativ vertreten, so daß Aussagen über eine Entwicklung nur unter Einschränkungen zu machen sind. Im allgemeinen hat sich seit 1957 die Gehaltssituation für die Männer günstiger gestaltet als für die Frauen. Die Erhöhung erreichte in dieser Zeitspanne für die männlichen kaufmännischen Angestellten nämlich einen Prozentsatz von nahezu 112, für die Frauen einen solchen von nicht ganz 109. Bei den technischen Angestellten standen 104% etwas mehr als 99% gegenüber. Die absoluten Gehälter der technischen Angestellten waren jedoch seit jeher wesentlich höher als die der kaufmännischen Angestellten. So verdiente ein kaufmännischer Angestellter in der Industrie im Oktober 1967 im Schnitt 1 194 DM, ein technischer 1 291 DM. Die Durchschnittswerte für Frauen lagen mit 754 bzw. 869 DM wesentlich darunter.

In der Gliederung nach Leistungsgruppen - sie bringt die unterschiedliche Qualifikation der Be-

schäftigten zum Ausdruck - zeigte sich, daß die Verbesserung der Monatsverdienste nicht einheitlich verlief. So stiegen die Gehälter in der Gruppe III der kaufmännischen Industrieangestellten sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen wesentlich stärker als in den beiden unteren Gruppen, denn diese erhielten im Schnitt 5,6 bzw. 4% mehr als 1966, während die Erhöhung der beiden unteren Gruppen (IV und V) zwischen 1,5 und 2,1% blieb. Der Unterschied zwischen den beiden oberen und den beiden unteren Gruppen ist während der vergangenen zehn Jahre immer größer geworden, denn der Zuwachs der Gruppe II und III überstieg in dieser Zeit bei den männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten 100%, während der Anstieg für die beiden letzten Gruppen sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen höchstens 92% erreichte. Die Entwicklung der Monatsgehälter der männlichen technischen Angestellten in der Industrie ist ähnlich verlaufen. Von einer Tendenz zur allmählichen Nivellierung in den Qualifikationsstufen der Angestellten kann daher keineswegs gesprochen werden.

Ganz anders als in der Industrie ist die Entwicklung der Monatsverdienste der kaufmännischen Angestellten im Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe verlaufen. Zwar erreichte die Erhöhung von 1966 auf 1967 mit 3,8% ungefähr den Prozentsatz wie bei der gleichen Angestelltengruppe in der Industrie, jedoch kam im Gegensatz zur Industrie die Verbesserung, insbesondere bei den Frauen, mehr den unteren Leistungsgruppen zugute. Der langjährige Vergleich läßt erkennen, daß die Monatsverdienste in diesem Wirtschaftsbereich wesentlich stärker gestiegen sind als in der Industrie, und daß die unteren Gruppen, vor allem bei weiblichen Angestellten, davon am meisten zu profitieren vermochten. So verdienten die männlichen Angestellten der untersten Qualifikationsstufe um über 129%, die weiblichen sogar um 142% mehr als vor zehn Jahren. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß trotz dieser Entwicklung die absoluten Werte der Durchschnittsverdienste bei weitem noch nicht an die für die Industrie er-

mittelten heranreichen, wenn auch eine Angleichung durch den bis 1966 herrschenden Kräftemangel beschleunigt wurde, wobei die beiden unteren Gruppen sich den entsprechenden Gruppen der Industrie stärker anzugleichen vermochten als die oberen. 1967 war fast schon ein Gleichstand gegeben.

2. Arbeitszeiten

Angaben über die Arbeitszeit werden in den Erhebungen nur für die Arbeiter verlangt; hier sind sie für die Ermittlung der effektiven Verdienste unentbehrlich. Es wird dabei zwischen der nach den Tarifvereinbarungen zu bezahlenden und der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit unterschieden. Die bezahlte Wochenarbeitszeit ist in der Regel höher als die geleistete, weil darin auch die nicht geleistete Arbeitszeit während eines zustehenden Urlaubs, an gesetzlichen Feiertagen sowie für sonstige Ausfallzeiten enthalten ist. Seit Jahren sind nun Bestrebungen der in der Gewerkschaft organisierten Arbeitnehmerschaft im Gange, tarifmäßig gebundene Arbeitszeitverkürzungen zu erreichen. Wenn auch der bisher herrschende allgemeine Kräftemangel diesen Bestrebungen entgegenwirkte, so wurde doch in den letzten Jahren allmählich eine tarifmäßig festgelegte Senkung der Arbeitszeit erreicht. Diese wurde aber in der Hochkonjunktur — das gilt insbesondere für die männlichen Arbeiter in der Industrie — teilweise durch Ableistung von Mehrarbeitszeit kompensiert. Erst 1966, offensichtlich nachdem der Druck des Kräftemangels allmählich nachließ, ging die Zahl der Überstunden zurück, eine Entwicklung, die sich während des ganzen Jahres 1967 fortgesetzt hat.

Im Oktober 1967 erbrachte ein Arbeiter in der Industrie im Schnitt eine Arbeitsleistung von 42,6 Stunden in der Woche, bezahlt wurden ihm 44,4 Stunden. Gegenüber 1966 ist daher die geleistete Arbeitszeit um mehr als eine halbe Stunde, die bezahlte um über eine Stunde zurückgegangen. Die geleistete und bezahlte Arbeitszeit der Frauen in der Industrie war von jeher wesentlich geringer als die der Männer. Das liegt vor allem daran, daß die Frauen im allgemeinen keine Mehrarbeit leisten

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie¹⁾
nach Geschlecht und Leistungsgruppen 1957, 1966 und 1967

Geschlecht Leistungsgruppe	Kaufmännische Angestellte					Technische Angestellte				
	1957 ²⁾	1966	1967	Veränderung		1957 ²⁾	1966	1967	Veränderung	
				1967 zu 1957	1967 zu 1966				1967 zu 1957	1967 zu 1966
DM			%		DM			%		
Männer	564	1 145	1 194	111,7	4,3	634	1 260	1 291	103,6	2,5
Leistungsgruppe II	780	1 532	1 576	102,1	2,9	818	1 646	1 704	108,3	3,5
" III	583	1 111	1 173	101,2	5,6	633	1 200	1 227	93,8	2,3
" IV	440	816	828	88,2	1,5	505	952	977	93,5	2,6
" V	381	663	677	77,7	2,1	416	814	784	88,5	- 3,7
Frauen	361	732	754	108,9	3,0	436	850	869	99,3	2,2
Leistungsgruppe II	667	1 347	1 362	104,2	1,1	.	1 412	1 463	.	3,6
" III	467	921	958	105,1	4,0	507	987	1 031	103,4	4,5
" IV	352	661	675	91,8	2,1	387	732	750	93,8	2,5
" V	275	518	526	91,3	1,5	314	621	645	105,4	3,9
Insgesamt	472	950	987	109,1	3,9	617	1 226	1 256	103,6	2,4
Leistungsgruppe II	767	1 512	1 552	102,3	2,6	817	1 641	1 699	108,0	3,5
" III	550	1 048	1 101	100,2	5,1	625	1 187	1 216	94,6	2,4
" IV	394	710	723	83,5	1,8	488	917	940	92,6	2,5
" V	299	542	552	84,6	1,8	385	730	721	87,3	- 1,2

1) Einschl. Hoch- und Tiefbau. - 2) Werte auf neuen Berichtskreis umgerechnet.

Beschäftigtengruppe	Geleistete Wochenarbeitszeit						Bezahlte Wochenarbeitszeit		
	insgesamt			Mehrarbeitszeit					
	1957 ¹⁾	1966	1967	1957 ¹⁾	1966	1967	1957 ¹⁾	1966	1967
Stunden									
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)									
Männer	43,2	43,2	42,6	2,1	3,4	2,9	47,4	45,5	44,4
Leistungsgruppe 1	43,0	43,3	42,7	2,0	3,6	3,0	47,2	45,6	44,6
" 2	44,0	43,3	42,3	2,4	3,3	2,8	48,2	45,7	44,5
" 3	42,5	42,8	42,7	1,6	2,8	2,6	46,7	44,6	44,0
Frauen	40,8	39,2	39,4	1,1	0,7	0,8	44,9	40,9	40,7
Leistungsgruppe 1	40,7	39,2	39,6	0,5	0,5	0,8	44,0	39,9	40,3
" 2	40,7	39,4	39,7	1,1	0,6	0,8	44,8	40,7	40,7
" 3	41,0	39,0	39,1	1,3	0,8	0,9	45,1	41,2	40,8
Insgesamt	42,7	42,4	41,9	1,9	2,8	2,5	46,8	44,5	43,7
Leistungsgruppe 1	42,8	43,2	42,5	2,0	3,4	2,9	46,9	45,4	44,4
" 2	43,1	42,4	41,7	2,2	2,6	2,3	47,3	44,5	43,6
" 3	41,9	41,0	41,1	1,5	1,9	1,8	46,0	42,9	42,6
Handwerk									
Männer	44,2	41,5	41,3	1,0	3,4	3,4	47,4	45,6	45,4
Vollgesellen	44,4	41,7	41,5	1,1	3,5	3,5	47,5	45,7	45,6
Jungesellen	44,5	40,5	40,2	0,8	2,7	2,5	47,4	44,7	44,3
Übrige Arbeiter	42,8	42,4	42,0	1,0	4,5	4,2	46,3	46,5	46,1

1) Werte auf neuen Berichtskreis umgerechnet.

und in verhältnismäßig wenig Fällen Akkordarbeiten verrichten. Des weiteren sind auch regelmäßig verkürzte Arbeitszeiten bei der Beschäftigung von Frauen nicht sehr selten. Gegenüber Oktober 1966 ist die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit der Frauen fast gleich geblieben, ebenso wie die bezahlte Arbeitszeit. Der Unterschied zwischen der bezahlten Arbeitszeit der Frauen und Männer belief sich auf ungefähr 4 Stunden in der Woche.

Die Arbeitszeiten im Handwerk sind von denen in der Industrie kaum verschieden. Die bezahlte Wochenarbeitszeit ist nur wenig zurückgegangen. Der Unterschied von etwa 1,3 Stunden in der Woche zwischen der geleisteten Arbeitszeit in der Industrie und im Handwerk hat seine Ursache in der verschiedenen Erhebungszeit. In den November, den Erhebungsmonat für das Handwerk, fallen nämlich meistens zwei gesetzliche Feiertage, an denen nicht gearbeitet wird, während der Oktober, der Erhebungsmonat für die Industrie, in der Regel keine Feiertage aufweist. Die an und für sich schon verhältnismäßig geringe Zahl an Mehrarbeitsstunden im Handwerk blieb fast gleich.

Die aus der Lohnerhebung in der Landwirtschaft anfallenden durchschnittlichen Arbeits-

zeiten können mit denen in der Industrie und im Handwerk üblichen nicht ohne weiteres verglichen werden. In der Landwirtschaft ist die Arbeitszeit wesentlich saisonabhängiger als in den vorgenannten Bereichen. Sie muß im Monat September, der Erhebungszeit für die Lohnerhebung und einer der Arbeitsspitzen des Jahres, auch wesentlich höher sein als dort. So lag die durchschnittlich bezahlte Arbeitszeit, ähnlich wie im Vorjahr, zwischen 220 und 227 Stunden, während in der Industrie und im Handwerk etwa 200 Stunden im Monat üblich sind. In den Monaten Oktober und November dürfte vermutlich die Arbeitszeit in der Landwirtschaft, sieht man von den besonderen Verhältnissen im Weinbau einmal ab, sogar unter dem für die Industrie und dem für das Handwerk errechneten Mittelwert liegen. Gegenüber dem September des Vorjahres ist allerdings die bezahlte Arbeitszeit in der Landwirtschaft etwas zurückgegangen. Die Abnahme war jedoch nicht so erheblich, daß sich daraus konkrete Schlüsse über die Entwicklung ziehen lassen. Es ist durchaus möglich, daß allein die Witterung an einigen Tagen des Monats eine Veränderung in diesem Ausmaße zu bewirken vermochte.

Dr. Th. Walter

Die Bauwirtschaft im Jahre 1967

1. Allgemeine Entwicklung

Die der Rezessionsphase 1957/58 folgende boomartige Expansion der rheinland-pfälzischen Bauwirtschaft war im Jahre 1965 nahezu zum Stillstand gekommen. Der sich gegen Jahresende 1965 abzeichnende Beschäftigtenrückgang hielt 1966 (— 3,0%) an, wobei vor allem in den letzten Monaten ein saisonal überdurchschnittlicher Abbau von Arbeitskräften zu beobachten war, welcher schließlich Anfang 1967 ein besorgniserregendes Ausmaß annahm. Die pessimistische Beurteilung der Lage der Bauwirtschaft fand ihren deutlichsten

Niederschlag in den Investitionsentscheidungen der Unternehmer, obwohl sich die öffentliche Hand bereits frühzeitig anschickte, die Wirtschaftskontunktur zu stützen. Dennoch schrumpften die Investitionen des Bauhauptgewerbes 1966 um mehr als ein Viertel (— 28,7%), wodurch zugleich die Investitionsgüterindustrien zu weiteren Produktionseinschränkungen gezwungen wurden, welche wiederum nicht ohne Auswirkung auf die Bauwirtschaft blieben. Das Bauhauptgewerbe hatte bereits infolge realistischer Einschätzung der Baukonjunktur 1965 für Investitionen strengere Maßstäbe angelegt (— 13,0%).

In den früheren Jahren waren den Bauarbeitern auch in den Wintermonaten ihre Arbeitsplätze erhalten geblieben - die Schlechtwettergeldregelung hatte hierfür eine wesentliche Voraussetzung geschaffen -, um bei der Frühjahrsebelegung auf einen erfahrenen Mitarbeiterstamm zurückgreifen zu können. Ende 1966 waren die Hoffnungen der Unternehmer auf ein gutes Frühjahrsgeschäft indes zu gering, um bei der stark geminderten Auftragslage (— 17,6% im Dezember 1966 gegenüber Dezember 1965) ein größeres Beschäftigungsrisiko einzugehen. Zudem war nun nicht zu befürchten, daß bei einer Fehleinschätzung der Lage der Arbeitsmarkt nicht funktionsfähig wäre, wie das in den vergangenen Jahren noch der Fall war. Insbesondere wirkte sich dies für die Hilfskräfte negativ aus. Allein von Dezember 1966 auf Januar 1967 sank die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe um 9,0% von 87 384 auf 79 521, für Helfer und Hilfsarbeiter belief sich die Abnahme auf 14,0%. Diese stellten mit 3 609 Entlassungsfällen vom Dezember auf Januar 1967 das Hauptkontingent, wie insbesondere auch die Zahlen der Arbeitsmarktstatistik erkennen lassen. Ein ähnlich starker Beschäftigteneinbruch erfolgte letztmals im Januar 1961. Der Tiefststand wurde 1967 jedoch erst im Februar mit 77 918 erreicht, so daß sich gegenüber dem Höchststand Mitte 1964 bzw. 1965 eine Differenz von mehr als 25 000 freigestellten Arbeitsplätzen ergab. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Witterungsverhältnisse in den Wintermonaten 1966/67 außerordentlich günstig waren. Die Durchschnittstempe-

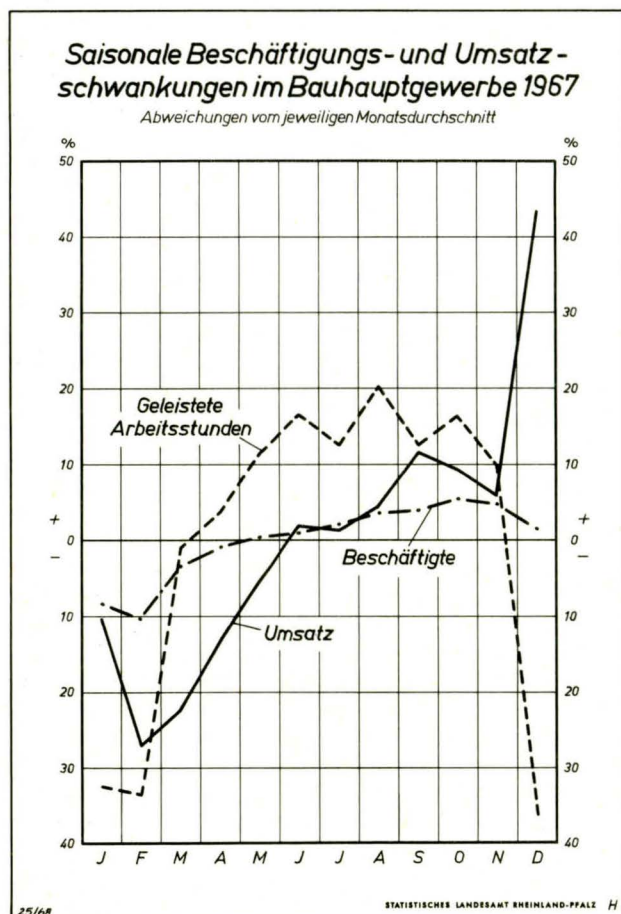
ratur lag im ersten Vierteljahr 1967 wesentlich über dem letzten Fünfjahresdurchschnitt, wie auch die Zahl der ausgefallenen Tagewerke in dieser Zeitspanne erkennen läßt. Diese ging entsprechend vom 1. Quartal 1966 von 1 274 000 auf 794 000 im 1. Quartal 1967 um 37,7% zurück und erreichte damit einen außerordentlich niedrigen Stand, der allerdings zum Teil auch auf die Entlassungen zurückzuführen war.

Wenn die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Industriewirtschaft auch gleichzeitig wesentlich günstiger verlief, und im Gegensatz zum Bundesgebiet, wo das Produktionsniveau des Jahres 1966 unterschritten wurde, mit einer Zuwachsrate von 8,9% ein außerordentlich günstiges Ergebnis erzielt werden konnte, war von diesem Wirtschaftsbereich keine Entspannung des Arbeitsmarktes zu erwarten, da selbst hier die Zahl der Beschäftigten beachtlich zurückging (im Monatsdurchschnitt — 5,3%), was einem Abbau um reichlich 20 000 Arbeitsplätzen entsprach und doppelt so hoch war wie beim Bauhauptgewerbe, so daß sich etwaige Hoffnungen der entlassenen Bauarbeiter, in der Industrie ein neues Betätigungsfeld zu finden, nur in Ausnahmen erfüllten.

Die vielfältigen Bemühungen der Länder, der Gemeinden und insbesondere des Bundes zur Stützung der Konjunktur vermochten zunächst nur einen weiteren Niedergang zu verhindern, im Spätherbst waren jedoch deren positive Auswirkungen nicht mehr zu verkennen. Während 1966 bereits im Juni der Beschäftigtenhöchststand im Bauhauptgewerbe erreicht worden war, 1965 war es der Juli, lag im abgelaufenen Jahr die Beschäftigtenspitze mit 91 457 im Oktober und selbst Ende November wurde dieser Stand noch nahezu gehalten (— 0,6%). Damit hebt sich das saisonale Entwicklungsbild deutlich von dem der Vorjahre ab. Infolge des Herbstaufschwunges verringerte sich Ende 1967 der Abstand zu den Vergleichswerten des Vorjahres, dennoch wurde der Beschäftigtenstand des Jahres 1966 um ein Zehntel unterschritten. Die Abnahme beim Umsatz war mit 3,6% infolge Produktivitätssteigerungen vergleichsweise nicht so ausgeprägt, da bei einer Gefährdung der Arbeitsplätze erfahrungsgemäß die Leistungen steigen. Hinzu kommt, daß der verringerten Beschäftigtenzahl ein relativ höherer Maschinenbesatz gegenüberstand, da bei einer Unterbeschäftigung ein höherer Mechanisierungsgrad zu erreichen ist, obwohl ein optimaler Einsatz des Geräteparkes dann nicht möglich ist. Wenn auch im Auftragsbestand Ende September 1967 die konjunkturellen Stützungsmaßnahmen noch nicht voll ihren Niederschlag fanden, da einige größere Baumaßnahmen erst im Oktober vergeben werden konnten, ließen diese Werte die Impulse der Aufwärtsbewegung bereits deutlich spüren.

2. Betriebsstruktur

Die ungünstige konjunkturelle Entwicklung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Betriebe. Ihre Zahl verringerte sich von Juni 1966 bis Juni 1967 um 1,5%, und zwar von 4 691 auf 4 622. Der Rückgang um 69 resultiert aus dem Saldo der Neugründungen und Auflösungen, der bereits im Jahre zuvor negativ war. Auffällig blieb indes, daß die



Zahl der Neugründungen mit 293 höher als im Vorjahre war, als sich diese auf 272 belaufen hatte. Allerdings übertraf auch die Zahl der Auflösungen mit 362 die des Vorjahreszeitraumes (314 von Juli 1965 bis Juni 1966). Sieht man von den befristeten Zusammenschlüssen von Firmen in Form der Arbeitsgemeinschaft ab, deren Zielsetzung mit dem Abschluß der jeweiligen Großbaumaßnahmen erreicht ist, nahm die Zahl der eigentlichen Betriebsaufgaben keineswegs ein beängstigendes Ausmaß an, was insbesondere auch die Statistik der Insolvenzen zu bestätigen vermag. Der Anteil der Insolvenzen an den Betriebsaufgaben blieb auch im abgelaufenen Jahr verhältnismäßig gering. Insgesamt war mit 30 Insolvenzfällen (22 Konkurse und 8 Vergleichsverfahren) nahezu keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, als 25 Konkurse 4 Vergleichsverfahren gegenüberstanden. Während im Jahre 1966 noch eine gewisse Häufung in der zweiten Jahreshälfte zu beobachten war, wo 17 der 25 Konkurse und 3 der 4 Vergleichsverfahren registriert wurden, ergab sich für 1967 in etwa eine gleichmäßige Verteilung nach Quartalen. Stellt man die Betriebsauflösungen den Neugründungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Betriebsgröße gegenüber, ergibt sich ein aufschlußreicher Vergleich. Beispielsweise zählten 191 der aufgelösten Betriebe nach dem Beschäftigtenstand von Juni 1966 zu der Größenklasse 20 und mehr Beschäftigte, das heißt, jeder zweite aufgelöste Betrieb gehörte zu dieser Kategorie. Hingegen verfügten nur 52 der 293 Neugründungen, also jeder sechste, Ende Juni 1967 über 20 und mehr Arbeitskräfte. Immerhin war im Jahre zuvor hier noch eine gleichlaufende Entwicklung festzustellen. Nunmehr standen den 40 Betriebsauflösungen mit jeweils 100 und mehr Beschäftigten nur 4 Neugründungen gleicher Größe gegenüber.

Die Analyse der Betriebe nach ihrer Größe, gemessen am Beschäftigtenstand, läßt deutlich erkennen, daß die größeren Firmen stärker von der Rezession betroffen wurden als die kleineren Betriebe, wobei zu berücksichtigen ist, daß die größeren Betriebe der Nachfrageminderung mit einem Abbau des Personals begegneten. So nahm die Zahl der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten um 1,7% und mit 10 bis 19 Beschäftigten sogar um 3,1% von Juni 1966 bis Juni 1967 zu. Die detaillierte Untergliederung der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigungsfällen zeigt allerdings, daß der Anstieg sich hier auf die Betriebe mit 5 bis 9 Beschäftigten beschränkte, der sich auf 4,6% stellte und durch die Verschiebung innerhalb der Größenklassen seine Erklärung findet. Während die Zahl der Betriebe mit 2 bis 4 Beschäftigten, auf die, gemessen am Gesamtbestand, ein Anteil von reichlich 20% entfiel, stagnierte, wurden die sogenannten Einmannbetriebe von der Konjunkturabschwächung stark betroffen, so daß deren Bestand um 4,5% auf 274 dezimiert wurde. Für die übrigen Betriebsgrößenklassen ergaben sich Abnahmen, wobei die Zahl der Betriebe mit 200 und mehr Beschäftigten mit — 23,5% noch etwas stärker rückläufig war als die nächst niedere Betriebskategorie mit 100 bis 199 Beschäftigten, welche um 22,0%

Betriebe des Bauhauptgewerbes und deren Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen im Juni 1967

Betriebsgrößenklasse nach der Zahl der Beschäftigten	Betriebe			Beschäftigte		
	insgesamt	Anteil	Veränderung zu 1966	insgesamt	Anteil	Veränderung zu 1966
	Anzahl	%		Anzahl	%	
1 - 9	2 456	53,1	1,7	11 285	12,8	2,7
10 - 19	1 007	21,8	3,1	13 762	15,6	4,2
20 - 49	768	16,6	- 6,7	23 432	26,6	- 8,0
50 - 99	266	5,8	- 15,3	18 081	20,6	- 16,4
100 - 199	99	2,1	- 22,0	13 164	15,0	- 25,5
200 und mehr	26	0,6	- 23,5	8 305	9,4	- 26,3
Insgesamt	4 622	100,0	- 1,5	88 029	100,0	- 12,2

schrumpfte. Die Zahl der Betriebe mit 50 bis 99 Beschäftigten verminderte sich um 15,3% und mit 20 bis 49 Beschäftigten um 6,7%.

Der Betriebsschwund blieb auf den Hoch- und Tiefbau (— 2,5%), die Zimmerei und den Ingenieurholzbau beschränkt (— 4,0%). Hingegen übertrafen beim Spezialbau (+ 3,1%), beim Dachdeckergerwerbe (+ 2,3%) und auch beim Stukkateur-, Gipser- und Verputzergewerbe (+ 1,7%) die Neugründungen die Betriebsauflösungen. Da diese vornehmlich zum handwerklichen Tätigkeitsbereich rechnen, war der Betriebsrückgang der Bauindustrie (— 3,1%) stärker als beim Bauhandwerk (— 1,3%).

3. Arbeitseinsatz

Im Bauhauptgewerbe waren Ende Juni 1967 insgesamt 88 029 Personen gegenüber rund 100 000 im Juni zuvor tätig, was einer Abnahme um 12,2% entsprach. Damit sank die Zahl der Beschäftigten in etwa auf den Stand des Jahres 1961, als sich dieser auf 86 000 belaufen hatte. Auch die Entwicklung des Personaleinsatzes nach Beschäftigtengrößenklassen verlief gegenläufig. Während bei den Betrieben mit 1 bis 9 bzw. 10 bis 19 Beschäftigten Zugänge um 2,7 bzw. 4,2% zu verzeichnen waren, ergaben sich für die folgenden Größenklassen wachsende Abnahmeraten, und zwar von — 8,0% bei den Betrieben mit 20 bis 49 Beschäftigten bis zu — 26,3% der Betriebe mit 200 und mehr Arbeitskräften. Auch der Personalstand der Betriebe der Größenklasse 100 bis 199 Beschäftigten verminderte sich um reichlich ein Viertel, so daß dem Zuwachs der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten um 3,5% eine Abnahme der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten um 17,2% gegenüberstand, was entsprechende Strukturverschiebungen zur Folge hatte. So sank der Anteil der Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten am Personaleinsatz von 28,8% Ende Juni 1966 auf 24,4% im Juni 1967. Hingegen stieg der Beschäftigtenanteil der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten von 24,2 auf 28,4%. Im Juni 1963 hatte er sich erst auf 22,8% gestellt. Diese Entwicklung führte zu einer wesentlichen Verschiebung in der Zahl der durchschnittlich je Betrieb Beschäftigten. Diese sank von Juni 1966 auf Juni 1967 von 21,4 auf 19,0. Da die zur Bauindustrie zählenden Betriebe von dem Rückgang besonders stark betroffen wurden, waren hier Ende Juni 1967 im Durchschnitt nur noch 51 Kräfte je Betrieb tätig gegenüber 61 im Jahre zuvor. Insgesamt belief sich

hier der Beschäftigtenabbau auf 19,2%. Hingegen betrug dieser bei den handwerklichen Baubetrieben nur 9,0%. Die Zahl der Beschäftigten je Betrieb sank von 17 auf 15.

Unter den Zweigen blieb nur das Dachdeckergerwerbe, das sein Personal um 7,1% auf 3 806 erhöhen konnte, von einem Rückgang verschont. Die Einbußen der übrigen Zweige waren sehr unterschiedlich, wobei die Abnahmeraten von 4,5% beim Stukkateur-, Gipser- und Verputzergewerbe bis zu 24,1% beim Brunnenbau streuten. Aber auch so gewichtige Bereiche wie der Tief- und Ingenieurtiefbau (— 21,4%), der Straßenbau (— 19,6%) und Hoch-, Tief- und Ingenieurbau (— 14,9%), die zusammen nahezu die Hälfte aller Arbeitsplätze be-reithielten (47,8%), mußten infolge Auftragsmangel ihre Belegschaft stark reduzieren. Ende Juni 1965 war auf diese drei Gewerbebezüge noch ein Anteil von 51,0% entfallen.

Der Vergleich der Beschäftigten nach ihrer Funktion zeigt - sieht man von den Sonderverhältnissen der Lehrlinge ab -, daß von Juni 1966 auf Juni 1967 unter den Beschäftigtengruppen die Helfer und Hilfsarbeiter mit 19,4% den höchsten Abgang auswiesen. Zwar errechnet sich bei den Facharbeitern, deren Zahl sich um 8,4% verringerte, für die Fachrichtung Betonbauer mit — 22,5% ein relativ noch stärkerer Rückgang, dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese auch artverwandte Facharbeiten ausüben und im Vergleich zu Juni 1966 entsprechend der Tätigkeit Ende Juni 1967 ausgewiesen wurden. Die Abnahme der tätigen Inhaber (— 2,0%) und der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen (— 1,9%) entspricht erfahrungsgemäß der Betriebsbewegung. Bei den Fremdkräften erwiesen sich die Arbeitsplätze der Angestellten am konjunkturunempfindlichsten (— 5,1%). Bemerkenswert dürfte hier indes sein, daß technische Angestellte verhältnismäßig öfter entlassen bzw. freige-wordene Plätze nicht mehr besetzt wurden (— 8,3%) als bei deren kaufmännischen Kollegen (— 3,1%). Auffallend ist zudem, daß auch so quali-fizierte Kräfte, wie sie Poliere, Schachtmeister und Meister darstellen, in erheblichem Maße freigestellt wurden (— 11,0%). Diese Rate wurde bei den Hilfs-

polieren, Hilfsmeistern und Facharbeitern sogar noch geringfügig übertroffen (— 11,7%).

Im Monatsdurchschnitt war der Beschäftigten-rückgang mit 9,8% nicht ganz so ausgeprägt wie von Juni 1967 gegenüber Juni 1966. Im Jahresver-gleich nahm die Zahl der kaufmännischen und tech-nischen Angestellten nur um 2,4% ab, während sich die Vergleichsgröße für Facharbeiter, Poliere und Meister auf — 7,7% belief. Das Hauptkontingent, nämlich 5 000 der Freisetzung, stellten hingegen die Helfer und Hilfsarbeiter, deren Zahl von 30 676 im Jahre 1966 auf 25 938 im Jahre 1967 zurückging (— 15,4%). Jeder zweite entlassene Beschäftigte war ein Hilfsarbeiter. Dabei gilt noch zu berücksichti-gen, daß diese bereits von den Freistellungen der Jahre 1966 (— 7,7%) bzw. 1965 (— 4,5%) über-durchschnittlich stark betroffen worden waren. Gemessen am durchschnittlichen Beschäftigtenstand des Jahres 1964, ergab sich in den vergangenen drei Jahren für diese eine Abnahme um 25,0%, bei gleichzeitiger Veränderung der Gesamtbeschäftig-tenzahl von — 13,3%. Infolge dieser Entwicklung schrumpfte ihr Anteil von 34,9 auf 29,9%. Entspre-chend erhöhte sich die Quote der Fachkräfte. Hier läßt der langfristige Vergleich noch deutlicher den Strukturwandel der Bauwirtschaft erkennen. Durch die zunehmend kapitalintensive Bauweise wurde das Verhältnis der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit verschoben, was wiederum weitere Aus-wirkungen auf den Faktor Arbeit zur Folge hat. Durch die Mechanisierung werden vor allem un-qualifiziertere Funktionen von Maschinen über-nommen, deren Einsatz und Wartung wiederum qualifiziertes Personal erfordert, eine Entwicklung, die noch keineswegs abgeschlossen ist und auch Auswirkungen auf die optimale Betriebsgröße hat. Dies fördert vor allem den Produktivitätsfortschritt. Der zunehmende Einsatz technisch beständig ver-besserter Baumaschinen führt zugleich zu einer physischen Entlastung der Arbeitskräfte.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden blieb mit 152,7 Mill. um 9,5% unter der des Jahres 1966. Gemessen am bisherigen Höchststand im Jahre 1964, als sich diese auf 176,7 Mill. belaufen hatte, ergab sich eine Minderleistung von 13,6%. Trotz der vielfältigen öffentlichen Förderungen übertraf die Abnahme im öffentlichen und Verkehrsbau mit 14,6% wesentlich die des privaten Baues (— 5,7%). Während hier für den Wohnungsbau gegenüber 1966 noch eine Zunahme um 1,1% erzielt wurde, war der Rückgang im wesentlichen auf die Zurück-haltung der gewerblichen Wirtschaft (— 21,2%) zu-rückzuführen (landwirtschaftlicher Bau — 6,1%). Für den öffentlichen Hoch- (— 13,7%) und Tiefbau (— 14,9%) ergaben sich in etwa gleiche Minderlei-stungen. Das Ergebnis für den sonstigen Tiefbau war mit — 16,8% aber wesentlich ungünstiger als für den Straßenbau (— 12,7%). Diese Entwicklung führte zu einer merklichen anteilmäßigen Verschie-bung. Gemessen an der Zahl der geleisteten Ar-beitsstunden, erhöhte sich der Anteil des privaten Baues von 56,6% auf 59,0%. Entsprechend sank der des öffentlichen Verkehrsbaues auf 41,0% gegen-über 46,2% im Jahre 1963. Auffallend waren die hohen Schwankungen im Saisonverlauf 1967. So

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe nach der Stellung im Betrieb
im Juni 1966 und 1967

Stellung im Betrieb	1966	1967	Verän- derung
	Anzahl		%
Tätige Inhaber	5 256	5 153	- 2,0
Unbezahlte mithelfende Familien- angehörige	432	424	- 1,9
Angestellte	6 401	6 077	- 5,1
kaufmännische	4 013	3 887	- 3,1
technische	2 388	2 190	- 8,3
Poliere, Schachtmeister, Meister	2 309	2 056	- 11,0
Hilfspolierere, Hilfsmeister, Fach- vorarbeiter	4 723	4 170	- 11,7
Facharbeiter	46 335	42 459	- 8,4
Maurer	20 243	18 801	- 7,1
Zimmerer	5 448	4 693	- 13,9
Betonbauer	1 619	1 254	- 22,5
Übrige Baufacharbeiter	9 695	9 123	- 5,9
Sonstige Facharbeiter	9 330	8 588	- 8,0
Helfer und Hilfsarbeiter	31 484	25 362	- 19,4
Gewerbliche Lehrlinge	3 290	2 328	- 29,2
Insgesamt	100 230	88 029	- 12,2

Gewerbezeigen Betriebsform	Betriebe			Beschäftigte				Umsatz 1966			
	ins- gesamt	Anteil	Verän- derung zu 1966	ins- gesamt	je Betrieb	Anteil	Verän- derung zu 1966	ins- gesamt	je Betrieb	Anteil	Verän- derung zu 1965
	Anzahl	%		Anzahl		%		Mill. DM	1 000 DM	%	
Hoch- und Tiefbau	2 685	58,1	- 2,5	71 318	26,6	81,0	- 13,6	2 175	810	81,6	3,2
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	584	12,7	- 9,0	23 470	40,2	26,7	- 14,9	721	1 235	27,1	5,3
Hoch- und Ingenieurhochbau	1 535	33,2	0,5	29 278	19,1	33,2	- 7,5	699	455	26,2	6,1
Tief- und Ingenieurtiefbau	292	6,3	- 1,7	6 958	23,8	7,9	- 21,4	280	959	10,5	- 4,8
Straßenbau	274	5,9	- 5,2	11 612	42,4	13,2	- 19,6	475	1 734	17,8	1,1
Spezialbau	135	2,9	3,1	3 557	26,3	4,0	- 16,5	135	1 000	5,0	0,7
Schornstein-, Feuerungs- und Industriefenbau	16	0,3	- 5,9	984	61,5	1,1	- 25,1	41	2 563	1,5	5,1
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau)	81	1,8	6,6	1 975	24,4	2,2	- 10,3	72	889	2,7	- 2,7
Brunnenbau und nichtbergbau- liche Tiefbohrung	12	0,2	-	431	35,9	0,5	- 24,1	16	1 333	0,6	- 5,9
Abbruch-, Spreng- und Ent- trümmerungsgewerbe	26	0,6	-	167	6,4	0,2	- 6,7	6	231	0,2	20,0
Stukkateur-, Gips- und Ver- putzergewerbe	548	11,9	1,7	6 060	11,1	6,9	- 4,5	131	239	4,9	5,6
Zimmerei und Dachdeckerei	1 254	27,1	- 0,9	7 094	5,7	8,1	0,0	226	180	8,5	14,1
Dämmerei und Ingenieurholzbau	623	13,5	- 4,0	3 288	5,3	3,8	- 7,0	101	162	3,8	7,4
Dachdeckerei	631	13,6	2,3	3 806	6,0	4,3	7,1	125	198	4,7	20,2
Insgesamt	4 622	100,0	- 1,5	88 029	19,0	100,0	- 12,2	2 667	577	100,0	4,0
davon: Industrie	493	10,7	- 3,1	24 972	50,7	28,4	- 19,2	981	1 990	36,8	- 2,8
Handwerk	4 129	89,3	- 1,3	63 057	15,3	71,6	- 9,0	1 686	408	63,2	8,4

belief sich die mittlere Abweichung auf 17,2 gegen-
 über 15,9 im Jahre 1966. Abweichend von der Be-
 schäftigtenentwicklung, wo ebenfalls der Wert der
 mittleren Abweichung mit 3,8 den des Vorjahres
 (3,2) übertraf, und der Höchststand erst im Oktober
 erreicht wurde, lag dieser hier bereits im August,
 als nahezu die doppelte Leistung der Monate De-
 zember, Januar und Februar erzielt wurde. Die
 Extremwerte der Abweichungen wurden im De-
 zember mit - 36,2 und im August mit + 20,2 er-
 mittelt. Auffallend ist, daß die Höchstleistung bei
 der Analyse nach Bauarten im privaten Bau und
 entsprechend auch im Wohnungsbau im Monat Juni
 verzeichnet wurde. Hingegen wurde die Spitze beim
 gewerblichen Bau im Oktober, im öffentlichen und
 Verkehrsbau hingegen im August erreicht.

An Löhnen und Gehältern kamen im Berichts-
 zeitraum 848,3 Mill. DM zur Auszahlung, was einem
 Rückgang um 11,4% gegenüber 1966 entsprach. Es
 entfielen 766,9 Mill. DM oder 90,4% auf Löhne und
 81,4 Mill. DM oder 9,6% auf Gehälter. Entsprechend
 der differenzierten Beschäftigtenentwicklung ging
 die Lohnsumme um 12,4%, die Gehaltssumme aber
 nur um 1,3% zurück. Da die Abnahme des Umsatzes
 wesentlich hinter der der Lohn- und Gehaltssumme
 zurückblieb, verringerte sich die Lohn- und Ge-
 haltsquote von 34,0% im Jahre 1966 auf 31,3%.
 Vergleichsweise belief sich diese für die Industrie
 des Landes auf 19,7% (1966: 21,5%). Diese Quoten
 zeigen sehr deutlich die Strukturverschiedenheit
 dieser Wirtschaftsbereiche. Trotz der langfristigen
 außerordentlich großen Investitionsaktivität der
 Bauwirtschaft zählt diese dennoch zu den lohn-
 intensiveren Zweigen des produzierenden Berei-
 ches. Die Absatzschwierigkeiten und der damit ver-
 bundene Preisdruck zwangen die Unternehmen zur
 Kostensenkung bzw. Leistungssteigerung, was in
 den veränderten Lohn- und Gehaltsquoten beider
 Wirtschaftsbereiche ihren Niederschlag findet. Setzt
 man die Lohn- und Gehaltszahlungen in Relation

zu der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, ergibt
 sich für das Bauhauptgewerbe eine Durchschnitts-
 belastung je Stunde von 5,56 DM gegenüber 5,67
 DM im Jahre zuvor, was einer Veränderung von
 - 1,9% entsprach. Darin sind die Arbeitgeberan-
 teile zur Sozialversicherung und einige weitere So-
 zialkosten bei der Lohn- und Gehaltssumme noch
 nicht enthalten. Die Arbeitsleistung der Inhaber
 wird zwar bei dieser Betrachtung berücksichtigt,
 ein adäquater Unternehmerlohn der Personenge-
 sellschaften, die beim Bauhauptgewerbe stark do-
 minieren, bleibt jedoch hier ebenfalls außer An-
 satz.

Im Hoch- und Tiefbau nahm die durchschnittlich
 geleistete Arbeitszeit der Arbeiter im Vergleich zu
 1966 um 0,9% auf 43,5 Stunden je Woche zu. Die
 Zahl der durchschnittlich bezahlten Stunden ging
 hingegen von 44,8 auf 44,0 zurück, was einer Ab-
 nahme um 1,8% entspricht. Während sich so die
 Bruttostundenverdienste um 0,7% auf 4,57 DM er-
 höhten, sank der durchschnittliche Bruttowochen-
 verdienst um 1,5% auf 202 DM. Infolge der ange-
 spannten Lage auf dem Baupreis war im vergan-
 genen Jahr auf Lohnerhöhungen weitgehend ver-
 zichtet worden, da die Hauptsorge der Erhaltung
 der Arbeitsplätze galt. Zudem engten sinkende
 Baupreise den Spielraum für Lohnerhöhungen ein,
 was die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer
 schwächte. Auch die Zunahme der durchschnittli-
 chen Verdienste der Angestellten blieb erheblich
 hinter der der Vorjahre zurück. Nach der Höhe der
 Zuwachsraten führten die weiblichen kaufmänni-
 schen Angestellten (+ 4,1%) vor ihren männlichen
 Kollegen (+ 3,6%) und den technischen Angestell-
 ten (+ 0,9%). Die durchschnittlichen Bruttomonats-
 verdienste beliefen sich nun auf 687 DM, 1 127 DM
 und 1 367 DM.

4. Maschineneinsatz

Die Ergebnisse der Investitionserhebung bei Un-
 ternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten lassen seit

1965 eine starke Zurückhaltung erkennen, was nicht ohne Auswirkung auf den Bestand an Baugeräten blieb. Während sich der Zugang an Anlagegütern im Jahre 1964 noch auf 165,2 Mill. DM belaufen hatte, sank dieser im Jahre 1966 auf 102,5 Mill. DM (1965: 143,8 Mill. DM). Damit schrumpfte die Investitionsintensität, das ist der Anteil der Investitionen an der Jahresbauleistung, von 8,2% im Jahre 1964 auf 4,7% im Jahre 1966 bzw. von 2 249 DM je Beschäftigten auf 1 423 DM. Da knapp 90% des Investitionsvolumens auf Maschinen und maschinelle Anlagen entfielen, wirkte sich der Rückgang besonders auf den Gerätebestand aus. Während in früheren Jahren stets ein starker Bestandszugang bei den wichtigsten, jährlich erfaßten Baugeräten zu beobachten war, übertraf von Juni 1966 bis Juni 1967 zumeist der Abgang den Zugang. So nahm der Bestand von 16 der 31 ausgewiesenen Baugeräte und -maschinen ab und nur bei 14 Positionen konnte ein Zugang ermittelt werden. Der Bestand an Motorspritzmaschinen blieb unverändert. Die größte Bestandserweiterung wurde bei Verputzmaschinen (+ 11,5%) und Mischanlagen (+ 11,0%) registriert. Im übrigen hielt sich der Zugang in sehr engen Grenzen, wie auch die Abnahmeraten, von Bodenstabilisierungsmaschinen, Automobilkranen, Rammen und Betonstraßenfertigern und Verteilern abgesehen, gering waren. Der hohe Rückgang der genannten Geräte erklärt sich zum Teil aus dem geringen Bestand, wo eine geringe zahlen-

mäßige Verschiebung bereits eine hohe relative Veränderung zur Folge hat.

5. Produktion

Erstmals seit 1957 blieb der Umsatz mit 2,7 Mrd. DM hinter dem des Vorjahres zurück, und zwar um 3,6% oder reichlich 100 Mill. DM. Infolge der Einführung der Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1968 und dem damit verbundenen Übergang der Erfassung der vereinbarten Umsätze statt der vereinnahmten Entgelte, schnellte der Umsatz im Monat Dezember auf einen außergewöhnlichen Höchststand von 323,9 Mill. DM, der dann im Januar 1968 um — 60,1% auf 129,3 Mill. DM abfiel (— 36,1% gegen Januar 1967). Durch diese Sonderverhältnisse schrumpfte der Abstand zu dem Vorjahr, der sich für die Zeitspanne Januar bis November noch auf — 5,5% belaufen hatte, auf — 3,6%. Der Umsatz im Dezember übertraf den Novemberumsatz um 35,3% und den vom Dezember 1966 um 13,4%. Vom Jahresdurchschnitt ergab sich sogar eine Abweichung um 43,4% bei einer mittleren Abweichung von 13,0. Im übrigen lagen nur die Umsätze der Monate Januar und Februar über denen der Vergleichsmonate des Jahres 1966. Allerdings war dieser Vorsprung beträchtlich (+ 31,1%), denn er wurde im Zeitraumbereich erst im Monat Juni (— 0,3%) eingeholt, während die Zuwachsraten der übrigen Reihen bereits von Jahresbeginn an negativ waren.

Nach Bauarten verlief die Entwicklung uneinheitlich. Da der Umsatz des öffentlichen und Verkehrsbaues mit 1 395,9 Mill. DM stagnierte, war der Rückgang durch den privaten Bau bedingt, der mit — 7,1% ein beachtliches Ausmaß annahm. Der Wohnungsbau erreichte hier in etwa noch das Ergebnis des Vorjahres (— 1,5%), die Abnahme des gewerblichen Baues betrug hingegen — 17,1%. Beim öffentlichen und Verkehrsbau blieb nur der Straßenbau mit — 2,0% hinter dem Umsatz des Jahres 1966 zurück. Im Hochbau (+ 1,7%) und sonstigen Tiefbau (+ 0,8%) konnte noch eine bescheidene Umsatzausweitung erzielt werden. Der anteilmäßige Vergleich der Umsätze mit den geleisteten Arbeitsstunden läßt deutlich erkennen, daß der private Bau wesentlich arbeitsintensiver als der öffentliche und Verkehrsbau ist. Sein Anteil am Umsatz belief sich auf 51,5% (1966: 49,6%), gemessen an der Arbeitsleistung waren es nur 41,0% (43,4%).

Der Umsatz je geleisteter Arbeitsstunde erhöhte sich bei rückläufiger Preisentwicklung um 6,6% von 16,66 DM im Jahre 1966 auf 17,76 DM. Nach Bauarten ergab sich eine Streuung von 23,53 DM im sonstigen Tiefbau bis zu 13,51 DM im Wohnungsbau. Der Abnahme im privaten Bau um 1,6% stand eine Zunahme im öffentlichen und Verkehrsbau um 17,1% gegenüber. Die höchste Steigerung war im sonstigen Tiefbau (+ 21,2%) und die größte Abnahme (— 6,0%) im landwirtschaftlichen Bau zu verzeichnen. Der Umsatz je Beschäftigten erhöhte sich um 6,8% auf 31 268 DM gegenüber 29 269 DM im Jahre 1966. Berücksichtigt man die Preisveränderung, die für das Bauhauptgewerbe zwischen — 3 bis 4% gelegen haben dürfte, ergab sich real keine Umsatzveränderung. Auf Basis 1962 fiel der Preisindex für den Wohnungsbau von 119 im Jahre 1966 auf reichlich 115 (— 3,0%) und für den Stra-

Bestand an wichtigen Geräten im Bauhauptgewerbe
im Juni 1966 und 1967

Geräteart	1966	1967	Veränderung
	Anzahl		%
Betonmischer	12 374	12 191	- 1,4
unter 250 l	9 884	9 831	- 0,5
250 bis unter 500 l	2 147	2 021	- 5,9
500 l und mehr	343	339	- 1,2
Verputzmaschinen	794	885	11,5
Turmdrehkrane	2 156	2 200	2,0
unter 16 mt	1 288	1 311	1,8
16 mt und mehr	868	889	2,4
Bauaufzüge	3 621	3 556	- 1,8
Förderbänder	1 608	1 562	- 2,9
Stahlrohrgerüste ¹⁾	2 899	3 040	4,9
Kompressoren	2 474	2 449	- 1,0
Bagger	1 974	1 994	1,0
unter 0,5 cbm	1 406	1 424	1,3
0,5 cbm und mehr	568	570	0,4
Lastkraftwagen	5 912	5 879	- 0,6
unter 5 t	3 381	3 414	1,0
5 t und mehr	2 531	2 465	- 2,6
Auto- und Mobilkrane	61	35	- 42,6
Zugmaschinen, Traktoren	288	291	1,0
Planiermaschinen	1 283	1 269	- 1,1
Schürfwagen	21	20	- 4,8
Erdhobel (Grader)	180	183	1,7
Lader	950	942	- 0,8
Schütter (Vorderkipper, Dumper)	585	600	2,6
Straßenbaumaschinen			
für Betonstraßen			
Fertiger und Verteiler	133	119	- 10,5
für Schwarzdecken			
Fertiger	313	299	- 4,5
Mischanlagen	82	91	11,0
Bitumen-, Teer-, Gußasphaltkocher	340	349	2,6
Motorspritzmaschinen	356	356	-
Straßenwalzen (Glattwalzen)	1 330	1 376	3,5
unter 8 t	722	759	5,1
8 t und mehr	608	617	1,5
Verdichtungsmaschinen für Böden			
und Beton	1 386	1 361	- 1,8
Bodenstabilisierungsmaschinen	29	10	- 65,5
Rammen (ohne Handrammen)	813	706	- 13,2

1) Gewicht in t.

Land	Betriebe (am 30. Juni)		Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Geleistete Arbeitsstunden		Umsatz	
	ins- gesamt	Verän- derung zu 1966	ins- gesamt	Verän- derung zu 1966	ins- gesamt	Verän- derung zu 1966	ins- gesamt	Verän- derung zu 1966
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000	%	1 000 DM	%
Schleswig-Holstein	2 480	0,3	60 744	- 8,0	103 728	- 7,5	1 834 938	- 1,1
Hamburg	1 254	0,2	44 405	- 8,6	75 074	- 8,9	1 563 472	- 2,1
Niedersachsen	7 920	- 0,2	174 032	- 10,4	291 769	- 11,4	4 884 184	- 5,0
Bremen	643	- 6,1	20 583	- 12,5	35 547	- 11,7	623 074	- 8,0
Nordrhein-Westfalen	18 135	- 0,5	383 521	- 9,3	658 046	- 11,9	12 155 441	- 5,3
Hessen	5 902	- 1,2	138 907	- 8,3	227 894	- 10,6	4 282 366	- 6,9
Rheinland-Pfalz	4 622	- 1,5	86 726	- 9,8	152 701	- 9,5	2 711 751	- 3,6
Baden-Württemberg	12 612	- 1,3	217 870	- 11,2	367 699	- 15,8	6 435 057	- 11,1
Bayern	10 626	- 0,4	269 845	- 9,0	448 685	- 10,6	7 567 999	- 4,3
Saarland	963	- 3,0	23 572	- 14,7	39 072	- 18,1	687 176	- 11,5
Berlin (West)	1 041	- 0,7	46 423	0,1	74 518	3,4	1 583 197	9,5
Bundesgebiet	66 198	- 0,8	1 466 629	- 9,4	2 474 733	- 11,4	44 328 655	- 5,4

Ben- und Wirtschaftswegebau von 98 auf 94 (— 4,3%). Insgesamt hat sich aber das Ausmaß des Rückgangs im zweiten Halbjahr erheblich vermindert.

6. Vergleich mit dem Bundesgebiet

Die Zahl der Betriebe des Bauhauptgewerbes ging im Bundesgebiet von Juni 1966 bis Juni 1967 um 0,8% auf 66 198 zurück. Auch hier beschränkte sich die Abnahme auf die Betriebsgröße mit 20 und mehr Beschäftigten (— 7,9%). Die Zahl der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigungsfällen (+ 2,0%) hingegen erhöhte sich, insbesondere durch das stärkere Absinken von Betrieben unter diesen Schwellenwert. Während für Schleswig-Holstein und Hamburg noch geringe Betriebszugänge (+ 0,3 bzw. + 0,2%) verzeichnet wurden, war der Betriebschwund in Bremen (— 6,1%) und im Saarland (— 3,0%) am ausgeprägtesten.

Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich im Monatsdurchschnitt im Bundesgebiet um 9,4% auf 1 466 629, so daß 152 205 Arbeitsplätze durch die Konjunkturabschwächung aufgegeben werden mußten. Von dieser Entwicklung blieb nur die Bauwirtschaft in Berlin (West) verschont, wo die Zahl der Beschäftigten noch um 0,1% gestiegen war. Von einem höheren Beschäftigtenabbau als Rheinland-Pfalz, wo die Entwicklung etwa der des Bundesgebietes entsprach, wurden das Saarland (— 14,7%), Bremen (— 12,5%), Baden-Württemberg (— 11,2%) und Niedersachsen (— 10,4%) betroffen. Die Arbeitsleistung je Beschäftigten war im Durchschnitt

gegenüber 1966 um 2,2% von 1 725 auf 1 687 Stunden zurückgegangen (Rheinland-Pfalz 1 761; + 0,2%). Von Juni 1966 zu Juni 1967 hatte sich im Bundesgebiet die Zahl der Beschäftigten um 11,2% vermindert, wobei die Entwicklung nach Beschäftigtengruppen der von Rheinland-Pfalz weitgehend entsprach (Helfer und Hilfsarbeiter — 19,8%). Gemessen an der Arbeitsleistung, wo im Bundesgebiet 1967 ein Rückgang von 11,4% ermittelt wurde, lagen, von Berlin abgesehen (+ 3,4%), nur Schleswig-Holstein (— 7,5%) und Hamburg (— 8,9%) günstiger als Rheinland-Pfalz (— 9,5%).

Letzteres gilt auch für die Entwicklung des Umsatzes. Insgesamt verminderte sich der Umsatz im Bundesgebiet um 5,4% von 46,9 Mrd. DM im Jahre 1966 auf 44,3 Mrd. DM im Jahre 1967. Der Umsatz je Beschäftigten übertraf in Rheinland-Pfalz mit 31 268 DM den Vergleichswert im Bundesgebiet, der sich auf 30 225 DM belief und den Vorjahreswert (28 958 DM) um 4,4% überstieg. Hier führte Hamburg mit 35 209 DM. Bayern erreichte mit 28 046 DM den geringsten Betrag, was vornehmlich auf die unterschiedlichen Gewichte der Bauarten zurückzuführen sein dürfte. Ebenfalls wies der Umsatz je geleisteter Arbeitsstunde eine große Streuung nach Bundesländern auf. Das Saarland lag mit 21,25 DM bei einem Bundesdurchschnitt von 17,91 DM an der Spitze und Niedersachsen mit 16,74 DM am Ende der Skala. Im Vergleich zu 1966 hatte sich dieser Betrag für das Bundesgebiet um 6,7% erhöht.

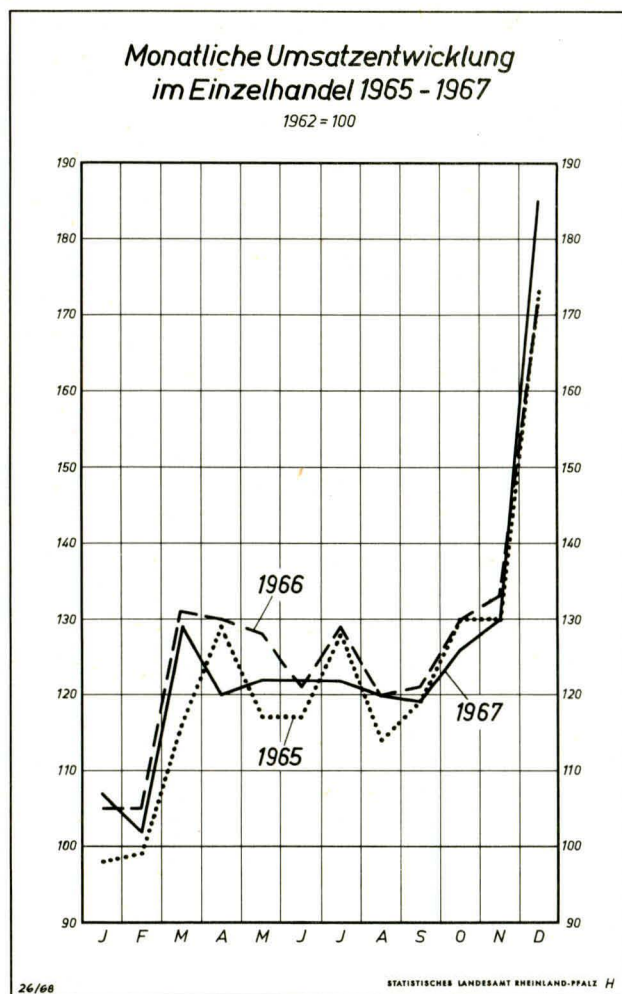
Dr. K. H. Speth

Entwicklung des Einzelhandels im Jahre 1967

1. Umsatzentwicklung

Während der Einzelhandel in den vorangegangenen Jahren mit der ständigen Steigerung des Volkseinkommens zum Teil beträchtliche Umsatzzunahmen verbuchen konnte, lagen die Einnahmen der Einzelhandelsunternehmen erstmals 1967 unter dem Ergebnis des Vorjahres. Diese Änderung des bisherigen Entwicklungsverlaufs wurde maßgeblich dadurch veranlaßt, daß auch in Rheinland-Pfalz in manchen Wirtschaftsbereichen die Einschränkung des Beschäftigtenstandes derart groß war, daß

bestimmte Bevölkerungsschichten spürbare Einkommenseinbußen erlitten. So verminderte sich die von den Betrieben der verarbeitenden Industrie mit 10 und mehr Beschäftigten gezahlte Lohn- und Gehaltssumme um 83 Mill. DM oder 2,1%; bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes schrumpfte sie sogar um 109 Mill. DM oder 11,4%. Die allgemeine Konjunkturflaute und das Abbrechen des wirtschaftlichen Wachstums, das eine in diesem Umfang nicht erwartete Verbesserung des Lebensstandards gebracht hatte, rief außerdem das



Gefühl einer wirtschaftlichen Unsicherheit hervor, das viele Haushalte zu einer vermehrten Ersparnisbildung veranlaßte. Die Spareinlagen bei den Kreditinstituten stiegen daher 1967 trotz der verschlechterten Wirtschaftslage fast ebenso stark an wie in den vorangegangenen Jahren und waren am Ende des Jahres mit 7,3 Mrd. DM um 14% höher als Ende 1966.

Die Haushalte reagierten auf die veränderte Wirtschaftslage überwiegend in der Weise, daß sie am stärksten die Anschaffungen von langlebigen Konsumgütern einschränkten. So sank der Umsatz des Kraftfahrzeughandels um 10,7%, des Einzelhandels mit elektrotechnischen Erzeugnissen (einschließlich Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten) um 8,6% und der Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf um 3,8%. In diesem Zusammenhang überrascht, daß der Einzelhandel mit Uhren- und Schmuckwaren seinen Umsatz etwa auf der bisherigen Höhe halten konnte, und daß die Einnahmen des Einzelhandels mit pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln sowie Putz- und Reinigungsmitteln, die doch zu einem nicht unbeträchtlichen Teil Waren des gehobenen Bedarfs umfassen, sogar um 10,3% stiegen. Auch der Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen verzeichnete noch eine leichte Umsatzzunahme um 1,4%. Hier muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese drei zuletzt genannten Branchen in den vergangenen fünf Jahren neben den Warenhäusern

eine besonders günstige Entwicklung erlebten und auf Zuwachsraten zurückblicken können, die zum Teil erheblich über dem Durchschnitt liegen. Auch die Warenhäuser, die am Gesamtumsatz des Einzelhandels mit Waren verschiedener Art mit rund 87% beteiligt sind, wurden von der Verschlechterung der Absatzlage betroffen und konnten ihre Expansion nicht in dem gewohnten Umfang fortsetzen; die Zuwachsraten betrugen hier nur noch 2,5%. Am erfolgreichsten waren dabei die Absatzbemühungen der Nahrungs- und Genußmittelabteilungen, die eine Erhöhung des Umsatzes um 8,4% erzielen konnten; sie ist zum Teil wohl zu Lasten des Einzelhandels mit Nahrungs- und Genußmitteln gegangen, dessen Erlöse 1967 um 1,7% unter dem Ergebnis des Vorjahres lagen. Von Bedeutung dürfte hier gewesen sein, daß viele Verbraucher, deren Einkommen sich durch Kurzarbeit, den Fortfall höher bezahlter Arbeitsstunden, zeitweilige Arbeitslosigkeit oder durch die Notwendigkeit, eine geringer bezahlte Stelle anzunehmen, tatsächlich verminderte oder die sich gegen die Ungewißheit einer pessimistisch eingeschätzten wirtschaftlichen Entwicklung durch die beschleunigte Abtragung alter Schulden oder die Bildung von Ersparnissen absichern wollten, von dem großen Angebot der Warenhäuser an Waren der unteren Preisklasse in einem gestiegenen Umfang Gebrauch machten. Bei dem Absatz an Eisen- und Metallwaren sowie Einrichtungsgegenständen schnitten die Warenhäuser mit einer Zuwachsraten von 1,7% zwar besser ab als die Fachgeschäfte; im Vergleich zu der Ausweitung des Umsatzes, den sie in dieser Sparte in den Jahren zuvor erreichen konnten, nimmt sich dieses Ergebnis aber bescheiden aus. Die Abteilungen für Bekleidung, Wäsche, Schuhe, die mit einem Umsatzanteil von 47% das Hauptgeschäft der Warenhäuser ausmachen, meldeten insgesamt etwa die gleichen Erlöse wie 1966. Für die entsprechenden Fachgeschäfte war dagegen ein Rückgang um 1,7% festzustellen, wobei allerdings die einzelnen Branchen eine von diesem Durchschnitt abweichende Entwicklung erkennen lassen. Am stärksten war hier der Umsatzrückgang mit 3,7% beim Einzelhandel mit Heimtextilien und Bettwaren, deren Anschaffung sich am ehesten aufschieben läßt; für den Einzelhandel mit Schuhen und Schuhwaren ergab sich dagegen eine Umsatzsteigerung um 3,2%.

Der durch das Nachlassen der Investitionstätigkeit ausgelöste Umbruch in der konjunkturellen Entwicklung hatte in Rheinland-Pfalz im Spätherbst 1966 auf die Nachfrage der Verbraucher übergreifen, so daß die Einnahmen aus dem Weihnachtsgeschäft noch hinter dem Ergebnis für 1965 zurückblieben. In den folgenden Monaten des Jahres 1967 setzte sich diese Tendenz fort, ohne allerdings zu einer einschneidenden weiten Verschlechterung der Absatzlage zu führen, wenn auch die Umsätze zum Teil beträchtlich unter dem Ergebnis für die entsprechenden Monate des Vorjahres lagen (April: 7,7%; Juli: 5,4%). Die Wiederbelebung der Konjunktur, die sich insbesondere im 4. Quartal des vergangenen Jahres deutlich abzeichnete, wirkte sich in den Umsätzen des Einzelhandels erst im Dezember aus, die den Umsatz des Dezembers 1966 um 8,2% übertrafen. Von diesem

Wirtschaftszweig	Umsatz						Roh- er- trags- quote 1)	Lagerhaltung	
								Um- schlags- häufig- keit2)	Durch- schnittl. Lager- dauer 3)
	1965	1966	1967	1965	1966	1967	1966		
	1962 = 100			Veränderung zum Vorjahr in %			%	... mal im Jahr	Tage
Eh. m. Waren verschiedener Art	158	172	177	17,9	8,9	2,9	31,0	6,6	55,3
Warenhäuser insgesamt	150	162	166	17,2	8,0	2,5	31,3	7,2	50,7
Abt. Nahrungs- und Genußmittel	162	179	194	22,7	10,5	8,4	.	.	.
Abt. Bekleidung, Wäsche, Schuhe	143	151	151	14,4	5,6	-	.	.	.
Abt. Eisen-, Metallwaren, Wohnbedarf	159	174	177	17,8	9,4	1,7	.	.	.
Abt. Sonstige Waren	154	165	167	19,4	7,1	1,2	.	.	.
Eh. m. Nahrungs- und Genußmitteln	114	118	116	5,6	3,5	- 1,7	20,9	9,3	39,2
Nahrungs- und Genußmittel versch. Art	115	119	118	6,5	3,5	- 0,8	19,9	12,9	28,3
Tabakwaren	114	116	123	3,6	1,8	6,0	16,7	8,7	42,0
Eh. m. Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln, Schuhen	114	118	116	7,5	3,5	- 1,7	29,3	2,8	130,4
Textilwaren verschiedener Art	109	112	110	5,8	2,8	- 1,8	29,1	2,6	140,4
Oberbekleidung	119	126	126	12,2	5,9	-	29,1	3,6	101,4
Heimtextilien und Bettwaren	126	134	129	12,5	6,3	- 3,7	34,3	3,5	104,3
Schuhe und Schuhwaren	120	124	128	9,1	3,3	3,2	27,8	2,4	152,1
Eh. m. Eisen- und Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Fein- keramik und Holz	122	130	125	10,9	6,6	- 3,8	30,1	3,9	93,6
Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren	112	124	117	10,9	10,7	- 5,6	27,2	4,0	91,3
Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände	129	134	129	9,3	3,9	- 3,7	32,3	4,0	91,3
Eh. m. elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie-, Spielwaren, Musikinstrumenten	120	124	121	11,1	3,3	- 2,4	35,1	2,7	135,2
Elektrotechnische Erzeugnisse, Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräte	114	116	106	8,6	1,8	- 8,6	32,6	4,2	86,9
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	120	128	127	7,1	6,7	- 0,8	42,8	3,5	104,3
Uhren, Edelmetall- und Schmuckwaren	129	137	138	15,2	6,2	0,7	40,2	1,5	243,3
Eh. m. Papierwaren und Druckerzeugnissen	131	147	149	10,1	12,2	1,4	29,1	4,9	74,5
Eh. m. pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln, Putz- und Reinigungsmitteln	141	156	172	14,6	10,6	10,3	35,5	5,0	73,0
Eh. m. Fahrzeugen, Maschinen und Büro- einrichtungen	127	124	114	12,4	- 2,4	- 8,1	24,4	6,2	58,9
Kraftwagen und Krafträder	126	121	108	- 12,5	- 4,0	- 10,7	24,6	6,8	53,7
Insgesamt	122	127	125	8,9	4,1	- 1,6	26,6	5,4	67,6

1) Anteil des Rohertrags (Umsatz - Wareneingang \pm Warenbestandsveränderung) am Umsatz. - 2) Umsatz zu Einstandspreisen (= Wareneinsatz); durchschnittlichen Lagerbestand (Durchschnitt aus dem Lagerbestand am Anfang und Ende des Jahres). - 3) 365 (Tage des Jahres); Umschlagshäufigkeit (pro Jahr).

Umschwung im Verhalten der Käufer profitierten vor allem diejenigen Branchen, deren Geschäft in den vorangegangenen Monaten der Konjunkturlaute am stärksten zurückgegangen war. So berichtete der Kraftfahrzeughandel eine Umsatzsteigerung von 19,2% gegenüber dem Dezember 1966, der Einzelhandel mit Heimtextilien und Bettwaren von 18,5%, der Einzelhandel mit Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen von 16,4% sowie der Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen (einschließlich Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten) von 11,9%. Aber auch der Einzelhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln sowie Putz- und Reinigungsmitteln (Zuwachsrate gegenüber Dezember 1966: 20,5%), mit Schuhen und Schuhwaren (19,5%) und die Warenhäuser (10,0%) verzeichneten ein im Vergleich zum vorangegangenen Jahr sehr gutes Weihnachtsgeschäft.

2. Preisentwicklung

Die Einzelhandelspreise blieben 1967 im großen und ganzen stabil; der Index wies lediglich eine Steigerung um 0,8% auf. In den vorangegangenen drei Jahren hatten sich die Einzelhandelspreise da-

gegen im Durchschnitt um 3% erhöht (1964: 2,8%; 1965: 2,7%; 1966: 3,5%), eine Entwicklung, der die Deutsche Bundesbank durch eine Verschärfung ihrer restriktiven Kreditpolitik begegnet war. Schon bald nach der letzten Heraufsetzung des Diskontsatzes auf 5% (Ende Mai 1966) zeichnete sich aber mit dem Abbau der inländischen Übernachfrage insbesondere auf dem Investitionssektor ein deutliches Nachlassen der allgemeinen Preisauftriebstendenzen ab. Die damit eingeleitete Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums, die 1967 im Bundesgebiet durch einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität gekennzeichnet war, setzte einer weiteren Erhöhung des Preisniveaus ein Ende, da sich durch die Verminderung der Verbrauchernachfrage die Wettbewerbssituation im Einzelhandel verschärfte und die Unternehmen auf der Kostenseite durch insgesamt sinkende Einkaufspreise für industrielle und agrarische Produkte entlastet wurden. Hinzu kam, daß der Anstieg der Personalkosten, der 1965 und 1966 mit einer Erhöhung der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste für die Angestellten im Einzelhandel um 11,5 und 9,6% noch sehr gravierend gewesen war, 1967 durch die veränderte Situation auf

dem Arbeitsmarkt nur noch 3,8% ausmachte. Gewisse Verteuerungen waren nur noch in einigen, für das Gesamtangebot nicht so entscheidenden Branchen zu beobachten, insbesondere bei den Drogerien (2,7%), den Papierwarengeschäften (1,7%) sowie den Spielwarengeschäften (1,6%). Dagegen blieben die Preise für Nahrungs- und Genußmittel im Ganzen unverändert, und auch bei Textilwaren und Schuhen sowie Hausrat und Wohnbedarf hielt der Handel die Preise im wesentlichen auf dem bisherigen Stand; nach dem Index der Einzelhandelspreise betrugen die Preiserhöhungen in diesen beiden Branchengruppen lediglich 0,9 und 0,8%.

3. Rohertrag und Lagerhaltung

Die monatliche Berichterstattung über die Umsätze und Beschäftigten im Einzelhandel wird ergänzt durch eine Jahreserhebung, durch die Angaben über den Wareneingang und die Warenbestände am Anfang und Ende des Jahres erfaßt werden und die so Aufschluß über die Handelsspanne (Rohertragsquote) der Unternehmen und ihre Lagerhaltung gibt. Die Jahreserhebung wendet sich aber auch nur an die repräsentative Auswahl von Unternehmen, die zur monatlichen Berichterstattung herangezogen wird. Während jedoch die monatlichen Umsatz- und Beschäftigtenangaben lediglich als Ausgangsdaten zur Berechnung von Meßzahlen dienen, welche die laufende Entwicklung aufzeigen sollen, verändert sich die Rohertragsquote kurz- und mittelfristig im allgemeinen so wenig, daß der Vergleich der Daten für die einzelnen Branchen in den Vordergrund rückt. Für Aussagen über strukturelle Differenzierungen reicht jedoch der Repräsentationsgrad der Erhebungen nur aus, wenn es darum geht, einige grobe Anhaltspunkte über die gegenwärtige Situation zu gewinnen, da die besser fundierten Ergebnisse aus dem Handelszensus 1960 inzwischen zu weit zurück liegen. Noch skeptischer ist die Brauchbarkeit der Angaben über die Lagerhaltung zu beurteilen, weil es sich hier nur um Bestandszahlen für zwei Stichtage (Anfang und Ende des Kalender- bzw. Geschäftsjahres) handelt. Da die Lagerhaltung im Einzelhandel großen saisonalen Schwankungen unterliegt und der Bestand gerade an der Jahreswende nach Abschluß des Weihnachtsgeschäftes kaum als typisch angesehen werden kann, können die aus den Beständen am Anfang und Ende des Jahres gebildeten Durchschnittswerte sowie die aus ihnen abgeleiteten Relationen über Umschlagshäufigkeit und Lagerdauer keine allgemeine Gültigkeit beanspruchen; vielmehr muß man sich bei der Heranziehung dieser Zahlen bewußt bleiben, auf welchen Angaben sie beruhen. Die Ergebnisse aus der Jahreserhebung sollen hier aber gleichwohl gebracht werden, um den Informationsgehalt der Statistik voll auszuschöpfen; trotz aller notwendigen Einschränkungen dürften sie für die verschiedensten Überlegungen von Interesse und Nutzen sein.

Nach den Angaben der Unternehmen für das Kalender- bzw. Geschäftsjahr 1967 betrug die Rohertragsquote im Einzelhandel insgesamt 26,6%. Am höchsten war der Anteil des Rohertrages am Gesamtumsatz im Einzelhandel mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (42,8%), mit

Uhren und Schmuckwaren (40,2%) und mit pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln sowie Putz- und Reinigungsmitteln (35,5%). Eine sehr viel niedrigere Handelsspanne ergab sich dagegen für den Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln (20,9%) und für den Kraftfahrzeughandel (24,6%). Auf einer mittleren Ebene bewegten sich die Rohertragsquoten bei den Warenhäusern (31,3%), dem Einzelhandel mit Textilien und Schuhen (29,3%), mit Hausrat und Wohnbedarfsartikeln (30,1%), mit elektrotechnischen Erzeugnissen (32,6%) sowie mit Papierwaren und Druckerzeugnissen (29,1%).

Setzt man den zu Einstandspreisen bewerteten Umsatz bzw. den Wareneinsatz des Jahres in Beziehung zu dem Durchschnitt aus den Lagerbeständen am Anfang und Ende des Jahres, so ergibt sich eine Relation von 5,4 : 1. Das bedeutet, daß das Warenlager im Durchschnitt 5,4mal im Jahr umgeschlagen wurde bzw. daß die Waren sich durchschnittlich 68 Tage auf dem Lager befanden, sofern - und diese Einschränkung ist sehr wichtig - der Lagerbestand zur Jahreswende dem effektiven Durchschnitt etwa aus 12-Monats-Angaben entspricht. Das ist, wie bereits dargelegt wurde, jedoch nur in wenigen Fällen zu erwarten, so daß die hier nachgewiesenen Daten mehr oder minder von der tatsächlichen durchschnittlichen Umschlagshäufigkeit abweichen. Am höchsten waren die Lagerbestände zu Beginn und Ende des Jahres beim Einzelhandel mit Uhren und Schmuckwaren; sie entsprachen einem Warenumsatz von etwa 8 Monaten. Dagegen reichten die Warenvorräte des Einzelhandels mit Textilien und Schuhen nur für 3 bis 5 Monate. Ungefähr einen Zeitraum von 3 Monaten deckte die Lagerhaltung des Einzelhandels mit Eisen- und Metallwaren sowie Hausrat und Wohnbedarfsartikeln, mit elektrotechnischen Erzeugnissen (einschließlich Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten) sowie mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen. Dagegen betrug die durchschnittliche Lagerdauer unter Zugrundelegung der Warenbestandszahlen zu Beginn und Ende des Jahres beim Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen, bei den Geschäften für pharmazeutische und kosmetische Artikel sowie Putz- und Reinigungsmittel, beim Kraftfahrzeughandel sowie bei den Warenhäusern nur etwas mehr oder weniger als 2 Monate. Am geringsten war die Lagerhaltung bei den Geschäften für Nahrungs- und Genußmittel verschiedener Art (etwa 1 Monat), da es sich hier zu einem beträchtlichen Teil um leicht verderbliche Güter handelt, und deshalb auch eine kurzfristige Ergänzung des Warensortiments notwendig ist, die zum Teil unmittelbar vom Hersteller durch die Einrichtung sogenannter Schnelldienste übernommen wird.

4. Beschäftigung und Personalkosten

Die Zahl der Beschäftigten hat sich seit 1962 etwa auf der gleichen Höhe gehalten. Während jedoch von 1963 bis 1966 der Umsatz gleichzeitig um 4 bis 9% im Jahre anstieg, so daß sich der Umsatz je Beschäftigten etwa in dem gleichen Ausmaß erhöhte, hatte die rückläufige Umsatzentwicklung 1967 eine entsprechende Verschlechterung der

Entwicklung der Beschäftigung im Einzelhandel nach Wirtschaftszweigen 1965 - 1967

Wirtschaftszweig	Beschäftigte am 30.9. insgesamt			Umsatz je Beschäftigten			Teilbeschäftigte am 30.9.			
	1965	1966	1967	1965	1966	1967	1965	1966	1967	
	Veränderung zum Vorjahr in %									% 1)
Eh. m. Waren verschiedener Art	6,6	2,6	2,7	10,6	6,1	0,2	8,0	- 0,6	- 6,7	9,2
Warenhäuser insgesamt	5,7	2,1	2,8	10,9	5,8	- 0,3	6,9	- 2,6	- 6,9	9,3
Eh. m. Nahrungs- und Genußmitteln	- 4,2	- 1,9	- 3,1	10,2	5,5	1,5	- 2,0	3,9	5,6	23,8
Nahrungs- und Genußmittel versch. Art	- 2,3	- 1,2	- 2,9	8,9	4,7	2,2	6,0	12,9	- 4,8	20,1
Tabakwaren	- 5,4	- 10,8	2,6	9,5	14,1	3,3	- 8,3	- 16,7	31,6	25,4
Eh. m. Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln, Schuhen	- 1,4	- 0,4	1,7	9,0	3,9	- 3,4	15,5	8,8	4,8	16,2
Textilwaren verschiedener Art	- 1,7	- 1,4	5,2	7,7	4,3	- 6,7	25,6	14,0	3,5	15,2
Oberbekleidung	0,1	- 2,4	3,5	12,1	8,4	- 3,4	15,0	- 6,7	21,0	16,4
Heimtextilien und Bettwaren	0,4	3,3	- 6,4	12,1	2,9	2,9	51,8	- 3,9	- 26,6	12,5
Schuhe und Schuhwaren	2,4	2,0	2,8	6,5	1,3	0,5	11,1	22,4	3,8	19,8
Eh. m. Eisen- und Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Fein- keramik und Holz	1,4	3,2	- 2,4	9,4	3,3	- 1,5	7,9	18,9	- 15,7	12,1
Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren	3,8	2,5	- 1,6	6,9	8,0	- 4,1	3,1	22,3	- 23,1	10,3
Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände	- 1,3	1,6	- 2,4	10,8	2,2	- 1,3	- 0,3	16,6	- 9,9	12,8
Eh. m. elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie-, Spielwaren, Musikinstrumenten	0,9	1,9	5,6	10,2	1,4	- 7,6	5,6	2,9	25,6	12,4
Elektrotechnische Erzeugnisse, Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräte	2,6	3,2	- 0,8	5,9	- 1,4	- 8,5	16,3	1,8	- 12,9	6,3
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	0,9	2,3	- 1,3	6,2	4,2	0,5	2,9	8,3	20,5	6,8
Uhren, Edelmetall- und Schmuckwaren	- 0,5	1,6	10,0	15,7	4,5	- 8,4	- 4,8	8,5	25,3	14,8
Eh. m. Papierwaren und Druckerzeugnissen	- 1,8	5,0	0,2	12,1	6,8	1,2	0,2	43,1	- 0,5	24,8
Eh. m. pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln, Putz- und Reinigungsmitteln	4,8	3,3	14,4	9,3	7,2	- 3,6	- 2,0	33,4	- 1,7	12,5
Eh. m. Fahrzeugen, Maschinen und Büro- einrichtungen	1,8	3,4	- 1,4	10,4	- 5,6	- 6,8	22,5	- 14,7	29,6	4,0
Kraftwagen und Krafträder	1,4	2,2	- 0,7	11,0	- 6,0	- 10,1	22,8	- 16,6	35,5	2,6
Insgesamt	- 0,7	0,5	0,3	9,7	3,6	- 1,9	3,1	6,1	2,9	15,9

1) Anteil der Teilbeschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in %.

Rentabilitätslage zur Folge. Besonders stark verminderte sich der Umsatz je Beschäftigten im Kraftfahrzeughandel (10,1%), im Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen (einschließlich Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten) sowie im Einzelhandel mit Uhren und Schmuckwaren (je rund 8,5%) und im Einzelhandel mit Textilwaren verschiedener Art (6,7%). Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, daß die Gesamtzahl der Beschäftigten auch die Lehrlinge, die nur eine vergleichsweise geringe Vergütung erhalten, sowie die Teilbeschäftigten mit umfaßt. Beide Gruppen haben im Einzelhandel eine relativ große Bedeutung. Nach den Angaben zur Arbeitsstättenzählung 1961, in der die Beschäftigten in diesem Bereich letztmals nach der Stellung im Betrieb erfaßt wurden, stellten die Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten und Volontäre 13% aller Beschäftigten; der Anteil der Teilbeschäftigten, die ja in der laufenden Einzelhandelsstatistik besonders ausgegliedert werden, belief sich im letzten Jahr sogar auf 16%. Eine Erhöhung des Beschäftigtenstandes braucht deshalb für die Betriebe nicht unbedingt mit einer erhöhten Belastung des Gehaltskontos verbunden zu sein, sofern nämlich voll ausgebildete und während der ganzen Geschäftszeit tätige Arbeitskräfte durch eine größere Zahl von Lehrlingen und Teilbeschäftigten ersetzt werden. Insgesamt ist der Anteil der Teilbeschäftigten in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben. In den einzelnen Branchen ist allerdings ein zum Teil recht unterschiedlicher Entwicklungsverlauf zu beobachten.

Während sich die Bruttomonatsgehälter der Angestellten im Einzelhandel 1965 und 1966 im

Durchschnitt noch außergewöhnlich stark erhöht hatten (11,5 und 9,6%), war die Zunahme 1967 wesentlich geringer (3,8%). Maßgebend hierfür war die mit dem Nachlassen der Nachfrage sich verschärfende Konkurrenzlage, wie sie auch in dem relativ stabilen Preisniveau zum Ausdruck kommt, und die Entlastung des Arbeitsmarktes, dem durch umfangreiche Entlassungen im Bereich der Industrie und der Bauwirtschaft ein zusätzliches Angebot zugeführt wurde. In den anderen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft läßt sich eine ähnliche Entwicklung feststellen. Auch hier hielten sich die Gehaltssteigerungen für kaufmännische Angestellte im Durchschnitt unter 5% (Industrie 3,9%; Großhandel 4,5%; Versicherungsgewerbe 4,3%); nur bei den Kreditinstituten waren sie mit 6,3% höher, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Zuwachsrate hier 1965 erheblich unter dem Ausmaß der Gehaltsverbesserungen in der übrigen Wirtschaft zurückgeblieben war. Für die männlichen und weiblichen Angestellten der einzelnen Leistungsgruppen waren zum Teil recht unterschiedliche Gehaltssteigerungen zu verzeichnen. Für die weiblichen Angestellten ergab sich insgesamt gesehen eine höhere Zuwachsrate (5,0%) als für die männlichen Angestellten (2,7%). Vergleicht man jedoch das Verdienstniveau der männlichen und weiblichen Angestellten miteinander, so zeigt sich, daß die Gehälter der weiblichen Angestellten bei den einzelnen Leistungsgruppen noch immer beträchtlich, zum Teil um mehr als 30%, unter denen ihrer männlichen Kollegen liegen.

Dr. K. Nold

Güterverkehr auf Eisenbahnen in den Jahren 1956 bis 1965

1. Gesamtüberblick

Der öffentliche frachtpflichtige Wagenladungsverkehr (ohne Stückgut-, Dienstgut- und Expreßgutverkehr) der Eisenbahn, der von den Bahnhöfen in Rheinland-Pfalz 1965 ausging oder hier endete, betrug rund 21 Mill. t, das sind 29,8% des gesamten Güterverkehrs des Landes. Damit lag die Eisenbahn unter den Verkehrsträgern hinter der Binnenschifffahrt (45,7%) an zweiter Stelle, obwohl die Netzdichte gegenüber dieser um ein Vielfaches höher ist. Im Bundesgebiet war das Verhältnis umgekehrt, hier überwog der Anteil der Eisenbahn mit 50,2% gegenüber dem der Binnenschifffahrt mit 26,8%. Daß die Binnenschifffahrt eine Sonderstellung im Güterverkehr von Rheinland-Pfalz einnimmt, zeigt die relativ hohe Beteiligung von 11,5% am Transportaufkommen dieses Verkehrszweiges in der Bundesrepublik. Mit einem Anteil von 4,0% steht dagegen Rheinland-Pfalz beim Eisenbahnverkehr unter den Flächenländern des Bundesgebiets an vorletzter Stelle. Der Gütertransport auf der Schiene wird im Bundesgebiet fast zur Hälfte (44,9%) von Nordrhein-Westfalen aufgebracht, es folgen Niedersachsen (12,9%) und Bayern (11,3%), die flächenmäßig größten Länder der Bundesrepublik.

Bei einem langfristigen Vergleich des frachtpflichtigen Wagenladungsverkehrs auf Eisenbahnen ist zu beachten, daß bis einschließlich 1958 der Umschlag von militärischen Gütern zusammen mit dem Dienstgutverkehr ausgewiesen wurde. Danach wurde der Militärverkehr den einzelnen Güterarten zugeordnet, während für den Dienstgutverkehr nur noch Angaben für das Bundesgebiet anfielen und nicht mehr für die einzelnen Länder. Im letzten Jahr der besonderen Erfassung (1958) wurden im Militärverkehr und Dienstgutverkehr zusammen rund 5 Mill. t Güter umgeschlagen. Wenn auch durch die unterschiedliche Eingruppierung des Militärverkehrs eine Gegenüberstellung der Umschlagszahlen (bis 1958 ohne Militärverkehr, danach mit Militärverkehr) in dem Zeitabschnitt von 1956 bis 1965 nicht exakt möglich ist, kann doch gefolgert werden, daß der öffentliche Wagenladungsverkehr der Eisenbahn in diesen zehn Jahren nur geringen Wandlungen unterworfen war. 1956 wurden auf den Bahnhöfen in Rheinland-Pfalz 20,9 Mill. t aus- und eingeladen, 1960 waren es 22,8 Mill. t und 1965 wiederum 21,5 Mill. t. Diese langfristige Stagnation des Güterumschlags wurde nur in einigen Jahren unterbrochen, was zum Teil auf die Witterungsverhältnisse zurückgeführt werden kann. Wenn bei Eisgang, Hoch- oder Niedrigwasser die Schifffahrt eingeschränkt werden mußte, ging ein Teil des Güterverkehrs von der Binnenwasserstraße auf die Schiene über.

Im Gegensatz zur Eisenbahn erhöhte sich der Güterumschlag bei der Binnenschifffahrt um fast zwei Drittel (63,3%) und im Güterverkehr mit Lastkraftwagen um mehr als ein Drittel (35,3%). Diese überdurchschnittliche Zunahme des Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die

Stagnation der Beförderungsmengen im frachtpflichtigen Eisenbahnverkehr führte dazu, daß sich das Schwergewicht der Güterbewegung von der Bahn auf die Binnenschifffahrt verlagerte. Die Eisenbahn war 1956 mit einem Anteil von 39,0% am Transportvolumen noch wichtigster Verkehrsträger. Diese Quote sank bis 1965 auf 29,8%, während sie sich bei der Binnenschifffahrt um 8 Punkte auf 45,7% erhöhte. Der Anteil des Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen am Güterverkehrsaufkommen hielt sich während dieser Zeit relativ auf dem gleichen Niveau von rund 24%. Maßgebend für diese Entwicklung ist in erster Linie die starke Konkurrenz der Eisenbahn mit den anderen Verkehrsträgern, denen hauptsächlich das aus der steigenden Produktion resultierende zusätzliche Güterverkehrsaufkommen, insbesondere Massengüter, zuwuchs. Vor allem war die Eisenbahn an dem in den letzten Jahren durch die Baukonjunktur, den wachsenden Kraftfahrzeugbestand und den steigenden Bedarf an Mineralölen als Energie- und Rohstoff verursachten Aufschwung des Transports von Sand, Kies und Baustoffen sowie Mineralölerzeugnissen aller Art nicht so stark beteiligt wie die Binnenschifffahrt, bei der sich die Umschlagsmengen dieser genannten Gütergruppen verdoppelten bzw. verdreifachten. Die hauptsächlich durch die verminderten Kohle- und Erztransporte herbeigeführte leicht rückläufige Tendenz in der Entwicklung des Güterverkehrs auf Eisenbahnen konnte deshalb auch nicht aufgefangen werden.

In dem Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern ist die Eisenbahn insoweit im Nachteil, als sie einmal kostspielige Anlagen und einen hohen Personalaufwand zu unterhalten hat und zum anderen aufgrund der öffentlichen Betriebs- und Beförderungspflicht für die Verkehrsbedienung von Regionen zu sorgen hat, deren Verkehrsaufkommen keinen wirtschaftlichen Schienenverkehr gestattet. Um auch künftig konkurrenzfähig zu bleiben, ging die Eisenbahn deshalb in neuester Zeit dazu über, ihr Angebot einzuschränken, indem sie Strecken stilllegt, die von ihr auf die Dauer nicht mehr rentabel bedient werden können. Der Grundgedanke dieses Verkehrskonzepts ist, daß die Eisenbahn die ihr zugeführten Güter zwischen bestimmten Knotenpunkten über größere Entfernungen hinweg befördert, während der Kraftverkehr vor allem die Stückgüter sammelt und verteilt. Eine Koordinierung der einzelnen Verkehrszweige Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt, Eisenbahn und Kraftverkehr wird künftig im Rahmen des kombinierten Behälterverkehrs („Transcontainerverkehr“) ohnehin notwendig sein, um einen rationellen durchgehenden Haus-zu-Haus-Verkehr zu ermöglichen.

2. Güterarten

Die Zusammensetzung des Güterverkehrs auf der Schiene nach Gütergruppen ist mannigfaltiger als bei den anderen Verkehrsträgern, ebenfalls ein Ergebnis der öffentlichen Betriebs- und Beförde-

Güterverkehr auf den Eisenbahnen nach ausgewählten Gütergruppen 1956 - 1965

Gütergruppe	1956	1958	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1956	1965
	1 000 t								Anteil in %	
Versand										
Getreide	29,1	42,8	56,3	43,5	58,1	84,5	70,2	83,8	0,3	0,8
Kartoffeln	156,8	105,2	31,8	43,2	64,6	60,3	29,7	43,9	1,5	0,4
Zuckerrüben	568,0	651,2	681,6	643,0	524,0	745,6	507,1	757,8	5,5	7,0
Wein, Most und Bier	62,3	54,9	35,7	40,8	24,3	23,3	19,4	18,2	0,6	0,2
Futtermittel und Ölfrüchte	81,8	68,4	55,8	60,6	31,6	23,1	31,5	27,3	0,8	0,2
Grubenholz	177,5	150,5	129,3	119,9	117,6	115,5	120,8	117,3	1,7	1,1
Zellstoff, Holzschliff und Strohstoff	26,6	35,4	40,3	40,5	39,0	34,7	10,5	9,9	0,3	0,1
Erde, Kies und Sand	873,6	496,9	723,9	802,9	198,5	137,4	613,9	634,2	8,5	5,8
Erze	651,3	669,2	655,9	596,2	518,7	459,2	351,3	169,2	6,4	1,6
Schrott	412,8	314,3	462,8	448,2	411,2	417,7	441,8	465,7	4,0	4,3
Kohle, Briketts und Koks	451,0	299,5	200,9	192,3	259,3	295,2	287,0	321,1	4,4	3,0
Mineralöl u. Mineralölerzeugnisse	234,0	303,6	660,2	703,2	629,3	674,6	647,6	714,2	2,3	6,6
Düngemittel	1 077,7	1 255,0	1 321,3	1 335,1	1 449,2	1 603,7	1 412,2	1 464,5	10,5	13,5
Zement u. Baustoffe (ohne Kalk)	959,8	1 004,7	1 353,2	1 519,9	1 515,7	1 374,9	1 453,5	1 403,5	9,4	13,0
Metallerzeugnisse	687,4	589,1	790,2	631,3	312,2	358,9	431,9	385,7	6,7	3,5
Umzugsgut, gebrauchte Verpackungen, Baugerätschaften	71,1	53,1	70,8	66,1	72,6	67,9	71,6	57,7	0,7	0,5
I n s g e s a m t	6 520,8	6 093,8	7 270,0	7 352,8	6 225,9	6 516,0	6 500,0	6 674,0	63,6	61,6
% des gesamten Versands	63,6	63,6	65,0	66,0	58,1	58,7	55,7	61,6
Empfang										
Getreide	34,3	47,9	46,9	43,3	63,6	76,0	52,1	62,8	0,3	0,6
Kartoffeln	132,0	175,7	111,0	130,5	136,4	100,9	151,1	122,4	1,2	1,1
Zuckerrüben	622,0	745,2	697,1	590,7	474,3	686,4	473,0	624,2	5,9	5,9
Wein, Most und Bier	177,2	94,9	120,3	114,8	100,1	118,2	100,6	115,9	1,7	1,1
Futtermittel und Ölfrüchte	102,8	88,1	73,4	85,2	81,4	77,8	17,7	16,8	1,0	0,2
Grubenholz	10,5	4,1	2,1	1,7	0,4	1,0	2,3	0,3	0,1	0,0
Zellstoff, Holzschliff und Strohstoff	48,5	57,0	51,3	49,7	46,5	54,6	51,6	58,6	0,5	0,6
Erde, Kies und Sand	504,7	202,9	426,7	541,5	166,4	141,5	378,9	417,0	4,7	3,9
Erze	349,8	261,2	290,6	228,5	205,1	238,5	283,0	252,4	3,3	2,4
Schrott	458,9	451,1	607,0	535,4	380,2	349,5	382,2	376,4	4,3	3,5
Kohle, Briketts und Koks	3 301,5	3 107,5	3 002,7	2 983,1	2 938,1	3 523,2	2 885,4	2 369,2	31,1	22,2
Mineralöl u. Mineralölerzeugnisse	406,3	473,6	653,2	659,5	839,3	906,7	785,1	725,4	3,8	6,8
Düngemittel	668,9	905,2	1 028,6	976,8	971,2	935,1	948,5	874,0	6,3	8,2
Zement u. Baustoffe (ohne Kalk)	262,1	257,7	342,8	323,1	318,5	328,1	322,7	293,0	2,5	2,7
Metallerzeugnisse	647,4	669,9	1 034,8	943,8	686,6	793,0	1 001,1	965,2	6,1	9,1
Umzugsgut, gebrauchte Verpackungen, Baugerätschaften	68,9	61,5	70,2	68,4	69,3	69,7	71,0	61,5	0,7	0,6
I n s g e s a m t	7 795,8	7 603,5	8 558,7	8 276,0	7 477,4	8 400,2	7 906,3	7 335,1	73,5	68,9
% des gesamten Empfangs	73,5	75,9	73,7	73,2	68,1	69,9	71,0	68,9

rungspflicht. Trotz dieser Mannigfaltigkeit ruht das Schwergewicht des Güterverkehrs der Eisenbahn auf dem Massengutverkehr. Ähnlich wie in der Binnenschifffahrt nehmen die Erzeugnisse der Industrie der Steinen und Erden, der chemischen Industrie, der Eisen- und Stahlindustrie, des Kohlen- und Erzbergbaues und der Mineralölindustrie eine besondere Stellung ein. Daneben werden aber auch Güter befördert, die besonders im Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen eine große Rolle spielen, vor allem Nahrungs- und Genußmittel, pflanzliche und tierische Rohstoffe. Bei den im öffentlichen Wagenladungsverkehr der Eisenbahn in Rheinland-Pfalz geladenen Gütern dominieren vor allem die Güter, die in größeren Mengen im Lande gefördert oder hergestellt werden. Von dem 1965 für den Versand bereitgestellten Gütervolumen von 10,8 Mill. t entfielen auf die Güterhauptgruppen Steine und Erden, Salz 17,1%, auf Kalk, Zement und ähnliche mineralische Erzeugnisse 15,7%. Darunter sind vor allem die Transporte von gebaggertem Sand und Kies (5,8%), Lehm und natürlichem Ton (4,5%), Schotter und Splitt für den Wege-, Bahn- und Betonbau (3,9%), Rohbims (1,8%), gebranntem Kalk (2,7%) und Bau-

stoffen, wie künstlichen Bausteinen, Mauer- und Dachziegeln, Schwemmsteinen und Bimsbetonplatten (12,1%) hervorzuheben.

Als weitere wichtige Güterhauptgruppen erscheinen auf der Versandseite der Ladungsbilanz die Düngemittel mit 13,5% und chemischen Erzeugnisse mit 10,6%, worunter hauptsächlich organische und anorganische Chemikalien, Farben, Pflanzenschutzmittel und Kunststoffe zu verstehen sind. Besonders Mischdünger (7,0%), reine Stickstoffdüngemittel (5,7%) und Kunststoffe (2,3%) nehmen hierbei einen besonderen Raum ein. Wie schon erwähnt, spielen die Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel mit einem Anteil von 10,5% am Versand bei der Bahn ebenfalls eine größere Rolle. Hierzu tragen weitgehend die Zuckerrübentransporte (7,0%) bei, die jährlich in den Herbstmonaten durchgeführt werden. Bedeutend ist weiterhin der Versand an Eisen-, Stahl- und NE-Metallerzeugnissen (7,4%), vor allem von Rohstahl (3,1%) sowie Stahlblechen, Flach- und Bandstahl (2,4%). An nächster Stelle folgt der Versand von Mineralölen und Mineralölerzeugnissen (6,7%), wobei besonders die Einladungen von Schmierölen und -fetten

(2,8%) sowie von Gas-, Diesel- und Heizölen (2,6%) zu erwähnen sind. Die hohen Versandziffern erklären sich teilweise dadurch, daß es sich hier um vom Schiff auf die Bahn umgeschlagene Mineralöle handelt, oder um solche, die aus Tanklagern zum Weitertransport entnommen wurden. Erze und Schrott machten 5,9% des Versands 1965 aus, darunter 4,2% Eisen- und Stahlschrott, der bei der Eisenherstellung eingesetzt wird, und 1,5% eigentliche Eisenerze und -konzentrate. Unter den Hauptgruppen pflanzliche und tierische Rohstoffe (4,0%) und Kohle (3,0%) ragt besonders der Versand von Grubenholz (1,1%) und Steinkohle (1,9%) heraus. Bei der zuletzt genannten Gütergruppe handelt es sich ebenfalls weitgehend um im Rahmen des gebrochenen Verkehrs vom Schiff übernommene oder ab Lager gehende Mengen.

Auf der Empfangsseite der Ladungsbilanz ist in der Weise eine Konzentration festzustellen, als über ein Fünftel (22,3%) des 1965 in Höhe von 10,6 Mill. t angekommenen Gütervolumens Kohlen darstellten, 8,4% Steinkohlen, 7,3% Braunkohlenbriketts und 5,3% Steinkohlenkoks. Weitere 14,6% sind Eisen-, Stahl- und NE-Metall-Erzeugnisse, darunter 8,4% gewalztes Eisen- und Stahlhalbzeug, das in rheinland-pfälzischen Walzwerken weiterverarbeitet wird, 1,9% Stab- und Formstahl, 1,8% Stahlbleche, Flach- und Bandstahl und 1,1% Rohstahl. Die Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel bilden mit 11,4% ebenfalls einen starken Anteil an den Ausladungen in Rheinland-Pfalz, insbesondere an Zuckerrüben (5,9%), Kartoffeln (1,1%) und Wein und Most (1,0%). Auf die Steine und Erden entfielen 10,4% des Empfangs, darunter auf Sand und Kies 2,4%, auf Kalksteine 1,9%, auf Schlacken und Aschen mineralischen Ursprungs, die nicht zur Verhüttung bestimmt sind, 1,6%, auf natürlichen Ton und auf Schotter (je 1,1%). Auch die Düngemittel (8,2%), besonders die Kalidüngemittel und Mischdünger (je 2,8%) sowie die Stickstoffdüngemittel (1,7%) sind als Empfangsgüter stark vertreten. Einen Anteil von 7,7% des Empfangs stellen Mineralöle und Mineralölerzeugnisse, davon 3,2% Gas-, Diesel- und Heizöle, 1,3% Bitumen, Teer und Pech, 1,2% Benzin und 1,1% Schmieröle und -fette. Eine wichtige Güterhauptgruppe beim Empfang bilden auch die Erze und Schrott (5,9%), deren Summe sich vor allem aus Eisen- und Stahlschrott (3,5%) und Eisenerze und -konzentrate (2,0%) zusammensetzt. Für die weiteren Positionen ergaben sich 1965 folgende Anteile: chemische Erzeugnisse 5,3%, Kalk, Zement und ähnliche mineralische Erzeugnisse 4,9% (Kalk 2,1%, Zement 1,2% und Baustoffe 1,1%).

Bei der Gegenüberstellung der Umschlagsleistungen verschiedener Jahre in gütermäßiger Gliederung ist zu beachten, daß aufgrund des neuen seit 1962 gültigen Güterverzeichnis einige Gütergruppen so zusammengefaßt bzw. gekürzt werden mußten, daß im Versand nicht ganz zwei Drittel und im Empfang nicht ganz drei Viertel der jeweiligen Gesamtsummen vergleichbar sind. Auf die Entwicklung des Güterversands haben sich vor allem die Abnahmen der folgenden Gütergruppen

in den 60er Jahren ausgewirkt: die Beförderung von Erzen ging von 1960 bis 1965 um 74,2% zurück und die von Eisen-, Stahl- und NE-Metall-erzeugnissen um 51,2%. Der Grund hierfür sind in erster Linie die Schließungen von Gruben im Siegerländer Erzbergbau. Rückgänge, die schon 1956 einsetzten, wurden für die Gütergruppen Erde, Kies und Sand (1956 bis 1960 — 17,1% und 1960 bis 1965 — 12,4%) und Grubenholz (1956 bis 1960 — 27,2% und 1960 bis 1965 — 9,3%) verzeichnet. Diese Abnahmen wurden durch die Erhöhungen der Versandzahlen für folgende wichtige Gütergruppen kompensiert: Zement und Baustoffe (1956 bis 1960 + 41,0% und 1960 bis 1965 + 3,7%), Düngemittel (1956 bis 1960 + 22,6% und 1960 bis 1965 + 10,8%) und Zuckerrüben (1956 bis 1960 + 20,0% und 1960 bis 1965 + 11,2%).

Diese Veränderungen führten jedoch zu keinen nennenswerten Umschichtungen in der Güterstruktur des Versands, denn die Transporte von Düngemitteln (1956: 10,5%, 1965: 13,5%) und von Zement und Baustoffen (1956: 9,4%, 1965: 13,0%) rangieren weiterhin an der ersten Stelle der Güterskala. Entscheidend war der Rückgang des Transportanteils für Erze von 6,4 im Jahre 1956 auf 1,6% 1965, für Eisen- und Stahlerzeugnisse von 6,7 auf 3,5%, für Erde, Kies und Sand von 8,5 auf 5,8%, für Grubenholz von 1,7 auf 1,1% und für Kohle von 4,4 auf 3,0% errechnet. Nennenswerte Erhöhungen der Anteilsquoten waren neben den schon erwähnten Düngemitteln und Baustoffen auch für Mineralöle und Mineralölerzeugnisse von 2,3% auf 6,6% und für Zuckerrüben von 5,5 auf 7,0% festzustellen.

Für die Entwicklung des Güterempfangs war der starke Rückgang der Kohlentransporte ausschlaggebend (von 1956 bis 1960 — 9,1% und von 1960 bis 1965 — 21,1%). Die Schließung einiger Hüttenwerke in Rheinland-Pfalz führte auch zu einer Abnahme der Erztransporte (von 1956 bis 1960 — 16,9% und von 1960 bis 1965 — 13,1%). Seit 1960 sind die Löschungen von Düngemitteln ebenfalls rückläufig (bis 1965 um — 15%). Steigende Transporte wurden vor allem bei den Mineralölen und Mineralölerzeugnissen festgestellt (1956 bis 1960 + 60,8% und 1960 bis 1965 + 11,1%). Die Entwicklung der Empfangszahlen für die anderen Gütergruppen ist nicht eindeutig nach oben oder unten gerichtet, wobei sich die Witterungsverhältnisse nicht unwesentlich ausgewirkt haben dürften. In der Struktur des Güterempfangs sind ebenfalls keine besonderen Wandlungen eingetreten. Trotz des starken Rückgangs der Kohle, die 1956 noch einen Anteil von 31,1% am Empfang ausmachte, blieb sie mit 22,2% mit weitem Abstand immer noch das meistgelöschte Gut des Landes im Eisenbahnverkehr. Steigende Anteilssätze wurden für die Transporte von Mineralölerzeugnissen (von 3,8 auf 6,8%), Düngemitteln (von 6,3 auf 8,2%) und Eisen- und Stahlerzeugnissen (von 6,1 auf 9,1%) ermittelt. Fallende Anteile waren neben der Kohle auch bei Erzen (von 3,3 auf 2,4%) und Schrott (von 4,3 auf 3,5%) festzustellen.

Dipl.-Volkswirt N. Hauelsen

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1966			1967				1968
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 335	3 602	3 616	3 613	3 614	3 625	3 626	3 625	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 568	2 237	1 586	2 025	1 486	1 892	2 001	3 025	1 122p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,7	6,2	5,3	6,6	4,8	6,1	6,7	9,8	3,6p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 123	5 354	5 024	5 094	5 077	4 967	4 693	4 689	5 439p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	15,4	14,9	16,9	16,6	16,5	16,1	15,7	15,2	17,7p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 014	3 397	3 506	3 692	3 550	3 398	3 427	3 804	4 299p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,0	9,4	11,8	12,0	11,6	11,0	11,5	12,4	14,0p
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	129	132	137	150	110	113	120	...
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,1	26,3	26,9	29,5	22,1	24,1	25,6	...
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 957	1 518	1 402	1 527	1 569	1 266	886	1 140p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	6,3	5,4	5,1	4,6	5,0	5,1	4,2	2,9	3,7p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	10 264	9 838	8 401	8 593	10 957	7 888	7 427	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	9 682	11 267	12 948	9 093	11 440	8 975	8 506	...
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	582	-1 429	-4 547	- 500	- 483	- 1 087	-1 079	...
* Binnenwanderung ⁴⁾	"	9 508	10 701	11 688	12 122	10 378	12 722	11 185	10 269	...
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	1 000	44,1	10,0	13,3	27,1	47,1	20,0	23,7	35,4	48,4
* Männer	"	35,8	8,0	10,6	22,9	40,9	15,0	18,5	29,5	42,0
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauberufe	Anzahl	2 727	601	402	1 492	4 038	508	503	1 880	4 178
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	17 668	1 098	1 350	4 286	9 279	996	1 806	4 926	9 055
Offene Stellen	"	14 493	5 570	8 094	15 924	25 505	12 299	14 352	20 110	24 819
Männer	"	7 719	21 894	11 981	9 529	10 773	11 950	10 257	8 960	12 078
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	3 950	11 676	5 550	3 952	4 585	6 082	5 163	3 992	5 412
Bauberufe	"	386	295	126	102	155	167	104	87	163
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	1 218	1 833	711	343	626	1 612	1 242	550	811
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	2 989	10 746	4 809	3 413	3 137	4 818	4 042	3 781	5 085
Landwirtschaft										
Viehbestand 5)										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	760	.	760	.	.	.	761	.
* Milchkühe	"	327	298	.	298	.	.	.	297	.
* Schweine	"	659	739	.	739	.	.	.	822	.
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	62	.	62	.	.	.	68	.
* Trüchtige Zuchtsauen	"	24	38	.	38	.	.	.	42	.
Schlachtungen von Inlandtieren 6)										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	18	20	20	21	21	20	20	21
* Kälber	"	10	5	4	5	5	4	4	4	4
* Schweine	"	93	99	108	121	112	106	111	123	117
* Hausschlachtungen	"	28	24	39	50	40	18	40	51	39
Gesamtschlachtgewicht aus gewerbli. Schlachtungen 7)										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,0	10,9	10,9	11,2	12,8	10,7	10,9	11,8
* Kälber	"	4,1	4,2	4,8	4,7	4,8	5,2	4,6	4,6	4,9
* Schweine	"	0,4	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2
	"	5,6	6,4	5,8	5,8	6,1	7,3	5,9	6,0	6,6
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	84	75	78	81	83	77	79	83
* Milchlieferungen an Molkeereien	%	63,8	73,7	71,0	71,7	73,4	75,0	71,6	73,4	74,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,3	8,4	8,5	8,8	9,0	8,6	8,5	9,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1966			1967				1968
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 148	3 159	3 153	3 146	3 083	3 074	3 070	...
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	384	382	375	370	370	362	359	...
* Arbeiter 2)	"	274	296	292	286	280	274	273	270	...
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	47	47	45	45	46	45	41	...
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	329	338	434	306	312	338	426	...
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	225	230	279	203	208	223	266	...
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	104	108	155	103	104	115	160	...
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	166	176	163	155	134	147	139	...
Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	35	38	34	37	43	43	43	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	150	183	183	185	153	168	187	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	636	663	656	642	659	709	672	...
* Stromerzeugung 5)	"	138	254	293	306	315	266	360	339	...
* Umsatz 6)	Mill. DM	789	1 533	1 593	1 569	1 412	1 831	1 738	1 892	...
* Auslandsumsatz	"	126	279	301	348	276	351	336	450	...
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1958=100	100	208	229	212	195	241	252	251	220p
ohne Bauhauptgewerbe	"	100	207	229	213	198	242	252	255	224p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	100	208	229	212	197	244	254	256	223p
Energieversorgungsbetriebe	"	100	199	223	211	214	207	226	239	232p
Bergbau	"
Verarbeitende Industrie	"	100	209	232	215	199	247	257	259	226p
Grundstoff- und Produktionsgüter	"	100	214	223	207	208	237	247	224	217p
Industrie d. Steine u. Erden	"	100	150	145	99	74	162	153	101	68p
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	"	100	163	166	166	151r	162	155	151	95p
Chemische Industrie	"	100	265	280	274	286	298	318	298	307p
Investitionsgüter	"	100	270	339	324	247	385	398	492	378p
Maschinenbau	"	100	175	221	226	146	228	208	331	138p
Elektrotechnische Industrie	"	100	196	221	212	203	177	197	234	158p
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	100	212	245	187	184	238	262	246	201p
Verbrauchsgüter 8)	"	100	182	189	165	168	188	198	182	170p
Holz verarbeitende Industrie	"	100	224	231	203	191	231	252	236	182p
Schuhindustrie	"	100	158	156	129	157	149	154	134	155p
Textilindustrie	"	100	128	131	97	102	122	134	122	115p
Nahrungs- und Genußmittel	"	100	159	187	177	149	188	196	200	142p
Bauhauptgewerbe	"	100	225	233	167	132	230	239	148	133p
Handwerk										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	.	105	.	105	.	.	.	101	.
* Umsatz 9)	1962=100	.	144	.	146	.	.	.	168	.
* Handwerksumsatz 9)	"	.	146	.	146	.	.	.	169	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61	197	241	216	239	237	268	257	...
Strombezug (brutto)	"	348	763	741	744	752	870	771	822	...
Stromabgabe (brutto)	"	405	925	967	946	975	1 091	1 023
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	73	115	103	120	91	125	141	142
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	96	92	87	80	91	91	88	84
Facharbeiter	"	30	51	49	47	43	48	48	47	45
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	31	28	26	22	29	29	27	25
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	14	14	10	9	15	14	8	7
* Wohnungsbauten	"	5	6	5	4	3	6	6	3	3
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Gewerbliche Bauten	"	2	2	2	2	2	2	2	2	1
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	6	6	4	4	6	6	3	3
Hochbau	"	1	2	2	1	1	2	2	1	1
Straßenbau	"	2	2	2	1	1	2	2	1	1
Sonstiger Tiefbau	"	3	2	2	2	2	2	2	1	1
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	80	79	75	51	82	80	63	45
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	73	72	67	45	75	73	54	38
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	7	8	6	7	7	9	7
* Umsatz	"	76	234	259	286	202	247	239	324	129

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchssteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; endgültige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1966			1967				1968
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 345	1 068	749	1 266	1 174	1 044	519	...
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	105,2	108,7	107,0	106,4	109,6	108,2	110,1	...
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	210	168	123	209	208	179	89	...
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	319	280	210	318	332	327	154	...
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	2 178	1 828	1 503	2 336	2 109	1 964	1 106	...
* in Wohngebäuden	"	929	1 244	982	707	1 211	1 189	1 046	516	...
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 718	2 140	1 530	2 638	2 664	2 247	1 126	...
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 263	1 770	1 328	2 256	2 271	1 920	967	...
Baupreise										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	104	102	.	.	.	95	.	.
Ziegelmauerwerk	"	.	123	123	.	.	.	119	.	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	127	127	.	.	.	121	.	.
Leichttrennwand	"	.	124	123	.	.	.	120	.	.
Stahlbetondecke	"	.	117	114	.	.	.	108	.	.
Beton B 80 für Wände	"	.	124	123	.	.	.	119	.	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	114	114	.	.	.	107	.	.
Dachverbandholz liefern	"	.	106	105	.	.	.	99	.	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	131	132	.	.	.	126	.	.
Deckenputz	"	.	132	133	.	.	.	126	.	.
Außenwandputz	"	.	136	137	.	.	.	134	.	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	121	120	.	.	.	114	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	98	99	100	96	98	98	99	96
Umsätze	"	.	127	133	171	107	126	130	185	101
Waren verschiedener Art	"	.	172	212	283	154	177	207	314	162
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	118	116	143	100	111	113	139	101
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	118	139	178	102	126	131	188	92
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	130	147	195	99	129	141	215	81
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	124	138	275	106	111	124	297	87
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	124	109	108	89	120	110	152	63
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	14 131	13 500	13 223	13 549	13 922	14 230	13 660	10 353
* Lieferungen	"	14 040	34 465	45 291	41 744	27 985	37 943	38 908	38 825	32 710
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	330,9	342,3	406,7	353,5	423,5	394,9	447,8	404,1
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	9,6	11,7	10,9	7,5	14,5	12,5	10,1	11,6
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	321,3	330,6	395,8	346,0	409,0	382,4	437,7	392,6
* Rohstoffe	"	5,8	7,5	7,0	7,0	6,4	8,7	7,0	6,8	5,5
* Halbwaren	"	23,1	27,1	23,8	35,4	33,5	24,5	30,2	31,3	31,1
* Fertigwaren	"	111,5	286,7	299,8	353,4	306,1	375,8	345,2	399,6	356,0
* Vorerzeugnisse	"	59,5	135,5	134,4	150,1	146,7	164,0	149,8	162,8	158,7
* Enderzeugnisse	"	52,0	151,2	165,4	203,3	159,4	211,9	195,4	236,8	197,3
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG-Länder	"	41,0	122,0	132,2	149,4	131,9	166,2	159,7	176,5	140,5
Belgien-Luxemburg	"	9,5	23,6	24,0	28,8	28,7	31,4	27,1	33,7	24,0
Frankreich	"	9,6	42,0	44,4	53,5	43,5	63,8	59,2	57,9	55,4
Italien	"	9,6	25,4	32,3	35,4	28,2	36,3	42,1	41,5	33,6
Niederlande	"	12,2	30,9	31,5	31,7	31,4	34,7	31,3	43,4	27,4
* EFTA-Länder	"	36,4	85,0	82,4	106,9	80,2	101,0	93,2	102,5	91,4
Dänemark	"	3,4	8,4	7,6	10,0	9,7	9,4	8,9	10,2	9,3
Großbritannien	"	9,5	20,6	15,1	29,8	16,1	25,7	20,4	24,6	20,4
Österreich	"	6,8	15,9	16,4	19,1	15,4	18,6	17,8	22,9	19,1
Schweden	"	5,4	12,1	14,1	16,2	10,4	16,1	15,4	15,7	11,7
Schweiz	"	8,3	21,0	22,4	23,4	20,4	22,3	22,8	20,4	20,6
USA und Kanada	"	10,1	21,7	22,2	24,6	20,4	28,4	22,9	25,0	23,0
Ostblockländer	"	3,6	14,3	15,5	16,6	16,7	14,0	20,2	27,9	30,4
Gastgewerbe (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	107	103	100	98	111	102	101	98
Teilbeschäftigte	"	.	185	160	152	137	169	156	154	132
Umsätze insgesamt:	"	.	132	112	111	107	134	111	114	96
Übernachtungen	"	.	142	82	67	64	167	94	67	61
Beköstigung	"	.	132	114	114	110	131	112	116	98
Fremdenverkehr in 258 Berichtsgemeinden										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	203	114	79	88	247	119	85	...
* Auslands Gäste	"	36	42	10	8	8	31	11	8	...

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1966			1967				1968
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	775	448	300	328	814	436	334	...
* Auslandsäste	"	68	87	23	20	19	59	24	18	...
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	329	233	137	156	343	212	170	...
Luftkurorte	"	40	45	22	18	17	42	20	16	...
Sonstige	"	330	401	193	145	155	429	204	148	...
Verkehr										
Bundesbahn 1)										
Zugkilometer	"	2 960	2 900	2 702	2 831	2 776	2 863	2 710	2 800	2 849
Wagenachskilometer	"	104 960	117 557	109 066	110 847	104 882	117 172	109 727	113 541	107 853
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 224	1 138	1 156	1 091	1 244	1 165	1 199	1 137
Nettotonnenkilometer	"	293	345	348	327	298	389	371	358	325
Gestellte Güterwagen	Anzahl	84 917	64 844	71 329	60 776	54 789	74 806	69 325	56 922	48 269
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	2 925	2 477	2 406	2 131	3 046	2 688	2 269	2 218
* Gütereingang	"	811	1 450	1 239	1 367	1 187	1 508	1 354	1 243	1 267
* Güterversand	"	1 001	1 475	1 238	1 039	944	1 538	1 334	1 026	951
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	4 460	4 444	3 604	3 871	4 952	4 502	4 023	3 888
Ladung	1 000 t	2 938	3 386	2 928	2 747	2 942	3 588	3 049	2 794	3 028
Auslastungsgrad 2)	%	80	85	75	85	87	81	75	77	89
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 543	4 786	3 902	3 887	5 002	4 658	4 407	3 965
Ladung	1 000 t	893	1 390	1 420	1 246	1 260	1 573	1 325	1 096	1 319
Auslastungsgrad 2)	%	70	81	72	80	83	74	71	69	83
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	8 110	6 434	5 418	5 425	8 263	7 454	7 724	...
Krafträder (einschließlich Motorroller)	"	366	24	12	4	9	18	17	6	...
* Personenkraftwagen	"	2 840	6 180	4 772	3 890	4 071	6 212	5 467	5 317	...
* Kombinationskraftwagen	"	275	711	719	714	517	787	749	841	...
* Lastkraftwagen	"	346	533	416	353	300	542	510	682	...
Zugmaschinen	"	640	590	474	382	457	643	646	798	...
Kraftfahrzeuganhänger	"	132	251	127	125	100	217	148	176	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen 3)	1 000	20 118	20 879	21 329	21 285	22 599	21 565	22 090	20 471	...
Orts- und Nachbarorts-										
linienverkehr	"	11 395	11 152	11 474	11 692	11 717	10 977	11 335	10 847	...
Straßenbahnen	"	4 219	2 811	2 834	2 832	2 717	10 977	11 335	10 847	...
Obusse	"	2 924	1 943	1 981	2 012	5 033	4 239	4 283	4 065	3 965
Kraftomnibusse	"	4 252	6 398	6 659	6 848	6 684	6 738	7 052	6 782	...
Überlandlinienverkehr	"	8 056	8 638	8 784	8 665	9 853	9 649	9 930	8 843	...
Berufsverkehr 4)	"	233	590	645	606	671	572	573	549	...
Gelegenheitsverkehr	"	434	389	258	163	137	326	205	195	...
Wagenkilometer 3)	"	7 990	9 062	8 073	7 940	8 151	9 207	8 026	7 809	...
Orts- und Nachbarorts-										
linienverkehr	"	2 289	2 065	2 006	2 081	2 091	2 125	2 028	2 044	...
Straßenbahnen	"	871	443	419	427	763	683	631	614	640
Obusse	"	541	328	318	317	763	683	631	614	640
Kraftomnibusse	"	877	1 294	1 269	1 337	1 328	1 442	1 397	1 430	...
Überlandlinienverkehr	"	4 048	3 977	3 953	4 037	4 197	4 345	4 165	4 053	...
Berufsverkehr 4)	"	233	1 254	1 193	1 145	1 187	1 094	1 062	1 001	...
Gelegenheitsverkehr	"	1 420	1 655	756	526	492	1 617	743	688	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	3 491	5 999	6 271	6 707	5 543	6 741	6 355	6 724	5 836p
Unfälle mit nur Sachschaden	"	1 464	1 688	1 673	1 688	1 432	1 901	1 703	1 639	1 311p
bis 1 000 DM 5)	"	2 027	4 311	4 598	5 019	4 111	4 840	4 652	5 085	4 525p
über 1 000 DM 6)	"	.	3 650	3 867	4 231	3 531	4 104	3 919	4 342	3 882p
Getötete Personen 7)	"	68	661	731	788	580	736	733	743	643p
Verletzte Personen	"	1 913	90	75	107	82	112	94	100	50p
Schwerverletzte	"	765	2 383	2 340	2 285	1 972	2 659	2 332	2 297	1 864p
	"		786	773	803	677	942	787	786	627p
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	36 024	38 573	44 477	33 905	37 238	37 254	42 900	...
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 084	1 212	1 647	984	1 137	1 147	1 555	111
Telegramme	"	99	77	62	73	59	67	58	69	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	829 062	814 401	940 441	850 046	809 153	805 163	843 665	...
Lastschriften	"	460 840	828 303	807 441	938 080	861 152	805 094	796 817	836 281	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	8 702	6 108	8 561	9 743	10 979	7 453	9 331	...
Auszahlungen	"	5 296	9 459	8 943	9 635	7 376	9 830	9 315	10 701	...
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	181	1 019	1 025	1 027	1 030	1 039	1 041	1 042	...
Fernsehrundfunk	"	78	687	710	720	733	768	776	783	...

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) Einschließlich Schüler-, Markt- und Theaterfahrten sowie Ferienzeiel-Reiseverkehr (in Aufgliederungen nicht enthalten. - 4) 1958 und 1966 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1966			1967				1968
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 307	11 097	11 112	11 097	11 064	11 721	11 874	11 984	11 956
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 142	3 194	3 142	3 097	3 205	3 233	3 275	3 178
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 063	3 081	3 063	3 040	3 136	3 168	3 195	3 129
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	79	113	79	57	69	65	80	49
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	7 955	7 918	7 955	7 967	8 516	8 641	8 709	8 778
* an Wirtschaft und Private	"	1 551	6 200	6 181	6 200	6 189	6 582	6 673	6 728	6 753
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	1 755	1 737	1 755	1 778	1 934	1 968	1 981	2 025
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	9 570	9 384	9 570	9 645	10 462	10 718	10 949	11 086
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	3 151	3 234	3 151	3 123	3 436	3 652	3 629	3 618
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	2 443	2 497	2 443	2 390	2 648	2 841	2 862	2 867
von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	708	737	708	733	788	811	767	751
* Spareinlagen	"	1 857	6 419	6 150	6 419	6 522	7 026	7 066	7 320	7 468
* bei Sparkassen	"	1 274	4 275	4 095	4 275	4 330	4 639	4 662	4 833	4 917
* bei Kreditbanken	"	.	730	697	730	747	813	819	849	873
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	322	286	651	462	364	331	689	569
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	275	263	382	360	280	292	435	416
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	14	13	15	9	24	12	10	17
Vergleichsverfahren	"	3	3	6	3	6	3	-	4	-
Wechselproteste	"	2 860	2 528	2 755	2 652	2 440	2 791	2 575	2 374	2 278
" 4)	1 000 DM	2 017	4 026	3 973	4 272	4 742	4 982	3 536	3 157	3 069
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	128 393	91 424	219 583	110 094	91 865	104 114	226 693	116 031
* Vermögensteuer	"	2 443	6 307	16 223	963	654	3 542	21 118	3 744	1 826
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	14 585	14 070	13 320	17 257	16 225	14 645	13 130	19 397
* Biersteuer	"	3 176	5 033	5 434	5 052	4 408	6 270	5 031	5 187	4 515
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	97 688	51 504	193 575	82 390	61 731	58 108	200 547	83 464
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	223 995	177 188	318 926	201 634	192 845	199 344	300 147	228 264
* Umsatzsteuer	"	46 123	88 610	93 290	90 216	102 848	92 428	96 574	94 275	116 700 ⁵⁾
* Umsatzausgleichsteuer	"	6 102	12 618	5 149	25 856	5 128	5 785	9 274	20 515	9 119
* Beförderungsteuer	"	1 582	2 151	2 116	2 278	1 951	2 485	2 219	2 039	2 391
* Zölle	"	8 704	13 987	6 804	30 138	6 862	5 841	11 492	21 755	5 745
* Verbrauchsteuern	"	32 345	44 169	36 901	46 675	36 440	50 054	45 683	43 782 ⁶⁾	45 290 ⁶⁾
* Tabaksteuer	"	18 677	9 325	2 826	8 762	3 519	3 843	9 034	3 826	4 893
* Mineralölsteuer	"	2 522	6 299	5 714	13 972	5 596	6 615	7 217	10 829	3 091
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	62 457	32 929	123 761	48 387	36 254	34 128	117 781	49 019
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 209	13 792	1 059	1 117	1 459	13 710	1 301	1 212
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	160 145	84 433	317 336	130 777	97 985	92 236	318 328	132 483
* Lohnsteuer	"	19 833	68 718	76 793	87 941	112 048	82 267	78 875	90 830	113 477
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	60 255	6 837	152 764	15 360	12 335	9 001	149 666	13 555
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	5 574	1 174	1 305	579	1 849	2 026	1 113	1 108
* Körperschaftsteuer	"	13 065	25 598	- 371	75 326	2 790	1 534	2 334	76 719	4 343
* Gemeindesteuereinnahmen 7)	"	83 725	184 601	.	183 868	.	.	.	176 753	.
* Realsteuern	"	76 545	170 932	.	171 145	.	.	.	163 453	.
* Grundsteuer A	"	8 599	9 710	.	9 739	.	.	.	8 694	.
* Grundsteuer B	"	15 026	23 602	.	19 702	.	.	.	21 698	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	128 446	.	132 621	.	.	.	124 351	.
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 174	.	9 083	.	.	.	8 710	.
* Sonstige Steuern	"	7 180	13 669	.	12 723	.	.	.	13 300	.

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Einschließlich Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1966			1967				1968
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Löhne und Gehälter ¹⁾										
Arbeiter in der Industrie ²⁾										
Bruttowochenverdienste	DM	96	194	.	.	184	195
* Männliche Arbeiter	"	106	212	.	.	201	212
Facharbeiter	"	113	226	.	.	215	226
Angelernte Arbeiter	"	107	209	.	.	197	207
Hilfsarbeiter	"	87	174	.	.	162	176
* Weibliche Arbeiter	"	61	130	.	.	127	132
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,35	.	.	4,38	4,47
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,64	.	.	4,70	4,77
Facharbeiter	"	2,44	4,93	.	.	4,99	5,07
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,54	.	.	4,60	4,67
Hilfsarbeiter	"	1,90	3,89	.	.	3,86	3,99
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,17	.	.	3,21	3,23
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	44,6	.	.	42,1	43,7
* Männliche Arbeiter	"	46,8	45,6	.	.	42,8	44,4
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	41,1	.	.	39,7	40,7
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	41,0	.	.	40,6	41,9
* Männliche Arbeiter	"	43,1	42,1	.	.	41,3	42,6
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,0	.	.	38,2	39,4
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	542	1 039	.	.	1 057	1 087
in der Industrie ²⁾	"	495	940	.	.	958	987
* Kaufmännische Angestellte	"	595	1 134	.	.	1 146	1 194
* Männliche Angestellte	"	377	723	.	.	742	754
* Weibliche Angestellte	"	648	1 215	.	.	1 231	1 256
* Technische Angestellte	"	665	1 249	.	.	1 266	1 291
* Männliche Angestellte	"	452	839	.	.	853	869
* Weibliche Angestellte	"	355	708	.	.	740	750
im Handel ³⁾	"	351	703	.	.	735	746
* Kaufmännische Angestellte	"	485	922	.	.	955	977
* Männliche Angestellte	"	279	552	.	.	579	585
* Weibliche Angestellte	"	438	882	.	.	907	924
zusammen	"	404	803	.	.	828	844
* Kaufmännische Angestellte	"	536	1 025	.	.	1 047	1 079
* Männliche Angestellte	"	307	615	.	.	639	645
* Weibliche Angestellte	"	625	1 200	.	.	1 215	1 239
* Technische Angestellte	"	646	1 232	.	.	1 248	1 273
* Männliche Angestellte	"	418	830	.	.	844	856
* Weibliche Angestellte	"									...
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 058	1 057	1 043	1 040	1 057	1 054	1 045	1 055
Pflichtmitglieder	"	649	675	670	656	651	658	656	645	648
Rentner	"	227	247	249	250	251	257	258	307	314
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,5	4,8	4,6	4,0	4,8	4,4	4,4	3,8	7,4
Männer	"	4,6	4,7	4,7	4,1	4,8	4,4	4,4	3,8	7,4
Frauen	"	4,3	4,7	4,3	3,8	4,6	4,4	4,2	3,5	7,6
Soziale Rentenversicherung ⁵⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	320 968	326 149	328 380	328 680	338 121	338 931	340 026	340 656
Angestelltenversicherung	"	84 107
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	46 425
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	66 068	67 645	68 945	69 128	76 893	76 973	77 159	77 052
Angestelltenversicherung	"	13 762
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	6 529	6 290	15 688	32 140	16 426	17 819	24 959	40 960
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	6 191	5 974	15 178	31 491	13 886	15 035	21 593 ⁶⁾	36 750
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	2 430	1 801	5 456	5 505	8 438	6 125	15 606 ⁶⁾	...
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	2 354	1 731	5 318	5 424	7 460	5 317	13 734 ⁶⁾	...
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	174	.	173	.	.	.	170	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	18 112	27 144	27 147	27 029	25 685	33 151	30 308	31 098	30 007

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatsdurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seckasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung. 6) Infolge des Jahresabschlusses umfassen die Ausgaben den Zeitraum vom 21.11. - 31.12.1967.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1966				1967			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	59 638	59 853r	59 850	59 793	59 926	59 949	59 960	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	40 377p	35 431	31 454	34 565	33 828r	34 939	33 407	44 970
Lebendgeborene 2)	"	75 361	87 511p	84 359	81 409	83 065	82 439r	83 119	78 114	80 100
Gestorbene 3)	"	49 784	57 179p	55 682	60 053	62 125	53 697r	57 363	58 290	62 399
Geburtenüberschuß	"	25 577	30 332p	28 677	21 356	20 940	28 742r	25 756	19 824	17 701
Arbeitslose	1 000	769	161	146	216	372	341	361	395	526
Männer	"	500	117	99	152	278	231	243	270	388
Landwirtschaft										
Schweinebestand 4)	"	14 747	17 682	.	.	17 682	19 949	.	.	19 032
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	243	271	264	245	257	289	262	254
Milcherzeugung	"	1 490	1 780	1 581	1 471	1 569	1 650	1 597	1 531	1 611p
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 6)	1 000	8 015	8 385	8 325	8 262	8 147	7 813	7 803	7 791	7 724p
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	Mill. Std.	1 129	1 018	1 051	1 026	980	921	968	955	883p
Geleistete Arbeiterstunden 7)	Mill. DM	18 166	32 336	33 702	33 191	32 799	33 502r	34 946	34 164	36 054p
Umsatz 8)	"	2 698	5 526	5 743	5 938	6 553	6 198r	6 414	6 264	6 950p
Auslandsumsatz	"									
Index der industriellen Produktion 9) 10)	1958=100	100	160	166	169	156	161	168	175p	170p
Gesamtindustrie	"	100	160	165	169	156	161	168	175p	172p
ohne Bauhauptgewerbe	"	100	159	164	167	154	160	166	173p	169p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	100	181	190	213	210	182	203	223p	236p
Energieversorgungsbetriebe	"	100	98	96	99	95	92	96	96p	96p
Bergbau	"	100	164	170	173	159	167	173	180p	176p
Verarbeitende Industrie	"	100	185	189	189	171	195	201	208p	191p
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	100	161	165	170	163	157	159	169p	180p
Investitionsgüter	"	100	159	169	170	148	161	166	173p	162p
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	100	137	149	155	142	141	156	160p	151p
Nahrungs- und Genußmittel	"	100	166	178	171	154	160	164	166p	236p
Bauhauptgewerbe	"									
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	12 403	10 498	9 782	10 360	10 158	9 131	9 912	9 539	9 012p
Braunkohlenförderung (brutto)	"	7 791	8 174	8 833	8 673	8 223	8 490	9 287	9 181	9 109p
Produktion von Roheisen	"	1 645	2 117	2 026	1 989	1 867	2 313	2 353	2 330	2 166p
Stahlrohblöcken	"	2 143	2 894	2 765	2 698	2 402	3 038	3 094	3 155	2 836p
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	1 470	2 020	1 922	1 828	1 738	2 208	2 207	2 122	1 922p
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	8 457	14 860	16 000	16 644	16 801	14 990	16 983	17 662	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	1 956	1 812	1 718	1 811	1 844	1 515	1 611	1 662	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 11)	1 000	1 322	1 619	1 621	1 570	1 485	1 487p	1 526p	1 511p	...
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	Mill. Std.	213	233	255	237	179	227p	240p	226p	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	1 431	3 907	4 488	4 316	4 973	3 795p	4 186p	4 155p	...
Umsatz	"									
Baugenehmigungen: Wohnungen	Anzahl	48 466	48 460	54 698	43 497	42 884	45 537	51 676	48 714	...
Handel										
Umsätze	1962=100	.	131	135	144	179	127	134	144	192
Waren verschiedener Art	"	.	153	169	214	247	146	171	216	270
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	127	127	127	158	130	127	127	160
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	125	142	151	182	111	131	144	191
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	129	139	145	188	128	135	144	208
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	130	122	150	277	115	119	145	292
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	129	122	112	114	112	128	118	153
Außenhandel (Spezialhandel)	1 000									
Einfuhr	Mill. DM	2 594	6 056	6 429	6 118	6 132	5 656	6 318	6 451	6 613
Ausfuhr	"	3 083	6 719	7 234	6 875	8 047	7 165	7 954	7 623	8 101
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	"	489	663	805	757	1 915	1 509	1 636	1 172	1 488

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfleuten, jedoch ohne Innereien. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Ohne Saarland und Berlin (West). - 10) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 11) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1966				1967			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Verkehr										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	101	108	109	97	103	112
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	121	124	124	111	137
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	126	133	124	124	130	127
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Personen	"	124	88	86	82	84	88	82
Straßenbahnen und Obusse:										
Beförderte Personen	"	102	77	77	80	79	71	72	75	...
Kraftomnibusse:										
Beförderte Personen	"	78	108	113	110	112	112	117	118	...
Geld und Kredit										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	30 758	30 400	31 138	30 758	30 943	30 224	31 524	31 412
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	296 156	291 544	293 051	296 156	309 820	310 691	314 189	320 656
Kurzfristige Kredite	"	32 530	72 811	71 640	71 315	72 811	73 302	71 670	72 315	75 366
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	223 345	219 904	221 736	223 345	236 518	239 021	241 874	245 290
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	211 460	201 089	203 107r	211 460r	226 097	228 963	232 552	243 576
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	85 431	80 776	82 488r	85 431r	90 312	91 378	94 389	100 148
Spareinlagen	"	36 065	126 029	120 313	120 619	126 029	135 785	137 585	138 163	143 428
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	94	87	85	85	105,9	106,8	112,2	114,3
Steuern										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 094	6 670	6 762	11 817	10 816	6 905	7 349	12 327
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 337	2 785	2 916	7 833	6 868	2 904	3 139	7 752
Umsatzsteuer (einschl. Ausgleichsteuer)	"	1 080	2 089	2 164	2 160	2 147	2 051	2 114	2 252	2 247
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 668	1 721	1 686	1 837	1 897	1 887	1 958	2 328
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	114,1	109,6	112,3	113,3	103,2	101,1	102,4p	103,8p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5)	1962/63=100	88,1	107,7	108,9	108,7	109,1	107,3	106,6	106,7	106,7
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1962=100	97,2	105,8	105,7	105,7	105,6	104,5	104,5	104,7	104,8
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	118,5	.	118,6	.	.	.	114,8	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	96,3	.	95,4	.	.	.	91,0	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	223,4	223,4	224,8	225,3	225,9	225,7	226,1	226,1
"	1958=100	100	121,7	121,7	122,4	122,8	123,1	123,0	123,2	123,2
"	1962=100	92,7	112,8	112,8	113,5	113,8	114,1	114,0	114,2	114,2
Ernährung	"	93,0	113,3	111,5	113,0	113,6	111,0	110,4	111,0	110,9
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	105,9	106,4	106,4	106,5	109,4	109,4	109,4	109,2
Wohnung	"	82,0	129,6	132,5	132,7	132,9	138,8	139,1	139,5	139,7
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	107,3	108,4	108,9	109,2	108,5	109,5	109,8	110,2
Hausrat	"	97,7	104,2	104,4	104,4	104,4	103,2	103,0	102,9	102,8
Bekleidung	"	93,8	110,6	111,5	111,7	111,9	112,0	112,0	112,0	112,0
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	112,1	113,1	113,1	113,2	114,2	114,3	114,3	114,4
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	115,7	117,0	117,1	117,6r	120,8	121,1	121,1	121,5
Verkehr	"	93,2	110,5	111,2	111,3	111,4r	114,7	114,8	114,7	114,8
Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962=100	72,5	133,5	135,4	.	.	.	135,7	.	.
Weibliche Arbeiter	"	67,8	137,2	140,4	.	.	.	141,1	.	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	"	71,5	135,9	138,1	.	.	.	141,4	.	.
Weibliche Arbeiter	"	66,4	138,6	142,1	.	.	.	145,4	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	"	101,6	98,3	98,2	.	.	.	96,1	.	.
Weibliche Arbeiter	"	102,0	98,6	98,6	.	.	.	96,8	.	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumsatz; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitt Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahngig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West).

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114

" 34

" 81, 91, 97, 136

" 9

" 117

" 28, 113

" 2, 13, 18, 115, 116

Statistische Berichte: 8 Reihen

Volkszählung 1946, 1950, 1961

Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950

Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950

Haushalte und Familien 1961

Pendelwanderung 1950, 1961

Berufszählung 1946, 1950, 1961

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,

" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143

" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,

" 143

Statistische Berichte: 4 Reihen

Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,

1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65

Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,

1956/57, 1961/62, 1964/65

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152

" .. 11, 38, 69, 130

" .. 24, 46, 87, 142

" 39

Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)

Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965

Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963

Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964

Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26

" 119, 120, 121, 141

" 28*, 122

" 27

" 78

" 33*, 44*

" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,

" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156

" 75

" 60

" 18*

" 61

" 55

" 45, 54, 64, 74, 83, 93,

" 104, 133, 140, 149, 159

Statistische Berichte: 20 Reihen

Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950

Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960

Gartenbauerhebung 1950, 1961

Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952

Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957

Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956

Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,

1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965

Wein- und Gartenbau 1958

Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957

Obstbaumzählung 1951

Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957

Weinbau 1950 - 1957

Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,

1963, 1964, 1965

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5

" 89, 103, 132, 139, 150, 160

" 6

Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947

Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965

Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62	Handwerkszählung 1949, 1956
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44	Verkehrsstruktur 1950 - 1955
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128	Straßennetz am 1. Januar 1961
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 21 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161	1961, 1962, 1963, 1964, 1965
" 158	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965

Statistische Berichte: 8 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166	1962, 1963, 1964, 1965

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961
" 31, 49, 146	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961
" 68, 79, 131, 154	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157	1961, 1962, 1964
" 101	Gewerbesteuer 1958

Statistische Berichte: 3 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 6 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*	Sozialprodukt 1950 - 1955
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.